

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntag-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Rotone-
 drucke oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Ansprescher: Amt 1, Nr. 1608.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 4. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Auf dem Wege zur Leibeigenschaft.

So offen wie in der Mittwoch-Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses haben die Junker und Junkerengenossen ihren arbeiterfeindlichen Gelüsten selten Ausdruck gegeben, so dreist haben sie selten die Wiederherstellung der mittelalterlichen Hörigkeit gefordert und die völlige Annebelung der ländlichen Arbeiter verlangt. Nun ist auch der letzte Zweifel daran geschwunden, daß die Junker in der That auf die Beseitigung der Freizügigkeit, nicht nur für jugendliche, sondern auch für erwachsene Arbeiter ausgehen.

Unter den seitens der Kommission zur Beratung der Anträge über Maßregeln gegen die in der Landwirtschaft herrschende Arbeiternot empfohlenen Vorschlägen befinden sich zwei, deren Verwirklichung dem Rechte der Freizügigkeit mit einem Schlage ein Ende machen würde. Einmal wird die Herbeiführung von Bestimmungen verlangt, wonach junge Leute unter 18 Jahren nicht ohne ausdrückliche Genehmigung der Personen, unter deren väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt sie stehen, aus ihrem Heimatsorte fortziehen dürfen, und zweitens sollen die Gemeinden das Recht erhalten, die Abweisung neu Anziehender dann zu bewirken, wenn sie nicht den Nachweis einer den sittlichen und hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnung erbringen, wobei das Schlafstellenwesen zu beschränken ist.

Wer die Reden unserer Edelsten und Besten mit anhörte und sich noch durch schöne Phrasen bethören läßt, der hätte wirklich zu dem Glauben verführt werden können, daß die Herren vor Arbeiterfreundlichkeit förmlich übertrieben. Ihr eigener Vorteil gilt ihnen nichts, an der Erlangung billiger Arbeitskräfte ist ihnen nichts gelegen, ihr Sinnen und Streben ist allein darauf gerichtet, das leibliche und geistige Wohl der Arbeiter zu fördern und die jungen Leute vor dem kleinen Uebel der Prostitution, und vor dem großen Uebel der Socialdemokratie, zu bewahren. Sie wollen die väterliche Gewalt stärken, das sich lödende Familienleben wieder festigen und sie sind ängstlich darauf bedacht, daß die Arbeiter, die trotz aller Ermahnungen die seligen Gefilde Osteliens verlassen und in die Großstadt ziehen, wenigstens in gesunden Wohnungen untergebracht werden.

Zu der That bedeutet der erste der beiden Anträge einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit der jugendlichen Arbeiter. Wer die ländlichen Verhältnisse kennt, der weiß, wie sehr die Gutsherren, Pastoren und sonstige auf dem Lande allmächtigen Persönlichkeiten die Eltern und Vormünder bearbeiten werden, damit sie ihren Kindern die Genehmigung zum Verlassen ihres Heimortes verjagen. Einer der eifrigsten Gegner des Freizügigkeitsrechts, der Abg. Freiherr von Richtigshofen (L.) ging sogar noch weiter und beantragte, daß junge Leute unter 18 Jahren auch der Genehmigung der Gemeindebehörde ihres Wohnortes bedürfen, um sich in einem anderen Orte Arbeitsgelegenheit zu suchen. Allerdings zog Herr v. Richtigshofen seinen Antrag später wieder zurück, aber schon allein der Umstand, daß ein solcher Antrag am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in einem Parlamente überhaupt nur gestellt werden kann, beweist, wie sehr die Reaktion erstarrt ist.

Will der erste der beiden Anträge nur die Freizügigkeit jugendlicher Personen beseitigen, so bezweckt der zweite einen schweren Eingriff in die Freizügigkeit der erwachsenen Arbeiter. Wie soll denn ein neu Anziehender nachweisen, daß die von ihm gemietete Wohnung den „sittlichen und hygienischen Anforderungen“ entspricht und welcher Maßstab soll an den Begriff der Sittlichkeit und Hygiene angelegt werden? Auch zu diesem Punkte verlangte der Abg. Herr v. Richtigshofen eine strengere Bestimmung, indem er allen Erstes der Antrag stellte, daß die Gemeinden neu Anziehende auch dann abweisen dürfen, wenn sie nicht den Nachweis erbringen, daß sie sich und ihren arbeitsfähigen Angehörigen den nothdürftigen Lebensunterhalt verschaffen können. Es ist ja erfreulich, daß die Junker endlich die große Wohlthat gesunder Wohnungen erkannt haben, dann nun werden sie hoffentlich für menschenwürdige Wohnräume auf dem Lande sorgen. Nebenbei bauen die Junker felsenfest auf das Princip des zweierlei Rechts. Sonst hätten sie sich sagen müssen, daß die Spitze des zweiten Antrages sich in erster Linie wider seine Urheber lehnen würde. Wenn die Zulassung von Arbeitern abhängig gemacht wird von dem Nachweis gesunder und den sittlichen Forderungen genügender Wohnungen, dann würden das von ihnen selbst angeregte Gesetz gewissenhaft ausführende Gutsbesitzer in die Zwangslage versetzt werden, ihre eigenen Saisonarbeiter auszuweisen, mangels hygienischer und moralisch zulänglicher Wohnräume. Freilich ein ostelbischer Gutsbesitzer, der dergestalt genötigt würde, in seiner Eigenschaft als „Gemeindebehörde“ in eigener Sache Recht zu sprechen, würde niemals finden, daß die Arbeiterwohnungen seines Gutsbezirks nicht den höchsten Ansprüchen genügen.

Das beide Anträge mit großer Mehrheit angenommen wurden, versteht sich von selbst. Ob aber die Regierung es wagen wird, den Junkerelüsten Folge zu geben, ist doch fraglich; denn das Gesetz über die Freizügigkeit ist ein Reichsgesetz und kann nur mit Zustimmung des Reichstags geändert werden.

Auch auf ein anderes Reichsgesetz, auf das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, haben die Junker bei dieser Gelegenheit einen Angriff gerichtet; sie verlangten, daß

die Verpflichtungen der Wohnsitzgemeinde durch stärkere Veranziehung der Arbeitsgemeinde erleichtert werden. In den thatsächlichen Verhältnissen würde das wenig ändern, und deshalb ist dieser Antrag ziemlich belanglos. Charakteristisch war es nur, daß kein Mitglied der Opposition die Gelegenheit ergriff, die Junker an die eigentümliche Art und Weise zu erinnern, wie sie sich in ihrer Eigenschaft als Gutssherren den ihnen durch das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz auferlegten Lasten zu entziehen suchen — ein Gebahren, das vor Jahren einmal ein ehrlicher Konfessionar alter Schule, Herr v. Kleist-Negow, auf das schärfste verurteilt hat.

Schließlich betandeten die Junker ihre Arbeiterfeindschaft auch durch die Annahme eines Antrages, wonach besondere Tarifverbilligungen für Arbeiter in beschränkterem Maße als bisher gewährt werden sollen. Natürlich auch nur aus Liebe zu den Arbeitern; denn diese Tarifverbilligungen haben nach ihrer Ansicht eine künstliche Verdrängung des Arbeitsmarktes zur Folge; an dem einen Orte herrscht ein Ueberangebot von Arbeitskräften, an dem anderen Arbeitermangel, und daran ist die böse Eisenbahn, diese teuflische Erfindung, schuld. Werden die Ausnahmetarife beseitigt, so bleiben die Arbeiter hübsch zu Hause und machen nicht ihren Kollegen an anderen Orten Konkurrenz. Also wird den Arbeitern dadurch eine Wohlthat erwiesen. Mit solchen Gründen wird man allerdings nur im preussischen Landtage nicht ausgelacht.

Alle diese Anträge sind lediglich der schrankenlosen Selbstsucht des preussischen Junkertums entsprungen, das, wenn es die Erlangung billiger Arbeitskräfte gilt, das höchste sogenannte Kultur, was wir uns in harten Kämpfen errungen, freudig drängt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mai.

Der Reichstag

hielt vor dem Eintritt in die Tagesordnung eine kleine, ziemlich schwunglose Totenfeier für seinen verstorbenen ersten Präsidenten Simson. Die Gedächtnisrede des Herrn von Vollestrom wollte nicht recht fliegen. Von den verbündeten Regierungen mochte niemand dem Akt bei, auch später bei den sozialpolitischen Debatten blieben die braunen Ministerseffel leer und keine regierende Mannesbrust verdeckte den freien Anblick der in das Leder gepressten Reichsadler.

Veinabe hätte es sich gefügt, daß nach der Ehrung des „Judenstammkings“ Simson, des geborenen Kaiserkrone-Heberbringers, der Reichstag eine antisemitische Debatte begonnen hätte. Auf dem Tische des Hauses lagen allerlei Nordinstrumente, Holzhämmer verschiedener Kalibers, durch die vermutlich nachgewiesen werden sollte, wie angenehm es für das Rindvieh sei, mittels dieser schmutzen kunstgewerblichen Gegenstände des Lebens beraubt zu werden. Aber es kam nicht dazu. Die zweite Lesung des Liebermannschen Schächtrags wurde auf den Antrag Liebers abgesetzt, und die Antragsteller widersprachen nicht.

Das Publikum, das sich über die Aenderung der Tagesordnung nicht klar geworden, mochte wohl einen symbolischen Zusammenhang zwischen den Holzhämmern und den sozialpolitischen Debatten, die nun begannen, in der Richtung vermuten, daß die kleineren und größeren Instrumente die verschiedenen Stärkegrade andeuten sollten, in denen je nach dem fraktionellen Scharmachermas die Socialdemokratie und die Arbeiterbewegung totgeschlagen werden müsse.

Die Fortsetzung der sozialpolitischen Anträge der Herren Heyl, Köstke und Gize hatte nicht allzu viele Abgeordnete ins Haus gelockt. Die Leere der Bundesrathsplätze ist begreiflich. Sozialer Enthusiasmus gehört heute nicht mehr zum guten Ton. Man hat also auch keine Verpflichtung, sich bei den „academischen Debatten“ zu langweilen, obwohl die Herren in Hunderten von Zeitungen als eifrige Socialpolitiker, die an der Spitze zwar nicht der Civilisation, aber doch der Socialreform marschieren, nach Noten verherrlicht werden.

Alles erwartete, Freiherr v. Stumm würde wie ein rasender Roland auf seine verrätherischen Freunde und Kollegen losstürzen, fürchterliche Musterung halten, vernichtende Revanche sich holen. Ah! Nichts von alledem. Tief sinnend, das Haupt gesenkt, sah der Allgewaltige da, und an seiner Statt erhob sich der getreue Rahotes-Kardorff. Allein, Stumms Anstich erheiterte sich nicht während der Rede des Silbermanns, obgleich dieser im höchsten Genre der Komik: der unfreiwilligen, das Menschennögliche leistete. Wenn Herr v. Kardorff nicht so ein natü belustigender Redner wäre, so würde er ängstlich wirken. Nach jedem Satz fürchtet man, daß sein Gedankenblitzlein nun völlig versiegt. Mit ein paar kräftigen Handbewegungen, die durch Ansehen und Abnehmen des Klemmers unterstützt werden, gelingt es ihm aber über die Gedankenpausen hinwegzurudern. Als er heute einmal gar nicht weiter zu kommen drohte, reichte ihm sein Hintermann einen zweiten Klemmer, und siehe, das Mittel half. Herr v. Kardorff vermochte weiter zu reden. So schmitt er mit stumpfer Scheere einen Satz nach dem andern ab, wie Coupons, die allerdings zumeist nur einen Kuriositätswert besaßen. Dem deutschen Arbeiter geht es besser, als irgend einem Arbeiter in der ganzen Welt. Hurra! Die authentische Interpretation der kaiserlichen Er-

lasse ist die — Entlassung des Ministers v. Verlepsch. Hurra, Hurra! Die Regierung macht die revolutionären Sprünge der Heyl und Gize nicht mit, und überhaupt all unsere Hoffnung, daß wir nicht rettungslos dem socialdemokratischen Abgrund entgegengeleiteten, beruht auf dem guten Stern der Hohenzollern. Hurra, Hurra, Hurra!

Natürlich forderte Kardorff ein neues, besseres Socialistengesetz; aber er will sich einweisen mit einem einfachen, schmerzlosen und gar nicht grausamen Mittel begnügen: Jeder Mensch, der socialdemokratische Gesinnung bethätigt, soll auf fünf Jahre mit Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts bestraft werden. Der Vorschlag rief schallendes Gelächter hervor.

Interessant war dann eine kurze Erklärung des Nationalliberalen Büsing, der seine Fraktionsgenossen Heyl und Wasser mann schmäde und scharf verleugnete. Also noch eine „Spaltung“ dieser viel „gepaltenen“ Rumpfpartei. Nach einer fortschrittlichen Rede des Fortschrittlers Wiemer, des socialpolitisch „gefesselten Luftballons“, nach einem guten Worte Kropatscheks, erhob sich dieser Kollege von der „Arenz-Itz“, selbst und führte in dreiviertelstündiger Rede mit durchschlagendem Erfolg den Beweis, daß die seltsamen socialpolitischen Artikel seines Blattes, von denen wir bisher angenommen hatten, sie stammten von irgend einem zahlungsfähigen Gönner von Stand, dessen Einladungen man nicht gut zurückweisen könne, thatsächlich von Herrn v. Kropatschek verfaßt sind. Und nur von ihm. Die einzigen Socialreformer sind nach Kropatschek die Konservativen. Jede andere Socialreform führt zum Umsturz. Den Staat denkt sich dieser entartete Schüler Staßls als einen — Verein, aus dem jeder ausgeschliffen werden muß, der seine Statuten nicht anerkennt.

Unser Genosse Mollenbaur unterzog dann die socialen Programme aller Parteien, eins nach dem anderen, gründlicher Kritik. Er verhöhnte die Thoren, die die Socialdemokratie als nicht zum Staat gehörig betrachten, mit beidem Spott überschüttete er die Kammgänger, welche an eine „Mauferung“ der Socialdemokratie in dem landläufigen Sinne des Wortes glauben. Er zeigte, daß gerade umgekehrt die Socialdemokratie immer weiter sich entwickelt hat und heute weit „radikaler“ ist als zu den Zeiten Lassalles, wo viele mit einem Kredit von hundert Millionen Thalern die Socialisierung der Gesellschaft zu beverksichtigen hofften.

Nach Mollenbaur Stöder, der mit Kardorff und Kropatschek ins Gericht ging und ihnen vor die Nase hielt, daß gerade unter ihrem Bismarck die Socialdemokratie am meisten gefördert worden sei. Sie alle sind ihm elende Kurpsucher. Er allein, der mit Undank gelohnte Hopsprediger a. D., hat das Lebenselixir für die absterbende bürgerliche Gesellschaft. Wird nicht bald zum Wunderdoktor geschickt werden?

Endlich — es war schon 5 Uhr — richtete sich das gebeugte Haupt des trauernden Stumm auf, und der ganze Stumm richtete sich auf und — Stumm sprach. Aber ach! Das war der alte Stumm nicht mehr, der Witze in den erdgrünen Reichstag schleuderte. Es war Marius auf den Trümmern Karthagos. Und noch schlimmer. Denn es war ja sein eigenes Karthago, auf dessen Trümmern er klagte. Elegisch, in kaum hörbarem Flüsterton, hauchte er seine Schmerzen — auch der „Vorwärts“ hat ihm Schmerzen verursacht, dem Guten — in das Haus, das, so weit es nicht leer war, ihn auslachte, oder zum mindesten nicht beachtete.

Alles geht aus dem Leim, wenn er nicht das Heft in der Hand hat. „Gründe“ brachte er nicht vor. Von Despoten gilt das: stat pro ratione voluntas, der Wille ist einziger „Grund“. Wo der Despoten-Wille aufs Blatte der Gründe geht, macht er sich lächerlich. Und der Allgewaltige wollte sich heute nicht lächerlich machen — er appellierte ans Mitleid. Unter allgemeiner Unruhe beendete er seine Rede, der außer dem treuen Kardorff niemand gelauscht hatte. Auf dem Heimweg mag er gedacht haben: Außerhalb bin ich doch noch König.

Morgen Fortsetzung.

Der Kampf gegen Berlin.

Der Gesehentwurf, der die Vororte Berlins unter das Berliner Polizeipräsidium stellen will, ist jetzt dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Sein Inhalt entspricht völlig den Mitteilungen der „B. B. R.“, die wir gestern besprachen.

Die freisinnigen Zeitungen wissen noch nicht, was sie aus der Sache machen sollen, oder sie getrauen sich nicht, der unangenehmen Wahrheit ins Gesicht zu schauen. Die Kritik, welche die „Post“ an dem Gesehentwurf übt, dürfte sie aus ihrer Unwissenheit und Unlust befreien. Die „Post“ tadelt, daß nach der Vorlage nur die landespolizeilichen Befugnisse, insbesondere das Polizei-Verordnungsrecht vom Regierungspräsidenten in Potsdam auf den Berliner Polizeipräsidenten übergehen sollen, während die Kommunalaufsicht jener Stelle überlassen bleibe; „zur Erreichung eines einheitlichen und Dauer verprechenden Zustandes“ sei es wünschenswert, „die an Berlin grenzenden Stadt- und Landkreise ganz von dem Regierungsbezirk Potsdam abzutrennen und sie mit der Haupt- und Residenzstadt zu einem neuen Regierungsbezirk Berlin zu vereinigen“. Die „Post“ zieht mit diesen Bemerkungen thatsächlich nur die Folgerungen aus der Regierungsvorlage. Wer sehen will, kann sehen, wohin die Reise geht. Und der Versuch der „Post“, das Reifelein zu verschleiern, be-

weist nur, wie groß die Veranlassung ist, den selbstverwaltungsfreudigen Zielen des Gesekentwurfes aufzuweisen. Die „Post“, welche den „Regierungsbezug“ Berlin, diesen Rahmen künftigen Regierungspräsidiums, als begehrenswertes Subjekt aufstellt, spricht dennoch von dem „Märchen der beabsichtigten Errichtung einer Spreeprefektur“, das der „Vorwärts“ in die Welt gesetzt habe. Und um dem Märchen von diesem Märchen den Schein der Wirklichkeit zu geben, sagt das Blatt, dem jede Selbstverwaltung verhaßt ist: „Die formalen Verhältnisse könnten dabei völlig unberührt bleiben.“ Doch die feilen Verwandten „Verl. Vol. Nachr.“ durchkreuzen die edle Vertuschungsabsicht der „Post“ und zeigen, daß unser „Märchen“ nur allzusehr den wirklichen Absichten der Berlin-feindlichen Reaktion entspricht. Sie schreiben, wenn auch sorgsam verhüllend, doch deutlich genug:

„Wird der Geschäftskreis des Bezirksausschusses über Berlin hinaus erstreckt, so wird sich auch seine Zusammensetzung ändern, als seine nichtständigen Mitglieder nicht mehr, wie bisher, allein von den städtischen Organen von Berlin zu wählen sein werden.“

Wenn ferner der Polizeipräsident die Befugnis erhält, landespolizeiliche Verordnungen für den weiteren Polizeibezirk von Berlin zu erlassen, so dürfte er angesichts der Bestimmungen des Landesverwaltungs-Gesetzes, welches, von einer Ausnahme abgesehen, als Regel zwischen ort-, kreis- und landespolizeilichen Verordnungen nicht nach der rechtlichen Natur der zu ordnenden Materien, sondern nach dem Geltungsbereich der Verordnung unterscheidet, in den meisten Fällen, in welchen er jetzt an die Zustimmung des Magistrats von Berlin gebunden ist, in der Folge dieser Zustimmung dann nicht mehr bedürfen, wenn er Polizeiverordnungen über den Gemeindefreizeit Berlin hinaus, sei es für den ganzen Umfang seines Geschäftsbereichs oder für Berlin und einen oder den anderen Vorort erlassen will. Er würde z. B. bayropolitische Vorschriften für die Stadtteile Berlin, Schöneberg und Charlottenburg erlassen können, ohne sich der Zustimmung der Magistrate der drei Städte verifizieren zu haben.“

Das offiziöse Organ zeigt so selbst, wie die Berliner Selbstverwaltung der Regierungsbureaucratie geopfert werden soll. Die Spreeprefektur ist kein Märchen; der Plan der Selbstverwaltungsfreude ist offenbar. Der jetzige Gesekentwurf giebt Anreiz und Grundsteine, die weitere Ausführung des Zwangsbaues wird nicht ausbleiben. —

Die Ministerkrise in Italien

Ist, wie der Telegraph meldet, bereits akut geworden, und nicht bloß der Minister des Aeußern v. Canevaro, sondern das ganze Kabinett hat demissioniert. Das Ministerium hatte sich wegen seiner auswärtigen Politik zu verantworten. Um sein Vorgehen in China zu rechtfertigen, brachte Canevaro ein Schreiben zur Verlesung, was zur Zeit des Ministeriums Rudini der Unterstaatssekretär Bonin an den Marineminister gerichtet hatte. In diesem Schreiben wird der letztere ersucht, Erwägungen anzustellen, ob es nicht angezeigt sei, eine Aktion in China einzuleiten und Italien dort eine Station zu beschaffen. Damit wollte Canevaro zeigen, daß er nur die von seinen Vorgängern begonnene Politik fortgesetzt habe, und er hatte gewiß darin vollkommen recht. Der Verstoß aber, gegen allen Brauch ein geheimes Aktenstück vorzubringen, erregte den größten Unwillen in der Kammer und erschütterte das in der Debatte über das englisch-französische Abkommen arg mitgenommene Ministerium vollends. Ministerpräsident Pelloni erklärte heute in der Kammer, der Minister des Aeußeren, Canevaro, trage nicht allein die Verantwortung betr. die Ereignisse in China, und deshalb habe das ganze Kabinett sich mit Canevaro solidarisch erklärt und dem König die Demission des gesamten Ministeriums angeboten.

Ueber die voraussichtliche Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist noch nichts bekannt. —

Deutsches Reich.

Ein stummendes Musterland. Die „Frank. Tagespost“ in Nürnberg berichtet: „Wie alljährlich wurde der Jahresbericht des Arbeitersekretariats auch diesmal an verschiedene Socialpolitiker, statistische Bureaus zc. versandt. In der Regel erhält man hierfür höfliche Empfangsbescheinigungen, auch oft Substitutionen der betreffenden Antzstellen. Das großherzoglich hessische Amt von Mecklenburg-Schwerin hat dem Arbeitersekretariat die Jahresberichte zurückgeschickt.“

Das sollte heißen: In Mecklenburg ist man so geschickt und so gebildet, daß man des Nürnberger Richters nicht bedarf. Die Stumm und Nordorf werden wohl nächstens nach Mecklenburg auswandern. —

Ministerielle Unzufriedenheit. Nach einem dem „Verl. Tagebl.“ aus Posen zugehenden Telegramm teilte der Chefredacteur der „Posener Zeitung“, Herr Goldbeck, über persönliche Unterredungen, die er mit den Ministern v. Riquel und v. d. Rede hatte, mit, die Minister hätten ohne Umschweife erklärt, daß die **Auflösungen**, die dem Verleger der „Pos. Ztg.“ in der letzten Zeit von verschiedenen Behörden zugegangen, eine Folge der politischen Haltung des Blattes seien.

Wenn die Minister mit solchem Beispiel vorgehen, dann braucht es allerdings nicht wunder zu nehmen, daß ihre höheren und niederen Untergebenen solche Personen, die nicht als vollkommen gesinnungstreu sich erweisen, boykottieren und damit wirtschaftlich schädigen. —

Die roten Marktwagen, welche die Holzarbeiter bei ihrer Maisfeier ausgaben, haben den Unwillen der „Kölnischen Zeitung“ erregt; besonders weil die Anordnung getroffen war, daß diese Wagen von den Arbeitern in die Müllgruben eingebracht werden sollten. Das Blatt folgert nun, daß damit festgesetzt werden soll, wer sich an der Maisfeier beteiligt hat und wer nicht; dieses Verfahren erinnere sehr stark an die von den Socialdemokraten so leidenschaftlich getadelten Bemerkungen in den Arbeiterblättern, die hier und da in gewisser Weise markiert worden sind, um einzelne Personen als socialistische Agitatoren zu bezeichnen.

Der Vergleich hinter sich. Die Bemerkungen in den Arbeiterblättern geschieden von Unternehmern gegen den wirtschaftlich schwächeren Arbeiter, um ihm das Ausfinden von Arbeit unmöglich zu machen. Daß dieser Hohn von Arbeitern gegen Arbeiter nicht verfolgt werden soll, ist klar, das Einleben der Marke geschieht nur, um eine Anreizung für geleistete Beiträge, die übrigens schwillige waren, in geeigneter Weise anzuführen. Die Arbeiter sehen einen Stolz darin, den Nachweis zu führen, ihre Verpflichtung gegen die Organisation erfüllt zu haben.

Eine Massenerkrankung in der Kaserne. Zahlreiche Mannschaften des in Königsberg i. Pr. stehenden Pionierbataillons sind erkrankt, wie die „Gartungszeitung“ mittelt, am letzten Montag infolge des Gemisses von Konserven erkrankt. Das Blatt schreibt: Als die Mannschaften sämtlicher vier Compagnien abgegeben hatten, stellten sich bei ihnen Zeichen von Vergiftung ein, welche sich durch Erbrechen dokumentierten. Die Symptome waren härter bei denjenigen Mannschaften, die von dem Rest der in den Kesseln zubereiteten Mittagsportion gegessen hatten. Infolge dessen waren diejenigen Mannschaften, welche zuerst ihr Essen erhalten hatten, am leichtesten erkrankt, und ihr Zustand besserte sich bald, nachdem Erbrechen eingetreten

war. Sämtliche Vorgesetzten wie die Kerzle des Bataillons wurden sofort benachrichtigt, und nach den angestellten Ermittlungen ist man der Ansicht, daß die Massenvergiftungen von dem Gemisch der aus der Hildesheimer Konservenfabrik bezogenen Konserven, die seit längerer Zeit in den Küchenräumen der Kasernen aufbewahrt wurden, herrühren. Glücklicherweise hat sich der Zustand der Mehrzahl der Erkrankten bis zum Abend derartig gebessert, daß dieselben außer aller Gefahr sind. Leider ist ein Pionier der dritten Compagnie, namens Fehlbauer (im Civilverhältnis Posthilfsbeamter), welcher als einer der letzten zu Mittag gegessen hatte, im Laufe des Nachmittags an den Folgen der Vergiftung gestorben; außerdem befinden sich drei Schwererkrankte im Garnisonlazarett. Hoffentlich wird eine strenge Untersuchung angestellt und die Schuldigen — falls solche vorhanden — zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Minister des Aeußern und die Polen. Herr Boffe hat vor einiger Zeit eine Deputation der Posener Polen unter der Führung des Herrn v. Lehinski, Redacteur des „Mielkoposlanin“, empfangen. Dieser schildert jetzt eingehend den Empfang der Deputation seitens des Ministers. Die Deputierten ersuchten um Aufhebung des polizeilichen Verbots des polnischen Privatunterrichts. Der Minister versicherte, daß die Regierung die Ausrottung der polnischen Sprache nicht beabsichtige. Die Regierung hätte aber keine Pflicht, die polnische Sprache in der Schule zu pflegen. Er habe nichts dagegen, daß die polnische Sprache im Hause gepflegt werde; ebenso sei zulässig, daß Verwandte bezu. Familienmitglieder die Kinder in der polnischen Sprache unterrichten. Auch dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn einzelne Damen 1 bis 2 Kindern der polnischen Sprachunterricht erteilen, vorausgesetzt, daß hinter dem Unterricht nicht etwa andere, politische Zwecke stecken. Die Regierung werde dagegen unmaßstäblich gegen die „Verdrängung des Denikums seitens der Polen“, gegen die Agitation der polnischen Blätter, sowie gegen die Gründung von polnischen Privatschulen einschreiten. Er erachte das Vorgehen der polnischen Presse als polnisch-nationale Agitation. — Demnach droht dem Denischen Reich also Gefahr von den — polnischen Damen. —

Schutz der akademischen Lehrfreiheit. Professor Theobald Ziegler, der derzeitige Rektor der Universität Straßburg, hat die am verflochtenen Sonntag stattgehabte Feier des 27. Stiftungsfestes unserer reichsständigen Hochschule zum Anlaß genommen, die Lehrfreiheit der Professoren auf den akademischen Lehrstühlen gegen alle diejenigen zu verteidigen, welche die Anrechnungstaktik des Justizministeriums auch an den Vertretern der Wissenschaft gem. erproben möchten. Der Gelehrte sprach sich dabei etwa folgendermaßen aus:

Die akademische Lehrfreiheit bildet den wichtigsten Teil der akademischen Freiheit überhaupt. Was ist es aber, weshalb wir mit Sorge und Eiferucht über sie wachen und um sie kämpfen, wo sie bedroht erscheint? Es ist nicht unsere Bequemlichkeit, in unseren Büchern und auf dem Katheder sagen zu dürfen, was wir wollen; nicht Neugiererei oder Professorenstolz, nicht Luxus oder Liebhaberei. Auch ist es nicht bloß die Sorge um die Wissenschaft, die nur in dieser freien Luft gedeihen kann, sondern vor allem der Gedanke an die Studenten, denen wir das Beste, was wir wissen und zu sagen haben, geben und mitteilen wollen. Und nur wenn die akademische Jugend überzeugt ist, daß wir ihr wahr und ehrlich sagen, wovon wir überzeugt sind, nur dann kann sie uns und unseren Worten vertrauen. Und wenn die jungen Leute dann die Hochschule verlassen, dann sollen sie die Ueberzeugung mitnehmen, daß es eine Stätte giebt, wo man ohne Rücksicht berufs- und pflichtgemäß die Wahrheit sagt. Das ist aber überhaupt wertvoll für unser ganzes geistiges Leben und für die Gesundheit desselben, daß hier bei uns offen und rückhaltlos geredet wird. So ist die akademische Lehrfreiheit ein Gut, an dessen Erhaltung die ganze Welt interessiert ist; daher gilt es sie festzuhalten um jeden Preis.“

Der Herr Professor richtete dann noch recht zeitgemäße Worte an seine studentischen Zuhörer, seine Mühsicht zu nehmen auf Zukunft und Karriere, nicht als Streber sich um diese Sorge zu machen und sich nicht unter allerlei leere und hohe Formen und konventionelle Krümmlichkeiten zu beugen. —

Aus Elsas-Lothringen, 2. Mai. (Fig. Ber.) Die seit einigen Monaten unlaufenden Gerüchte von nahe bevorstehenden Veränderungen im Ministerium für Elsas-Lothringen, von denen wir bisher aus naheliegenden Gründen keine Notiz nahmen, treten in den letzten Tagen mit größerer Bestimmtheit auf und haben in einzelnen aus angesehenen zuverlässiger Quelle stammenden Zeitungsnachrichten greifbare Gestalt angenommen. Danach soll die Anstiftung mit den Schwierigkeiten im Zusammenhang stehen, welche sich aus dem Widerstand des Landesauschusses gegen die von der Regierung eingebrachte Verträge betr. die Aufhebung der höheren Beamtengehälter ergeben haben. Als Nachfolger des amtsmüden Herrn v. Rattlamer nennen die erwähnten Presstimmen einen früher im Reichsland thätig gewesenen Unterstaatssekretär, der den elsas-lothringischen Verhältnissen jedoch inzwischen ziemlich entfremdet worden ist. Diese Wendung weist in ziemlich unabweisbarer Weise auf Herrn v. Köllner, den derzeitigen Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, der bis zum Jahre 1895 die Ägide der reichsständischen Diktaturregierung geführt hatte. Die Rückkehr des Herrn v. Köllner in das Land der wiedergewonnenen Brüder“ würde an den gegenwärtig bei uns herrschenden trüglichen innerpolitischen Zuständen ebenso wenig ändern, als durch seinen Weggang von hier an denselben geändert würde. Dem arbeitenden Volke Elsas-Lothringens kann es also höchst gleichgültig sein, ob es putzamerisch gesagert oder tollereich gebraten wird. —

Zwei Verträge in drei Tagen. Cecil Rhodes hat in der Londoner Generalversammlung der British-South-Africa-Gesellschaft über seine Erfolge in Berlin folgendes zum besten gegeben:

Als ich im Interesse der Entwicklung Afrikas an den deutschen Kaiser appellierte, begegnete er mir trotz einiger Vorfälle in der Vergangenheit, die für mich äbel abgelaufen sind und die er damals tabeln zu müssen glaubte, mit einer bewunderungswürdigen Weisheit und gewöhnlich mit bei aller Mühsicht auf die Interessen seines Volkes jede Unterstützung zur Ausführung meiner Pläne. In drei Tagen kamte ich mit seinen Ministern zwei Abkommen abzuschließen, vermöge deren der transatlantische Telegraph durch deutsches Gebiet geführt wird. Die Linie geht noch vierzig Jahren in den Besitz der Deutschen über; dafür aber sind sie bereit, unsere Durchgangslinien zum internationalen Kostenpreis zu unterhalten. Das ist deutscherseits ein wertvolles Zugeständnis, wenn man bedenkt, wie sehr in Europa die internationale Telegraphie zu internationaler Erpressung benutzt wird, an der wir Engländer, soweit wir unser Geld in Telegraphen angelegt haben, uns eifrig beteiligen. Die Zeitdauer bis zur Fertigstellung der Telegraphenlinie veranschlagt Rhodes auf 3 Jahre.

Herr Rhodes war offenbar sehr gut über die Eigenart deutscher Verhältnisse unterrichtet. Wenn er in England zum Ziele gelangen wollte, würde er zweifellos andere Wege einschlagen. —

Ausland.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. Der „Figaro“ hält seine geistigen Mittelungen über die Aussagen du Path de Clams vor der Criminalkammer aufrecht und präcisirt dieselben noch in einzelnen Punkten. Bezüglich der Erklärung du Path de Clams, daß er General Mercier den von ihm zu den einzelnen Teilen des Geheimtätens verfaßten

Kommentar übergeben habe, sagt der „Figaro“, daß bei dieser Erklärung Generalstaatsanwalt Manau sich mit heftiger Bewegung erhoben und erklärt habe, daß er sich sofort erheben werde, sofern nicht über seine Forderung beraten werde. Anträge zu stellen, dahingehend, daß der Kriegsminister von Mercier den in Frage stehenden Kommentar einfordern solle. Der Gerichtshof habe die Forderung des Generalstaatsanwalts bewilligt. Der „Figaro“ bemerkt weiter, er habe keinen scenographischen Bericht gegeben, und fügt hinzu, daß die geistigen Mittelungen vielleicht etwas umfangreicher gewesen seien, als die Aussagen du Path de Clams, daß sie jedoch im Grunde streng richtig seien; sie näherten sich erheblich mehr den von du Path de Clam gemachten Aussagen, als das Protokoll, das nach Fertigstellung von du Path de Clam vielfach abgeändert worden sei, so daß ein Rastionsentwurf im Protokoll verschiedene Auslassungen und Abweichungen, weil sie den Sinn veränderten, hervorzuheben mußte.

Dem „Journal“ zufolge hat der wegen Spionage verhaftete Dection vor dem Untersuchungsrichter Morly erklärt, daß ihm Henry den Auftrag erteilt habe, ihm die Schriften der Familienangehörigen des Drehfus zu verschaffen. Er habe infolge dieses Auftrages bei dem Schwiegervater des Drehfus einen Einbruch verübt, und dann die dort entwendeten Papiere Henry überbracht.

Ueber das Befinden Drehfus erhält der „Daily Telegraph“ einige Mitteilungen aus Cahenne über den Gesundheitszustand des Gefangenen der Zenselsinsel, die von dem Arzte desselben Dr. Deugnion, stammen. Der Arzt hat sich wie folgt ausgesprochen:

Drehfus ist Neurotiker, und die Behandlung, die ihm zu teil wird, hat ihn noch härter gemacht. Folsenung, Thätigkeit, Schwermut und Verzweiflung haben sein Nervensystem schwer geschädigt. Die Krankheit entwickelte sich ungefähr ein Jahr nach seiner Entlassung und nahm die Form einer Gehirn-Depression an. Er klagte ferner über Verdauungsstörungen, Erschöpfung und fortwährende Schlaflosigkeit, die dadurch verursacht ist, daß sein Geist sich beständig damit beschäftigt, seine Unschuld zu erweisen. Dazu kam Kopfweh, Schmerzen im Rücken und Ohnmachten, die längere Zeit dauerten und die ich schließlich mit Morphium-Einspritzungen bekämpfte. Unglücklicherweise konnte ich ihn nur ungenügend behandeln: ich schrieb gute Nahrung vor, gab ihm lindernde Mittel, ließ ihn in seinem kleinen Garten arbeiten und Körperübungen vornehmen, um ihn zu ermuntern und seinen Geist abzulenken. Das beste Heilmittel für seine Krankheit wäre stetig frische Luft, Unterhaltung, thätiges Leben, und das kann er in seiner Lage nicht haben. Seine Heilbarkeit hat sich erhöht, seit er weiß, daß die Revision im Gange ist. Er ist heberhaft aufgeregter und tausend Gedanken beschäftigten seinen Sinn, da er die Einzelheiten der Affaire nicht kennt.

Paris, 2. Mai. (Fig. Ber.) Zur Maisfeier in Frankreich ist noch das folgende mitzutheilen. Aus der Provinz wird die Arbeitsruhe am 1. Mai gemeldet aus Lyon, Reims, Moanne, Carmaux und Bailly (Strohbeden von Pas-de-Calais). In Lyon wurde eine Nachmittagsversammlung in der Arbeitsruhe von 2000 Personen besucht. In Reims feierten durch Arbeitsruhe gegen 3000 Arbeiter, fast die Hälfte der Gesamtzahl der dortigen Arbeiterschaft. In Carmaux feierten die Kohlenarbeiter. In Bailly fand ein Streik mit Gefangnis statt, der einen friedlichen Verlauf nahm. —

Belgien.

Das Wahlgeseh. Brüssel, 2. Mai. (Fig. Ber.) Die Regierung hat heute im Parlament eine bedeutende Niederlage erlitten. Die „Central-Kommission“ hat heute ihren Referenten ernannt und das ist Herr Woeste, der sich entschieden gegen das Projekt erklärt. Die Majorität der Kommission ist dem Projekt feindlich; sie besteht aus den Herren Woeste, Gelleputte und dem Grafen von der Velde. Die anderen Mitglieder sind G. Jaz und Vilaut. Damit scheint das Schicksal des Regierungsentwurfs entschieden. —

Schweden.

Schiedsgerichte bei Arbeitskonflikten. Ein Antrag, der die Einsetzung von Schiedsgerichten bei Arbeitskonflikten fordert, ist in der zweiten Kammer beraten worden. Er wurde zur Ueberweisung an die Regierung angenommen. —

Müßungen gegen Norwegen? Bei der Beratung der neuen Rüstungsbedingungen verriet das ansatz terris der ersten Kammer, Herr Löve, daß diese Rüstungen nicht zum Schutz gegen das Ausland dienen sollen, sondern gegen Norwegen. Derselbe warf der schwedischen Regierung „mangelnde Initiative“ vor und sagte: „Haben wir nicht gesehen, wie in einer Zeit, da Schwedens Ehre und Recht auf dem Spiele stehen (genau ist der norwegische Rufen-Beschluß), die großen „Verteidigungs-Erhöhung“ nicht von der Regierung, sondern vom Reichstag ausgegangen sind?“ Also: die von den schwedischen Chauvinisten beantragte Rüstungsbewilligung von 5/4 Millionen Kronen ist dazu bestimmt, Norwegen gegenüber „Schwedens Ehre und Recht“ zu wahren, obwohl Norwegen nur einen verfassungsmäßigen Beschluß gefaßt hat, den selbst der schwedische König, wenn auch mit persönlichem Protest, anerkennen mußte. Ueber hat dies schwedische Chauvinismus nicht nur die Macht im schwedischen Parlament, sondern auch die europäischen Zeitungen werden größtenteils aus diesen Quellen über den norwegisch-schwedischen Konflikt informiert. —

Norwegen.

Christians, 3. Mai. Die Regierung verlangt im außerordentlichen Verteidigungsetat die Bewilligung von 11 455 000 Kronen. Hierfür sind 2 1/2 Millionen für das Heer und der Rest für die Flotte bestimmt. —

Uien.

Aus Beijing wird den „Times“ gemeldet: Der britische Gesandte hat dem Tjingli-Namen amils mitgeteilt, daß England volle Genugthuung für das Verhalten des Bies-Königs von Kanton und der dortigen Behörden fordert, die den Angriff uniformierter chinesischer Soldaten auf Engländer in Kaulung zugelassen hätten. Das Tjingli-Namen stellt in Abrede, daß die Behörden mit dem Angriff einverstanden waren, behauptet vielmehr, daß er von dem geheimen Gesandten ausging.

Den „Times“ zufolge sieht das englisch-russische Abkommen die Aufrechterhaltung der ausländischen Kontrolle der Nordbahn durch einen englischen Ingenieur und einen englischen Finanzbeamten nur bis Chan-hai-hwan vor, und zwar zu dem Zweck, das englische Kapital, namentlich mit Rücksicht auf die Zusammenhänge mit dem Bahnbau erworbenen Rentenrechte sicher zu stellen. Ueber Chan-hai-hwan hinaus soll die Bahn unter allen Umständen unter chinesischer Kontrolle stehen. —

Amerika.

Vom philippinischen Kriegsausschlag. Obwohl man aus Dienstag in neue Friedensverhandlungen eingetreten war, wurde General Lawton in ein Gefecht verwickelt. General Otis meldet darüber noch Washington, die Kolonne des Generals Lawton habe Palmao und die benachbarten Dörfer eingenommen und 1800 Aufständische zerstört und verfolgt. Die Amerikaner hätten nur zwei Verwundete gehabt. Die Verluste der Aufständischen betragen mehrere Tote und eine große Anzahl Verwundeter und Gefangener.

Ob durch dieses Vorkommnis die Friedensverhandlungen demnach gestört sind, ist noch unbekannt. Die vor einigen Tagen geschlossenen Verhandlungen sind jedenfalls gescheitert, da der amerikanische General Otis die Situation der Philippinen vollkommen schief beurteilte. Den Philippinen war es mit ihrem Friedensangebot ecklicher Ernst gewesen, wie aus dem Bericht über eine Unterredung eines Verichterstatters mit Oberst Arguelles erhellt, worin es heißt:

„Man hat mich“, soviel er, „stieber geschickt, um den Amerikanern die Bruderhand zu reichen und einen beiderseitig intermedialen Zustand zu beenden. Wir glaubten einen Akt der Gerechtigkeit zu begehren“

und dieser Baute bildet sich ein, unsere Kraft sei gebrochen und wir genötigt, um Frieden bitten. Er spricht sogar von bedingungsloser Kapitulation. Wir denken nicht daran. Meine Bedingungen waren: Anerkennung der Republik Philippina und völlige Unabhängigkeit unter amerikanischem Protektorat. Und dann erklärte der Stabschef General Luna die Stärke ihrer Stellungen, und wie alle Philippinos entschlossen seien, lieber zu sterben, als zu Niggern der Hankees zu werden. Odis verfiel die Lage so wenig, daß er, ihm vertraulich auf die Schulter klopfend, sagte: „Sie können Aguinaldo und seine Freunde beruhigen: das Leben und all ihr Besitztum sollen sie behalten.“

Die Anregung zu den Verhandlungen war von amerikanischer Seite ausgegangen, und zwar von den Mitgliedern der von Mac Kinley nach Manila entsandten Philippinenkommission, die nach den letzten Gefechten Aguinaldo vertraulich zur Einleitung von Verhandlungen aufgefordert hatten. Bevor Aguinaldo und General Luna den Obersten Arqueles, den Leutnant Berel und einen Trompeter ins amerikanische Lager sandten, mußte General Odis drei seiner Leute als Geiseln stellen. An dem schroffen Auftreten des amerikanischen Oberbefehlshabers scheiterten die Verhandlungen.

Parlamentarisches.

Gewerbeordnungs-Kommission. (Mittwochs-Sitzung.) § 114a im Artikel b verlangt, daß für die Kleider- und Wäsche-Konfektion sowie für andere Gewerbe, in denen die Unklarheit der Arbeitsbedingungen zu Mißständen geführt hat, der Bundesrat Lohnbücher oder Arbeitszettel vorschreiben kann, in welche Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Accordarbeit die Stückzahl, ferner die Lohnsätze und die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten von dem Arbeitgeber oder dem dazu Bevollmächtigten einzutragen sind. Der Paragraph gelangte schließlich in folgender Amendierung zur Annahme: a) „Für bestimmte Gewerbe kann der Bundesrat“; b) „Die Auslösung Minderjähriger hat auf Grund eines Lohnbuchs zu erfolgen. Die Einrichtung der Lohnbücher wird durch den Reichsfiskus bestimmt“; c) die Lohnbücher sind mit den Bestimmungen der §§ 114a—119a zu versehen; d) hinter die dritte Zeile: kam der Bundesrat Lohnbücher oder Arbeitszettel vorschreiben, einzufügen: In diese sind von dem Arbeitgeber oder dem dazu Bevollmächtigten einzutragen: 1. Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Accordarbeit die Stückzahl; 2. die Lohnsätze; 3. die Bedingungen für die Lieferungen von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten; 4. die Bedingungen für die Darreichung von Kost und für die Ueberlassung von Wohnraum, sofern Kost und Wohnraum auf den Lohn angerechnet werden sollen. Wer für die gewerbnützige Beschäftigung von Gegenständen, welche durch die vom Bundesrat erlassene Verordnung bezeichnet sind, Hausgewerbetreibende beschäftigt, ist verpflichtet, Namen und Wohnung derselben der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Nächste Sitzung am Donnerstag 10 Uhr.

Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages trat gestern in die zweite Lesung der gestellten Abänderungs-Anträge. Abgelehnt wurde ein Antrag Tugauer, wonach die Zuständigkeit der Gewerbeordnungs-Kommission weiter ausgedehnt werden soll auf Streitigkeiten über Aneignung der Arbeitsergebnisse, Verletzung der Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, sowie wegen Ueberlassung, Benutzung oder Räumung von Wohnungen, die vom Arbeitgeber dem Arbeiter entgeltlich oder unentgeltlich überlassen werden, und wegen Zahlung des Mietpreises oder Herstellung von Reparaturen für diese Wohnungen. Angenommen wurde dagegen die von Tugauer beantragte Aenderung, wonach die Zuständigkeit ausgedehnt ist auf Streitigkeiten über Entschädigungsansprüche aus geschwundenen Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Krankenlistenbücher und Quittungsarten der Invalidentät- und Altersversicherung-Anstalten, sowie wegen widerrechtlicher Vorenthaltung dieser Papiere. Zu § 13 war in erster Lesung beschlossen worden, daß die Gemeindebehörde auf Antrag des Gewerbeordnungs-Kommissionen eine Liste der Wahlberechtigten aufzustellen hat. Auf Antrag Tugauer wurden die Worte: „auf Antrag des Gewerbeordnungs-Kommissionen“ gestrichen. Bezug auf die Wahlberechtigten sind nach den Beschlüssen erster Lesung Polizeibehörden und Krankenlisten, welche im Bezirk des Gewerbeordnungs-Kommissionen, verpflichtet, der Gemeindebehörde die erforderlichen Auskünfte zu geben und Einsicht in die Mitgliederlisten zu gewähren. Ein Antrag Tugauer, diese Pflicht auch den im Bezirk des Gewerbeordnungs-Kommissionen bestehenden örtlichen Verwaltungsstellen solcher Krankenlisten aufzuerlegen, welche ihren Sitz außerhalb des Bezirks des Gewerbeordnungs-Kommissionen haben (Eingetragene Central-Krankenlisten) wurde abgelehnt. Auf Antrag Jacobs' Fötter wurde beschlossen, die Mitglieder während vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage öffentlich auszuliegen und jeden in die Listen einzutragen, der bis zum Tage vor der Wahl seine Wahlberechtigung nachweist. Der jetzige § 13 des Gesetzes bestimmt, daß der Wähler, um wahlberechtigt zu sein, seit mindestens einem Jahre in dem Bezirk des Gewerbeordnungs-Kommissionen Wohnung oder Beschäftigung hat. Tugauer beantragte Streichung der Worte: „seit mindestens einem Jahre“. Der Antrag fand nicht die Zustimmung der Majorität.

Wohnabgabe. In der Reichstags-Kommission für die Novelle zum Postgesetz wurden am Mittwoch die Beratungen wieder aufgenommen. Die Subkommission hat sich über folgende Vorschläge bezüglich des Zeitungstarifs geeinigt: a) Die Zeitungsgeldgebühr beträgt a) 8 Pf. für jeden Monat der Bezugszeit; b) 15 Pf. jährlich für das wöchentlich einmalige oder selteneres Erscheinen, sowie 15 Pf. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; c) 10 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts unter Bewahrung eines Freigewichts von 1 Kilogramm für jedes wöchentlich einmalige oder selteneres Erscheinen. Das Jahresgewicht wird nach dem tatsächlichen Gewicht der Zeitungszahlen des vorausgegangenen Rechnungsjahres für jedes Kalenderjahr festgestellt. Bruchteile eines Kilogramms werden als ein volles Kilogramm gerechnet. Der Verleger hat zu diesem Zweck dem Verlags-Postamt ein vollständiges Pflichtexemplar von jeder Zeitungszahl zu liefern. Bei neuen Zeitungen erfolgt die Gewichtsberechnung für das erste Erscheinungsjahr vierteljährlich nach Maßgabe der tatsächlich erschienenen Zeitungszahlen. Nach kurzer Debatte wurden die Vorschläge der Subkommission mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur Postwarte (fr. Bg.) und Dabach (C.). — Damit ist die erste Lesung der Postnovelle beendet. Die zweite Lesung soll sobald als möglich, voraussichtlich Freitag, erfolgen, damit das Gesetz alsbald im Plenum verabschiedet werden kann.

Die Hypothekendar-Kommission des Reichstages hat die erste Lesung der Vorlage beendet. Eine Redaktions-Kommission soll sofort in Tätigkeit treten. Die zweite Lesung ist für Mittwoch nächster Woche angesetzt.

Erledigtes Mandat. Der Justizrat Franzius, national-liberales Mitglied des Reichstags für den 1. Hannoverschen Wahlbezirk (Weener, Leer, Emden und Norden), ist in Blankenburg t. H. gestorben. Bei 23 686 Wahlberechtigten wurden in der Hauptwahl am 16. Juni 1898 15 173, in der Stichwahl 18 686 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielt in der Hauptwahl der konservative 6888, der Nationalliberale 7184 Stimmen. Außerdem wurden 1819 socialdemokratische Zettel abgegeben. In der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 8967 über 9810 konservative Stimmen, also mit ganz knapper Mehrheit. —

Partei-Nachrichten.

Ein Erinnerungsbild zum 50. Geburtstag des Dresdener Straßenkampfes erscheint am nächsten Sonnabend, den 6. Mai, im Verlage von Ruden u. Comp., Dresden („Sächsische Arbeiter-Ztg.“) unter dem Titel „Sachsens Mai-Revolution“. Das zehnteilige Blatt wird reich illustriert sein und außer einer lebensgroßen Schilderung des Dresdener Straßenkampfes wertvolle Beiträge von Wilhelm Liebknecht, Ernst Haack usw. enthalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Halle a. S., 2. Mai.** Wegen Verleumdung der fünf Strafkammerrichter des Landgerichts Paderburg wurde der Redacteur des „Volksblatts“, Genosse Swienty, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Im Monat Januar waren unter den Spitznamen: „4 Jahre 1 Monat Gefängnis“ bzw. „4 Jahre 1 Monat hinter Kerkermauern“ zwei Artikel erschienen, in denen das oben erwähnte, gegen den Redacteur der Paderburger „Volksstimme“, Genossen Müller, verhängte Strafmaß kritisiert wurde. Während der Verlesung des damals in Frage kommenden Artikels der „Volksstimme“, in dem eine Verleumdung des Kaisers und des Prinzen Eitel Fritz enthalten sein sollte, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Staatsanwalt hatte gegen Genossen Swienty 3 Monate beantragt.

— **Wegen groben Unfugs** wurde Genosse Gärtner in Nürnberg als verantwortlicher Redacteur der „fränk. Tagespost“ von der Strafkammer zu 100 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Haft verurteilt. Der Unfug wurde in dem Abdruck eines Gedichts „Rezept für Redacteurs“ erblickt. Das Schöffengericht hatte einen gegen ihn erlassenen Strafbefehl in derselben Höhe aufgehoben und ihn freigesprochen.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

Die Lage des Ausstandes ist unverändert. Der Telegraph meldet, es kämen jetzt zahlreiche Kohlenzüge für die belgischen Häfenwerte über Rotterdam und Breviers an; es handele sich um englische und deutsche Kohle.

Am 2. Mai kam in der Deputiertenkammer die Interpellation Furnemonts zur Verhandlung. Der Interpellant verlangt Auskunft von der Regierung, was sie angesichts des Streiks der Bergleute zu thun gedenke. Der Minister für öffentliche Arbeiten erklärte, daß er persönlich die Arbeitssachen zusammenberufen habe. Eine Einigung sei nicht erzielt worden. Die Unternehmer hätten erklärt, daß sie jetzt in eine Lohn-erhöhung nicht willigen könnten, sie hätten aber eine solche für später in Aussicht gestellt. Die Arbeiter glaubten diesen Versprechen nicht. Das sei falsch, die Arbeiter sollten Vertrauen haben und zur Arbeit zurückkehren; die öffentliche Meinung werde darüber wachen und das Verhalten der Unternehmer kontrollieren. Ein weiteres könne er nicht thun. Die Beipredung der Interpellation wird fortgesetzt.

Aus der Frauenbewegung.

An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Vor einigen Monaten haben wir einen Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse gegründet. Die Mitgliederzahl ist noch keine große, aber es ist ein Stamm von Frauen gebildet, die den lebhaftesten Anteil an den Versammlungen nehmen. Unser Streben geht dahin, in weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung zu dringen, solche Frauen zu gewinnen, die vorläufig noch nicht wissen, wozu ein Nachmittags- oder Abendskurs für sie ist, und wie andererseits diese Bildung ihnen eine neue Welt edlerer Genüsse erschließt.

Wir wissen sehr wohl, wie schwer es gerade für die arbeitende Frau ist, sich zeitweise von ihren Alltagsorgen loszulösen, wie schwer es ist, nach anstrengender körperlicher Arbeit noch geistig zu arbeiten.

Unser Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, Euch den Weg zu weisen, wie man Wissenschaft und Kunst verstehen lernt, und er will Euch eine Stätte bieten, wo Ihr nach dem nichternem Berufsleben eine Erbauung findet. Wir wollen Euch nicht der Familie entziehen, wie so oft behauptet wird, nein, was Ihr bei und treibt, kommt Euren Männern und Kindern tausendfach zu gute.

Wir ersuchen die Frauen und Mädchen, unsere Vereinsversammlungen zu besuchen und sich selbst zu überzeugen, was wir Ihnen bieten. Die Versammlungen finden alle 14 Tage Montags in den Armirenhallen, Kommandantenstraße 20, statt. Die nächste Versammlung ist Montag, den 8. Mai. Dr. Conrad Schmidt spricht über: „Einige Fragen der Nationalökonomie.“

Mordprozeß Wuffe.

Das schwere Verbrechen, welches der Barbier Friedrich Wilhelm Christoph Wuffe zu Charlottenburg dort in der Nacht zum 27. Dezember vorigen Jahres beging, fand gestern den gerichtlichen Abschluß vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Da voraussichtlich die Verhandlung bei verhöferten Thüren stattfinden, so wird die Berichterstattung auf die Schilderung des objektiven Thatbestandes beschränkt bleiben müssen. Der Gastwirtssohn Wilhelm Thiele lebte in der Nacht zum 27. Dezember von einer Festlichkeit nach Hause zurück. Sein Vater ist Inhaber einer Restauration, welche sich in dem Hause Wilmersdorferstraße 72 und Ede Rommelenstraße befindet. In dem nach der letzteren Straße gelegenen Vorgarten sah Thiele eine weibliche Person regungslos liegen. Er hielt sie zunächst für betrunken, als er sie aber in der Nähe betrachtete, entdeckte er, daß er eine Leiche vor sich hatte. Sofort wurde der Kriminalinspektor Krause benachrichtigt, der auch noch im Laufe der Nacht erschien. Er stellte fest, daß die Person erwürgt worden war, die tiefen Eindrücke von den Fingern des Täters waren deutlich am Hals zu sehen. Die Ermordete wurde leicht erkannt; es war die Kellnerin Sidonie Hermann, die bei dem Schankwirt Roschitz in der Courstraße beschäftigt gewesen war.

Die Leiche wurde sofort in den Sittenreinen und lag deshalb der Verdacht nahe, daß sie das Opfer eines Mannes geworden war, den sie begleitet hatte. Schon die ersten Nachfragen in dem Hause, vor dem die Leiche lag, führten zur Entdeckung des Täters. Das Fräulein Wewes, welches Wand am Wand mit dem Barbier Wuffe wohnt, erzählte, daß sie in der Nacht gegen 3 Uhr durch das Weinen einer weiblichen Person, die sich bei ihrem Nachbarn befunden haben mußte, geweckt worden sei. Das Weinen sei schließlich in ein leises Wimmern übergegangen und habe dann völlig aufgehört.

Wuffe zeigte bei seiner Vernehmung alle Anzeichen eines bösen Gewissens. Er leugnete zunächst, überhaupt Besuch gehabt zu haben, verwickelte sich dann in Widersprüche und gab schließlich zu, die That begangen zu haben. Er habe die Hermann während der Nacht auf der Straße getroffen und sie mit nach seiner Wohnung genommen. Wegen der Bezahlung seien sie in Streit geraten, wobei die Besucherin so laut geschrien habe, daß er beschritten mußte, sie würde die Nachbarn wecken. Er habe ihr zunächst eine Ohrfeige gegeben, worauf sie die Wertsachen lauter geschrien habe, als zuvor. Nun habe ihn die Wut gepackt, er habe sie zu Boden geworfen, auf ihr gekniet und ihr mit beiden Händen die Kehle zugeedrückt. Nach einiger Zeit sei sie still gewesen. Er habe geglaubt, sie sei nur ohnmächtig. Er habe den schweren Körper deshalb nach dem Vorgarten geschleppt und hier liegen lassen. Diese Darstellung schien nur zum Teil der Wahrheit zu entsprechen. In dem Portemonnaie, welches man der Leichentafel der Ermordeten entnahm, befanden sich nur 35 Pf. Es wurde aber erwiesen, daß die Hermann mindestens 10 M. besessen hatte, als sie am Abend gegen 11 Uhr ihre Dienststelle verlassen hatte. Man vermochte sogar die Münzsorten festzustellen. Diese Geldstücke wurden bei dem Angeklagten gefunden. Er ließ sich insofern zu einem Geständnis herbei, als er jetzt behauptete, er habe der Besucherin zum Scherz das Geld fortgenommen. Sie habe dies falsch verstanden und angefangen, lauten Lärm zu schlagen; dies habe ihn beunruhigt und dann habe sich das Weitere in der vorgeschilderten Weise abgepielt.

Von der Anklagebehörde wird dieser Darstellung kein Glauben geschenkt, sondern angenommen, daß Wuffe sich sowohl des Mordes wie des Diebstahls schuldig gemacht hat. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Haase, erhebt Zweifel darüber, ob das von dem Angeklagten in der Voruntersuchung unumwunden und mit

allen Einzelheiten abgelegte Geständnis als zuverlässig und der Wahrheit entsprechend gelten kann. Der Verteidiger meint, daß dies nicht der Fall sei, weil der Angeklagte sich in einem Zustande völliger Apathie und geistiger Depression befunden habe. Es sind deshalb außer etwa 20 Zeugen auch medizinische Sachverständige geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Reumann, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Schäffer.

Nach Feststellung der Personalien des Angeklagten und Verlesung des Anklagebeschlusses beantragt der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit, welchem Antrage der Gerichtshof stattgibt. Einem Berichterstatter wird indessen auf sein Gesuch der Zutritt gestattet.

Die Darstellung des Angeklagten.

Der Angeklagte giebt zunächst Auskunft über seine Vergangenheit. Er hat nach seiner Einsegnung ein Jahr in Exerzieren und dann zwei Jahre bei seinem Bruder in Charlottenburg gelebt, dann in verschiedenen kleinen Städten konditioniert. Nachdem er dann noch einige Zeit in verschiedenen Berliner Barbiergehäften thätig gewesen, bis sein Bruder ihn in der Wilmersdorferstraße ein kleines Geschäft kaufte, welches der Angeklagte anfangs Dezember vorigen Jahres übernahm. Er hatte damals 140 Mark bares Geld, welches durch Reuenschaffungen so zusammenschmolz, daß er am 2. Weihnachtstage nur noch 30 M. besaß. Da er aber noch einige Kuhensätze einzufordern hatte, so habe er sich wegen der bevorstehenden Mietzahlung keine Sorgen gemacht. Am Nachmittage des 2. Feiertages sei er zu einem Verwandten, dem Bäckermeister Greslo gegangen, wo er mit seinem Bruder August Wuffe und einem dritten Gast Stet gespielt habe. Er habe bei Greslo zwar Bier und Schnaps getrunken, aber nicht in überreichlichem Maße. Gegen 11 Uhr habe er sich entfernt, sei aber auf dem Heimwege sei einmal umgekehrt und habe zwei Glas Bier getrunken. Hierdurch sei er etwas erregt geworden und habe es vorgezogen, noch einige Male in der Straße auf- und abzugehen. Dabei sei er dann von einem Mädchen angeprochen worden. Anfangs habe er es abgewiesen, dann habe er sich überreden lassen, die Begleitung anzunehmen. Sie seien zusammen nach seiner Wohnung gegangen.

Ueber den Streit, der dort später stattgefunden, läßt der Angeklagte sich des längeren aus.

Kurz vor der Verabschiedung habe die Besucherin ihr Portemonnaie hervorgeholt, um das ihr vom Angeklagten gezahlte Geld hineinzuwerfen. Dabei habe sie dem Angeklagten den Inhalt des Portemonnaies gezeigt mit den Worten: „Sieh' mal, wie viel Geld ich habe“. Darauf habe der Angeklagte zum Scherz zwei Geldstücke herausgenommen und dieselben auf die Kochmaschine gelegt. Das Mädchen sei hierüber in große Erregung geraten, sie habe nicht nur die beiden Thalerstücke, sondern noch mehr Geld verlangt und dies in so lauterem Tone, daß er fürchtete, es würde von den übrigen Hausgenossen gehört werden. Er habe ihr gesagt: „Sei ruhig, dein Geld wirst Du zurückbekommen, aber weiter zahle ich nichts!“ Die Besucherin habe fortgesetzt geblöht und noch in verstärkter Weise, nachdem er ihr eine Ohrfeige gegeben. Da sei auch er in Wut geraten, habe sie zu Boden gerissen und ihr die Kehle zugeedrückt, bis sie ruhig war. Dann habe er den Körper nach dem Vorgarten hinausgeschleppt, den Hut des Mädchens, der auf der Kochmaschine lag, heraufgeholt und neben den Körper gelegt und sich dann zu Bett begeben. — Vors.: Und wo blieb das Geld, welches auf der Maschine lag? — Angell.: Ich that es in meine Hosentasche. — Vors.: Ja, aber nicht in die Tasche der Hölle, die Sie anhaben, sondern in eine andere, welche im Schranke hing. — Angell.: Jawohl. — Vors.: Warum thaten Sie dies? — Angell.: Ich muß meine Gedanken wohl nicht richtig zusammen gehabt haben. — Vors.: Hielten Sie das Mädchen für tot? — Angell.: Nein. — Vors.: Und dann schleppen Sie die Ohnmächtige nach dem Garten und lassen sie während der Winterzeit im Freien liegen? — Angell.: Ja, wo sollte ich mit ihr hin? — Sanitätsrat Dr. Klein richtet an den Angeklagten die Frage, wie lange er die Zeit schätzte, während der er dem Mädchen die Kehle zuehrte. — Angell.: Darüber kann ich keine Angabe geben, ich war zu erregt. — Sanitätsrat Dr. Klein: Der Leich' war ein Tuch um den Hals geschlungen, haben Sie dies gethan? — Angell.: Nein.

Der Angeklagte giebt an, daß er bei seiner ersten Vernehmung so verwirrt gewesen sei, daß er jetzt gar nicht mehr wisse, was er gesagt habe. In betreff der Persönlichkeit der Ermordeten wird festgestellt, daß dieselbe früher mit einem Pauer Troische verheiratet war. Die Ehe ist geschieden, der Ehemann aber als der schuldige Teil erklärt worden. Seit dieser Zeit hat die Ermordete wieder ihren Mädchennamen Sidonie Hermann angenommen.

Die Beweisaufnahme

Beginnt mit der Vernehmung der Zeugin Wewes. Ihr Schlafzimmer befindet sich Wand an Wand mit dem des Angeklagten. Sie hat in der fraglichen Nacht gehört, daß ihr Nachbar Besuch hatte. Sie meint, daß es gegen 8 Uhr gewesen sei, als sie auf lautes Weinen, das aus dem benachbarten Raum kam, aufmerksam wurde. Das Weinen sei in Köcheln übergegangen und dann sei es ganz still geworden. Kurz darauf habe es ihr geschienen, als wenn nebenan die Thür ging.

Es folgt die Vernehmung des Kriminalinspektors Krause. Die Leiche habe am Munde und am Halse Hautabschürfungen und blutige Stellen gezeigt, um den Hals war ein weißes Taschentuch geschlungen, vorn einmal leicht zusammengeknötet. Nach Befreiung des Tuches zeigten sich die deutlichen Merkmale der Würgung. Als Frä. Wewes von dem Geschehen erzählte, daß sie in der Nacht gehört hatte, wurde der Verdacht auf den Angeklagten gelenkt. Auf das Klingeln habe derselbe sofort geantwortet. Er sei nur notwendig bekleidet gewesen. Auf die Frage, ob er in der Nacht Besuch gehabt habe, habe der Angeklagte anfangs eine verneinende Antwort gegeben, nach seiner Ueberführung nach dem Bureau aber das Geständnis abgelegt, daß er eine Person bei sich gehabt habe, mit der er in Streit geraten sei. Er habe sie dann erdrückt, indem er ihr wohl ein paar Minuten die Kehle zugedrückt habe. Erst als die Persönlichkeit der Ermordeten und außerdem festgestellt worden war, daß sie im Besitze größerer Geldmittel gewesen sein mußte, kam der Verdacht hinzu, daß der Angeklagte sich auch eines Diebstahls schuldig gemacht habe. Er habe auch dies anfangs energisch bestritten und auch nach dieser Richtung hin erst ein Geständnis abgelegt, als das Geld in seiner Wohnung gefunden worden war.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Haase, weist darauf hin, daß die Thatfache, daß bei der Leiche noch Wertgegenstände, wie Ring, Brosche usw. gefunden wurde, gegen die Annahme spreche, daß der Täter es auf eine Verabredung abgesehen habe. Kriminalinspektor Krause erwidert, daß der Angeklagte wohl bedacht habe, daß diese Gegenstände ihn leicht verraten könnten. Auf eine fernere Frage des Verteidigers, wie der Angeklagte sich bei seiner ersten Vernehmung benommen habe, erklärt der Kriminalinspektor, daß der Angeklagte sehr ruhig und überlegt, wenn auch niedergeklungen gewesen sei.

Vor dem Untersuchungsrichter hat der Angeklagte zu Protokoll gegeben, daß er die 10 M., die er aus dem Portemonnaie der Ermordeten genommen habe, behalten wollte. Er habe darum den Entschluß gefaßt, die gefährliche Zeugin des Diebstahls mündtot zu machen. Er habe sie deshalb so am Halse gedrückt, daß die Kehle gleich „durch“ gewesen sein mußte.

Unzurechnungsfähig?

Der Bruder des Angeklagten, Barbier August Wuffe, macht von seinem Recht der Zeugnisverweigerung keinen Gebrauch. Am 2. Feiertage habe der Angeklagte ihm auf Befragen erklärt, daß er über 24 M. boar verfüge. Der Zeuge habe ihm gesagt, daß er sich an ihn wenden könne, wenn er zu Renjah die Miets nicht zusammen habe. Der Angeklagte sei ein leicht erregbarer Mensch, der in seiner Jugend auch einmal Krämpfe gehabt habe.

Die betragte Mutter des Angeklagten macht einen bejammernswerten Eindruck. Während ihrer Vernehmung beugt der Angeklagte sich so tief nieder, daß seine Mutter ihn nicht sehen kann. Sie be-

Kundet, daß der Angeklagte in seiner Kindheit einmal einen ziemlich heftigen Schlag mit einem Klodenschlägel gegen den Kopf erhalten habe. Sie meine, daß davon etwas zurückgeblieben sei, er habe längere Zeit nach diesem Unfall ein sonderbares Benehmen gezeigt. Auch an Krämpfen habe ihr Sohn in seiner Kindheit gelitten. Die Frau hat unter Tränen um Hilfe für ihren Sohn gebittet. Der folgende Zeuge, Aufseher Gerhardt, hat den Angeklagten während der Untersuchungshaft zu beobachten gehabt. Der Angeklagte habe sich gut und ruhig gefühlt, und der Zeuge hat nichts Auffälliges an ihm bemerkt.

Im gleichen Sinne lautet die Aussage des folgenden Zeugen, des Oberaufsehers Gutmann. Diesem gegenüber hat der Angeklagte einmal die Versicherung gethan: „Ich kann mir kaum denken, daß ich so fest zugeknüttelt habe, als ich sie an der Kehle packte.“ Der übrige Teil der Beweisaufnahme bietet wenig Erwähnenswertes.

Einige Zeugen betonen, daß der Angeklagte bisweilen ein höchst sonderbares Benehmen an den Tag gelegt habe, als ob er an Wahnvorstellungen leide. Wenn er wieder zu sich gekommen sei, habe er von seinem auffälligen Verhalten nichts gewußt.

Sanitätsrat Dr. Klein begutachtet, er habe einen geistigen Defekt bei dem Angeklagten nicht bemerkt, aber nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme könne wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der Angeklagte geistig belastet sei und auch wohl an den Nachwirkungen schwerer Krankheiten leide. Mit Bestimmtheit müsse der Sachverständige dagegen die Frage verneinen, ob der Angeklagte sich bei Begehung der That in einem Zustande geistiger Störung befunden habe, wodurch seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Dagegen liege die Möglichkeit vor, daß der Angeklagte durch den vorangegangenen Streit in eine so maßlose Wut versetzt wurde, daß sein Ueberlegungsvermögen dadurch beeinträchtigt wurde.

Nachdem noch einige Sachverständige sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen, beantragt der Staatsanwalt, den Angeklagten des Diebstahls und des Totschlags schuldig zu sprechen. Die Verteidigung beantragt, auf schuldlose Tötung und mildernde Umstände zu erkennen.

Das Urteil.

Nach etwa einstündiger Beratung wurde der Wahrspruch der Geschworenen dahin verkündet, daß der Angeklagte schuldig sei des räuberischen Diebstahls und des Totschlags unter Verneinung mildernder Umstände. Der Angeklagte habe die Tötung gewollt, aber nicht mit Ueberlegung gehandelt.

Das Urteil lautete nach dem Antrage des Staatsanwalts auf lebenslängliches Zuchthaus und lebenslänglichen Ehrverlust.

Ausperrungen infolge der Waisfeier.

Die ausgesperrten Metallarbeiter in Berlin waren gestern (Mittwoch) vormittag in den „Arminhallen“ vollzählig versammelt, um über die gegenwärtige Situation zu verhandeln. Näher erstattete Bericht. In der Fabrik von Hirschmann war bereits am vergangenen Sonntagabend durch Circular an die Arbeiter mitgeteilt worden, daß jeder am 1. Mai feiernde Arbeiter entlassen würde. Tatsächlich wurden am 2. Mai nicht nur 42 Mann (darunter 9 Tischler) entlassen, sondern der Betrieb gänzlich eingestellt. Weitere Aussperrungen erfolgten in den Fabriken von K. Schneider, Schuchardt u. Cie., Swintlinsh (hier sollten die Aussperrten am Freitag wieder antreten), Kube, Heinze, Schlüter, Neumann, Kunig, Lewy Söhne, Senide u. Cie., Geride u. Cie. (Lichterfelde), Ehrich u. Cray, Franke in Schöneberg sowie in der Glashütte in Stralau, wo vier Schlosser, obwohl dieselben erst von nachmittags 4 Uhr ab gefeiert hatten, entlassen wurden. Bei Senide u. Cie. wurden die Accordarbeiter veranlaßt, die Arbeit erst fertig zu machen, um eventuell nach Verlauf von 14 Tagen wieder zu arbeiten. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind insgesamt ausgesperrt bzw. entlassen 855 Arbeiter aus verschiedenen Branchen. Im Verhältnis zur Zahl der etwa 2500 Metallarbeiter, die den 1. Mai bei voller Arbeitsruhe feierten, sei die Zahl der Aussperrten als gering, das Ergebnis als günstig zu bezeichnen, da einige bereits wieder eingestellt, andere Fabrikanten trotz Androhung an eine wirkliche Aussperrung nicht denken. Die Herren, obwohl zum größten Teil dem Unternehmerverband angehörend, scheinen bereits im Jahre 1898 etwas gelernt zu haben. Andererseits habe man sich schon einermögen an die Waisfeier gewöhnt. Was nunmehr das Verhalten der Aussperrten anbelangt, sei es für die Gesamtheit, sowie den Arbeitern einzelner Werkstätten dringend zu raten, alle augenblicklichen Verhältnisse in Ruhe und kluger Berechnung zu erwägen und nicht vorläufige Beschlüsse zu fassen. Vielmehr muß verlangt werden, daß die einzelnen Arbeiter sowie ganze Werkstätten sich jedesmal vor Beginn einer etwaigen Arbeitseinstellung infolge von Waisregelungen an die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes bzw. die betreffende Zahlstelle zu wenden haben. Auch sei dringend zu empfehlen, nicht jedem Vorschlag einzelner sofort Folge zu geben, um unnütze Waisregelungen usw. zu vermeiden und der Organisation Ausgaben zu ersparen. Nur diejenigen Aussperrten und Gemahregelten haben Anspruch auf Unterstützung seitens des Verbandes, welche sich den obigen Bedingungen fügen. Dabei ist es selbstverständlich, daß die leider noch Inorganisierten, wie auch alle Hilfsarbeiter unterstützt werden; Tischler und anderen Verufen Angehörige haben sich an ihre eigene Organisation zu wenden. In einigen Fabriken wird allerdings eine Wiedereinstellung ausfindiglos sein, da sich leider „Arbeitswillige“ gefunden haben, um die Aussperrten zu ersetzen. Mag aber kommen was da will, — die Unternehmer werden es sich wohl zweimal überlegen, ob sie bei dem günstigen Geschäftsgang und dem Andrang der Lieferungen weitere Aussperrungen vornehmen, die doch nur dazu beitragen können und werden, den Kampfesmut der Arbeiter zu erhöhen und zu stärken. Es erfolgt nunmehr eine längere Besprechung, an der sich etwa 80 Redner beteiligen, um den Grund der Aussperrung bzw. Entlassung, sowie die Zustände in den verschiedenen Fabriken zu schildern. Für künftige Waisregelungen wurde der Rat erteilt, Geld und Papiere nicht sofort in Empfang zu nehmen, weil darin ein Einverständnis mit der Entlassung erblickt wird.

Im allgemeinen herrschte in der Versammlung nicht nur eine musterhafte Ruhe und Ordnung, sondern auch großer Kampfesmut und Siegesgewißheit und die innigste Freude über die gelangene Waisfeier.

Um eine genaue Kontrolle zu ermöglichen, haben alle Gemahregelten sich mit Streifen, Mitgliedbuch usw. täglich im Bureau des Metallarbeiterverbandes zu melden; die Arbeitswunden in der für die einzelnen Branchen angegebenen Zeit, um übergrößen Andrang zu vermeiden. Die Gemahregelten erhalten zunächst Anweisung für angemeldete Stellen.

Zur Aussperrung der Holzarbeiter. Wegen Feiern des 1. Mai sind, soweit bisher festgestellt worden ist, 58 Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter, darunter 43 organisierte, in 14 Werkstätten ausgesperrt. Es sind dies nur solche Betriebe, die zur freien Vereinigung der Holzindustriellen Berlins gehören, oder von dieser Vereinigung beeinflusst sind. Die Mitglieder der Organisation der Feiertagsfeier haben ihren Arbeitern den 1. Mai freigegeben und sind in diesen Betrieben keinerlei Differenzen zu verzeichnen. — In allen Werkstätten, wo Aussperrungen seitens der Unternehmer Platz gegriffen haben, wird, wie bei den übrigen Holzarbeitern, die Arbeit vor dem 8. Mai nicht aufgenommen werden. Bei Stehmann, Reichenbergerstr. 142, Scheffler, Remelerstr. 40, und Karlinich, Barnimstr. 13, sind die Arbeiter, welche den 1. Mai gefeiert haben, entlassen worden, und ist über diese Werkstätten die Sperre verhängt. Sämtliche Aussperrte bzw. wegen Feiern des 1. Mai Gemahregelte, also auch die Inorganisierten, werden von dem Verband der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter unterstützt.

Die Feilenhauer der Firma Urbanke, Berlin, Chausseest. 42, wurden infolge der Waisfeier ausgesperrt. Zugang ist ferngehalten.

Die Kistenmacher stellten in einer gestern abgehaltenen, fast besuchten Versammlung fest, daß aus Anlaß der Waisfeier 38 Arbeiter ihres Berufs ausgesperrt worden sind und zwar bei Zug 22, bei Flugrath 9, bei Franzke u. Thurov 7. Wie lange die Aussperrung dauern soll, wisse man nicht. Der Fabrikant Zug habe geäußert, die Aussperrten würden nur dann wieder eingestellt werden, wenn sie aus ihrer Organisation austreten. Die Versammlung beurteilte das Vorgehen der Fabrikanten, sie beschloß, die Aussperrten zu unterstützen, und soll jeder arbeitende Kollege zu diesem Zweck pro Woche 30 Pf. beisteuern.

Sämtliche Steinmetzen in Hamburg wurden am 2. Mai ausgesperrt. Der Hoffmeister Karl Schilling, welcher in Wanzlau, Ratow und Warthau Steinbrüche und Werkplätze besitzt, hielt es für praktisch, den Steinarbeitern, welche den 1. Mai feierten, auch den 2. Mai als Ruhetag frei zu geben.

Wegen der Waisfeier ist in Hamburg eine Anzahl Steinseger ausgesperrt worden, so bei der Firma Kaufmann allein circa 60 Mann. Es wird um Fernhaltung des Zuganges gebeten.

In Lübeck sind in den Betrieben der Metallbranche die Arbeiter ausgesperrt.

Lübeck, 3. Mai. (Privatdepesche.) Wegen der Waisfeier in sechs Fabriken wurden am 2. Mai ca. 600 Arbeiter ausgesperrt. Vier Fabriken mit ca. 400 Arbeitern beschloßen, auch heute am 3. Mai noch zu feiern. Gegenwärtig schweben Verhandlungen der Arbeiter mit dem Arbeitgeberverband.

1600 Former ausgesperrt! Die Leipziger Eisengießereien, 21 an der Zahl, und 2 Metallgießereien haben am 2. Mai wegen der Teilnahme an der Waisfeier sämtliche Former ausgesperrt. Die 1600 Aussperrten sollen nach 8 Tagen wieder einmal nach Arbeit fragen, so lautete die prophetische Antwort der Unternehmer.

In Burg sind sämtliche Former und Hilfsarbeiter der Gießerei Astorp entlassen.

Die Dresdener Fabrikanten haben in ihrer Wut über die äußerst impotente Waisfeier in Dresden gleichfalls zu Waisregelungen der Arbeiter gegriffen. In der Metall- und Bronzewarenfabrik von Karl Reihner wurden 50 Arbeiter ausgesperrt. Die Brüder und Klempner der Firma Görlb wurden gleichfalls von ihrem antisemitischen Arbeitgeber entlassen. Der Schlossmeister Weber in Blasewitz verweigerte seinen Arbeitern die Freigabe des 1. Mai, nachträglich aber mahngelste er drei seiner Gesellen.

Die Bauunternehmer drohten ihren Arbeitern belamlich mit Waisregelungen, wenn sie den ersten Mai feierten. Die Folge dieses überaus unternahmerstreichs war eine ganz besonders umfangreiche Arbeitsruhe im Baugewerbe. Aus Wut darüber, daß die Waisfeierungsversuche nicht geklärt sind, haben mehrere Baumeister ihre Arbeiter auf die Straße geworfen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bürger! Da durch Versammlungsbeschlüsse vom 1. Mai die Arbeitszeit in unserem Gewerbe vom 2. Mai ab um eine halbe Stunde verlängert werden soll, so ersuchen wir die Kollegen, diesem Beschlusse nachzukommen. Wo das nicht geschieht, bitten wir die Kommission davon in Kenntnis zu setzen. Ferner ersuchen wir die Kollegen, die gemahregelt werden sollten, uns dies sofort mitzuteilen. Die Lohnkommission der Bürger.

Deutsches Reich.

An die Maurer Deutschlands!

Laut Beschlusse der Konferenz vom 7. April d. J., welche in Braunshweig tagte, waren die Berliner Maurer beauftragt, den ersten Vertrauensmann sowie die Revisoren zu wählen. Diesem Beschlusse sind nun die Berliner Maurer nachgekommen und haben den Unterzeichneten zum ersten Vertrauensmann gewählt.

Alle diejenigen Kollegen respektive Ortschaften, welche die Beschlüsse der Konferenz zu ihren eigenen gemacht haben oder anerkennen wollen, sind verpflichtet, sich mit Unterzeichnetem in Verbindung zu setzen betreffs Erlangung von Sammelmaterial usw.; auch sind die Vertrauensleute der einzelnen Orte verpflichtet, den Unterzeichneten über die Organisationsverhältnisse sowie über die Agitation genau zu unterrichten. Ferner werden die Kollegen aufgefordert, überall Vertrauensleute zu wählen und sofort dem Unterzeichneten deren genaue Adresse mitzuteilen. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Nummer der „Einigkeit“ vom 15. April abgedruckt.

Widmann sind alle Anfragen betreffend die Lohnbewegung, sowie Referentenfrage und Geldsendungen an Unterzeichneten zu adressieren. Also, Kollegen, thue jeder seine Pflicht und suche wir überall die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen und liberal für unsere Organisation Propaganda zu machen, damit endlich die Worte Laßalles zur Wahrheit werden: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!

Der erste Vertrauensmann der Maurer Deutschlands.

(Vertrauensmänner-Centralisation.)

Karl Knöphgen, Berlin O., Baerstr. 56, S. II.

Die Maurer in Guben befinden sich seit dem 1. Mai im Streik. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 32 auf 35 Pf. Wasserläufer, Spaten und Stemmungen sollen in Zukunft von den Meistern geliefert werden. An der Arbeitseinstellung beteiligten sich 254 Maurer. Bei einem Unternehmer arbeiten 20 Gesellen zu den neuen Bedingungen, 8 Maurer sind „arbeitswillig“. Die Maurer Gubens gelten sonst als sehr ruhige Arbeiter. Nun wird aber von den Meistern eine Hege veranstaltet, die auch dem indifferentesten Arbeiter Auffassung gibt über seine Stellung zu den Unternehmern. Täglich erscheinen verleiherische Zeitungsartikel in der Ordnungspresse und in diesen Tagen ist eine Liste mit den Namen der Streikenden an alle Baugewerks-Journale gegangen, damit die Ausständigen anderwärts keine Arbeit bekommen. Die Meister haben es trefflich verstanden, den Arbeitern die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen.

Der Ausstand der Krefelder Weber ist nunmehr gänzlich beendet. Die Sommerweber der Firma Schellendes u. Comp., welche bisher noch ausständig waren, haben den Vermittlungsvorschlag der Firma angenommen und werden heute die Arbeit wieder aufnehmen.

In der Gussstahlfabrik in Döhlen bei Dresden haben sämtliche Schmiede die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen verlangen eine Erhöhung der Accordhöhe um 15 Proz.

Die Schiffsbauer in Alt-Ruppin sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Dieselben erziehen eine Lohnaufbesserung um 3 Pf., eine Erhöhung des Lohnes von 25 auf 28 Pf. pro Stunde. In Kremen ist die gleiche Forderung bereits durchgesetzt worden.

Der Streik der Münchener Metallschläger ist mit einem vollständigen Siege der Gewerkschaft beendet.

Unternehmer-Verbände.

Der deutsche Schiffsbund, welcher gegenwärtig 1500 Mitglieder aufzuweisen hat, beabsichtigt, in Berlin eine allgemeine Schiffersbörse ins Leben zu rufen, sowie bei weiterer Entwicklung des Bundes den Bau einer großen Dampferflotte für den Schlepplendienst in Angriff zu nehmen. Derselbe will sich dadurch von den großkapitalistischen Dampfergesellschaften unabhängig machen, wie er auch sonst bestritt ist, auf gewerkschaftlichem Wege die wirtschaftlichen Interessen der selbständigen Schiffer nach Möglichkeit zu fördern.

Sociales.

Aus Meinungen. Die fast ungläublichen Anklagen, welche Genosse A. Weigelt aus Steinach auf dem diesjährigen Kongress deutscher Berg- und Hüttenarbeiter gegen die kapitalistische Verwaltung der meiningischen Schiefergrübelbrüche erhob, haben die Regierung veranlaßt, in einer „Denkschrift“ auf jene von Weigelt erwähnten Vorwürfe einzugehen. Aus dem ziemlich umfangreichen Schriftstück, das über 80 Seiten des Regierungsblattes, wird alles andere eher bewiesen, nur nicht, daß das auf dem Bergarbeiter Kongress Weigelt unzutreffend sei. Jedenfalls ist die Denkschrift ein unschätzbares Dokument, das die Verwerflichkeit der kapitalistischen Ausbeutung und Flusmdocherei in geradezu photographischer Treue wiedergibt. Genosse Weigelt hatte besonders die geradezu grauame Art der Kinderbeschäftigung in den Griffschichten geißelt, deren etwa 130 im Alter von 6—14 und 60 unter 6 Jahren in den Hütten gezählt wurden. Versucht man die meiningische Regierung diese Angaben zu bestreiten? O nein, sie kann das nicht, sie sagt vielmehr in ihrer Denkschrift: „In gesundheitlicher Hinsicht sind diese Kleinshütten von sehr hoher Beschaffenheit. Der Fußboden und die Wände sind mit Griffstaub überzogen, die Luft ist mit Staub gefüllt, eine regelmäßige Reinigung findet zu meist nicht statt. Ein großer Uebelstand ist der Aufenthalt von Kindern in den Griffschichten, sei es, daß sie nun hier bei der Arbeit mithelfen, sei es, daß sie noch nicht in einem erwerbsfähigen Alter stehen und hier nur eine Unterkunft haben, denn daß das Verweilen in diesen staubgefüllten Räumen für die zarte Gesundheit von Kindern sehr nachteilig ist, darüber kann kein Zweifel bestehen.“ Der Regierungsbericht giebt hier also die von Weigelt erhobenen himmelschreienden Vorwürfe ohne die geringste Einschränkung zu und kann es nur mit Freuden begrüßt werden, daß die auf jenem Kongress öffentlich erhobene Anklage gegen solche Kinderbeschäftigung in kapitalistischen Betrieben den Erfolg gehabt hat, daß die Regierung seit dem 11. April jedweden Aufenthalt von Kindern in Griffschichten verboten hat. — Auch war es nicht möglich, in der Denkschrift die Angaben über die Löhne als unrichtig nachzuweisen, im Gegenteil giebt auch in diesem Punkte das Schriftstück geradezu verblüffende Auskünfte. Es heißt da u. a.: „In Lauscha verdient der geschickteste Verleimacher bei 15 stündiger Arbeit 1 M. bis 1 M. 20 Pf., wenn die Nebenarbeiten von Familienangehörigen besorgt werden; Augenmacher und Schachtelmacher täglich 1—2 M. ... In Jagelschied verdient der Verleimacher ohne Familie 50 Pf., mit Familie täglich 1 Mark.“ ... Mit Vorkühnung dieser ungeheuren Löhne will die Regierung den Nachweis erbringen, daß die Griffmacher eigentlich noch recht gute Verdienste erzielen, da zwar 68,08 Proz. unter 900 M., ganze 81,92 Proz. der Griffarbeiter aber über 900 M. verdienen, während die Spielwarenindustrie 50,09 Proz. und die Porzellanindustrie 45,40 Proz. männliche Arbeiter mit unter 600 M. Verdienst aufweisen. Der Rechtfertigungsversuch der Regierung kann nicht nur als vollkommen mißlungen bezeichnet werden, derselbe hat vielmehr den Beweis erbracht, daß es dem Arbeiter ganz gleich sein kann, ob derselbe „kapitalistisch“ oder „privatkapitalistisch“ ausbeutet wird. Die als Betriebsüberschuh der Jahre 1891—1898 zu verzeichnenden 420 859 M. bauen sich auf — auf Glend, Zinner und Siedlum!

Beschränkung der Sonntagsruhe. Das herzogliche Ministerium des Innern in Sachsen-Meiningen hat die Bestimmung getroffen, daß Papierfabriken und Holzsägwerkstätten, welche ausschließlich mit der Wasserkraft der Soale arbeiten, Arbeiter und Arbeiterinnen zu Arbeiten, welche an Sonntagen nicht vorgenommen werden können, auch Sonntags beschäftigen dürfen. Eine Ausnahme sollen nur bilden die ersten Ostern-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertage.

Der Verband deutscher Gewergerichte hat beschlossen, sein Verbandsorgan, das bisher im Zusammenhang mit der „Socialen Praxis“ herausgegeben wurde, vom 1. Oktober an als selbständige Monatschrift erscheinen zu lassen. Damit wird für alle Funktionen der Gewergerichte, sowohl für die Rechtsprechung, wie für Einigungsämter, Gutachten und Anträge, ein unabhängiges Centralorgan geschaffen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die Ursachen der italienischen Ministerkrise

erklärte in einer scheinbar recht konfuse Rede der Ministerpräsident Pelloux am Mittwoch in der Deputiertenkammer. Unter anderem führte er aus:

Das ganze Land, Gegner und Freunde unserer Chinapolitik, sind darin einig, daß von der Regierung in dieser Angelegenheit eingeschlagene Verfahren zu mißbilligen. Das Kabinett mußte prüfen, was es in einer solchen Lage im Interesse des Landes zu thun hatte. Es würde ihm nicht schwer gefallen sein, sich sowohl bezüglich der Prinzipienfrage zu verteidigen, als nämlich Italien überhaupt auf jede Aktion im äußersten Orient hätte verzichten lassen oder nicht, wie auch bezüglich der von ihm befolgten Methode und es wäre ihm ein Leichtes gewesen, nachzuweisen, daß diese Inangriffnahme einer bescheidenen kommerziellen Aktion die Befürchtungen, denen man hinsichtlich einer militärischen Expansionspolitik Ausdruck gegeben, in keiner Weise rechtfertigen konnte. Es wäre dem Kabinett noch leichter gezeihen, eine Vertagung auf unbestimmte Zeit herbeizuführen über jeden Vorschlag, der dem Votum der Kammer unterbreitet worden wäre. (Zurufe.) Aber die Regierung hielt es für patriotischer, mehr dem allgemeinen Interesse entsprechend, wieder die eine noch die andere Abstimmung zu veranlassen. Der eventuelle Rückzug unserer Schiffe aus dem Gelben Meere erschien uns als eine That derartiger der Ehre und Würde des Landes entgegenstehend, daß wir davon entschieden abgesehen haben. (Sehr gut im Centrum.) Hinsichtlich der Abstimmung über den Vorschlag, die Erweiterung des einen Antrages zu vertragen, waren wir der Ansicht, daß der Sieg, obgleich er uns sicher war, nichts entschieden hätte. (Zurufe.) Angesichts dieser Sachlage hielten wir es für unsere Pflicht, unsere Demission dem Könige zu überreichen. Ich bitte das Haus, seine Arbeiten zu unterbrechen. (Wiederholte Zurufe von den verschiedenen Seiten.)

Wovio bedauert im Rahmen der äußersten Linken, daß seit einigen Jahren die Minister vor der Abstimmung ihre Demission geben und so die Kammer verhindern, ihre Meinung auszusprechen. Mazzaschlich sich dem Vordredner an, indem er dies Verfahren für verfassungswidrig erklärt. (Lebhafte Zwischenrufe. Zurufe.) Sollaro de Lizio beantragt die Vertagung der Kammer gemäß dem Erlaß der Regierung. (Zurufe. Zwischenrufe.) Der Präsident erklärt, die Kammer müsse ihre Arbeiten unterbrechen, worauf die Sitzung unter großer Erregung geschlossen wird.

Wien, 3. Mai. (W. S.) In der „Freien Presse“ demontiert jetzt auch der hiesige persische Gesandte die Meldung, daß der Hofen Vender-Abbas am persischen Meerbusen an Rußland abgetreten sei.

Brann, 3. Mai. (W. S.) Da die streikenden Textilarbeiter seit heute früh vor den Fabriken Demonstrationen veranstalten, rüden Drogoner aus, um die Straßen zu räumen.

Agram, 3. Mai. (W. S.) Das Reichs-Striegeministerium veranlaßt die Polizei, zahlreiche im Nachlasse des verstorbenen Grafen Rügen befindliche Korrespondenzen und Dokumente zu beschlagnahmen, weil dieselben Staatsgeheimnisse enthalten.

Paris, 3. Mai. (W. S.) Der „Liberé“ zufolge wird der Berichterstatter des Kassationshofes seine schriftlichen Anträge noch am Ende dieser Woche einbringen.

Palarech, 3. Mai. (W. S. I.) In den Kammern, die heute zusammengetreten sind, verlas der Ministerpräsident eine königliche Botenschaft, durch welche das Parlament aufgelöst wird, sowie ein Dekret, welches die Kammerwahlen auf den 8. 9. und 10. Juni, und die Senatswahlen auf den 13., 14. und 15. Juni ansetzt.

Reichstag.

75. Sitzung, Mittwoch, 3. Mai 1899, 1 Uhr.
Am Bundesratsitz: Niemand.

Präsident Graf Ballestrem:

Meine Herren, ich habe eine Trauerbotschaft mitzutheilen (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen). Nach einer Mitteilung des Herrn Justizrats v. Simson ist der Vater desselben, der langjährige Präsident des Reichstages, Reichsgerichtspräsident a. D. v. Simson gestern Abend im 89. Lebensjahre sanft entschlafen. Meine Herren, in allen Entwicklungsphasen der deutschen Einheitsbewegung hat der Entschlafene eine hervorragende Stellung eingenommen. Als Präsident der Frankfurter Nationalversammlung veränderte er an der Spitze einer Deputation am 3. April 1849 E. Maj. dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen seine Wahl zum deutschen Kaiser. Später war der Entschlafene auch Präsident des Erfurter Parlaments. Sowohl im konstituierenden als auch im ersten ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes sowie im Reichsparlament besetzte Simson die Stelle des ersten Präsidenten. Als solcher überreichte er an der Spitze einer Deputation des Norddeutschen Reichstages am 18. Dezember 1870 E. Maj. dem König Wilhelm I. von Preußen in Versailles die Adresse, durch welche allerhöchstselbst die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde. Auch der erste deutsche Reichstag wählte Simson zum ersten Präsidenten. Er besetzte diese Würde von 1871—1874, wo er aus Gesundheitsrücksichten seine weitere Wahl ablehnte, aber noch bis 1876 dem Reichstage als Mitglied angehörte. Im Jahre 1879 wurde Simson zum ersten Präsidenten des neuerrichteten Reichsgerichts in Leipzig ernannt. 1888 wurde ihm von E. Maj. dem Kaiser Friedrich III. der hohe Orden vom Schwarzen Adler und damit der erbliche Adel verliehen. Dieser in der Geschichte des Deutschen Reiches so hervorragende Mann ist nicht mehr. Trauernd und tief bewegt steht der Reichstag an der Bahre seines ersten Präsidenten, dem er immer ein ehrendes Andenken bewahren wird. Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben, um das Andenken zu ehren.

Meine Herren, ich erbitte mir Ihre Ermächtigung zu folgendem: Erstens ein Beileidschreiben an den Sohn des Verstorbenen Justizrats v. Simson zu richten; zweitens im Namen des Reichstages einen Kranz an der Bahre niederzulegen. Da kein Widerspruch erfolgt, stelle ich fest, daß die Ermächtigung erteilt ist. Wegen der weiteren Trauerfeierlichkeiten bitte ich die Herren Senioren, mit mir zu einer näheren Besprechung zusammenzutreten zu wollen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des von dem Abg. Liebermann von Sonnenberg u. Gen. eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend das Verändern der Schlachtlinie.

Abg. Lieber (C.): Ich beantrage, den zweiten Punkt der Tagesordnung vor dem ersten zu beraten.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Ant.): Ich habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß unser Antrag am nächsten Schwermittwoch als erster zur Beratung gelangt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Antrages der Abgg. Dr. Lieber und Dr. Hise (C.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zum Zweck der Errichtung von Arbeitskammern in Verbindung mit der Fortsetzung der Beratung des Antrages der Abg. Dr. Wachnick und Köfide (Dessau) wegen Errichtung eines Reichsarbeitsamts.

Abg. v. Kardorff (Mp.):

Wir haben uns hier mit einer ganzen Flut von arbeiterfreundlichen Anträgen zu befassen. Ich befürchte aber, von den Parteien, die das Vortreten um die Gunst der Arbeiter eröffnet haben, wird keine den Preis gewinnen, sondern nur die Sozialdemokratie wird davon Vorteil haben. Der Abg. Hise hat uns eine kleine Blumenlese von dem gegeben, was die Arbeitskammern leisten sollen. Sie sollen da alles mögliche und unmögliche leisten. Wenn sie aber dies umfassende Gebiet erledigen sollen, so müssen sie an Stelle der Kommunen, an Stelle des Staats, an Stelle des Reichs treten. Wie sollen sie das alles bewältigen können? Glaubt der Abg. Hise, daß jede Kammer die nötigen tüchtigen Leute finden wird? Weshalb sollen denn plötzlich all die Aufgaben, die bisher den Staatsbehörden oblagen, diesen abgenommen werden? Das scheint mir alles total undurchführbar.

Man soll überhaupt nicht zu viel heilen wollen. Die Zeiten sind vorüber, wo man den Arzt am meisten schätzte, der die meiste Medizin verordnete. Man muß der Natur ihren Lauf lassen. Wenn all das, was der Abg. Hise wünscht, in die Praxis überetzt werden würde, Herr Hise würde bald der unpopulärste Mann in Deutschland werden.

Herr Hehl zu Herrnsheim hat Herrn Bued angegriffen und ihm Unkenntnis der englischen Gesetzgebung vorgeworfen. Es ist mir doch sehr zweifelhaft, ob Herr Bued, den ich seit einer langen Reihe von Jahren als sehr zuverlässigen Mann kenne, ungenauer informiert ist, als Herr v. Hehl. Herr Hehl hat ihm vorgeworfen, er wisse nicht einmal, daß nach der neuesten englischen Gesetzgebung ein Verhandlungszwang bestehe. Daß ein solcher besteht, muß ich denn doch energisch bestritten. Nach dem Buch von Sidney Webb besteht der Verhandlungszwang nur in Australien und Neuseeland und ist dort weniger als in England. Herr Bued hat ferner mit Recht vorausgesetzt, daß die Entwicklung der Trades-Unions die englische Industrie bald in außerordentlich bedrückte Lage bringen werde — infolge der steten Lohnerhöhungen und der Unsicherheit der Lieferungen werde die Konkurrenzfähigkeit Englands auf dem Weltmarkt geschädigt werden. Herr Bued hat mit seiner Prophezeiung recht gehabt; erst jüngst wurde eine englische Firma durch den Streik verhindert, die Lieferung einer eisernen Brücke nach Ägypten — also tatsächlich nach einer englischen Provinz — zu übernehmen; die Arbeit wurde alsdann von einer amerikanischen Firma ausgeführt. Ueberhaupt halte ich die Exemplifikation auf das Ausland für nicht immer angebracht. So hat Herr Hebel fälschlicherweise behauptet, daß nennlich in einem Kanton der Schweiz die Arbeitslosen-Versicherung mit großer Majorität angenommen sei, während nach meiner Information das Gegenteil der Fall gewesen. Ich halte es schon deshalb für unangebracht, auf das Ausland zu exemplifizieren, weil die deutsche Entwicklung eine durchaus eigenartige gewesen ist. Wir haben das allgemeine Wahlrecht in einer Ausdehnung, wie es die englischen Arbeiter nicht besitzen, wir haben die allgemeine Wehrpflicht, wir haben soziale Gesetze, um die uns die ganze Welt beneidet. (Lachen links.) Wenn Sie ehrlich sein wollen, müssen Sie gestehen, daß der deutsche Arbeiter sich besser sieht, als irgend ein Arbeiter sonst. Es war mir interessant, einmal während der Rede des Herrn v. Hehl die Gesichter der Herren Sozialdemokraten zu betrachten. Sie waren vergnügt, aber doch einigermaßen spöttisch, wohl darum, weil hier einmal ein alter Lodenhändler der Sozialdemokratie von den Nationalliberalen herangezogen wird. Die Zeitungen meinen ja, daß die Nationalliberalen den Sozialdemokraten einige Stimmen abnehmen werden, ich glaube das nicht, denn dazu steht in diesem Augenblick noch die Sozialdemokratie zu mächtig und selbstbewußt da. Ich komme nun zu dem Abgeordneten Herrn Köfide. Dieser zeichnet sich durch die Festigkeit seiner Polemik gegen meinen Freund v. Stumm aus. Es mag ja sein, daß er sich dadurch sehr populär bei den Sozialdemokraten macht und daß er diese Popularität sehr nötig hat. (Abg. Köfide: Sie haben recht! Heiterkeit.) Was hat Herr Köfide für die Arbeiter und was hat mein Freund Stumm für die Arbeiter getan. Ich glaube, daß es kaum ein Werk im Reiche giebt, das so große Wohlthaten einrichtet, wie das des Herrn v. Stumm. Den ersten Anstoß zu der ganzen sozialen Gesetzgebung hat mein Freund Stumm zusammen mit Herrn v. Hertling gegeben (Lachen). Es ist ja eine außerordentlich populäre Sache, den Herrn v. Stumm anzugreifen — das hat sich ja auch die christlich-soziale Partei zu Nutzen gemacht — man hat aber das Vertrauen der Ar-

beiter meines Freundes v. Stumm zu demselben nicht erschüttern können (Lachen). Ich glaube nicht, daß jemand, der sich so ernsthaft mit sozialen Problemen beschäftigt hat, wie Herr v. Stumm, daß ein solcher Mann eine solche Behandlung verdient. Er hat wohl in manchen Sachen geirrt, er hat manches Wort zu Unrecht gesprochen — wenn passiert das nicht? — aber ob es richtig ist, einen Mann von einer solchen Vergessenheit in der Weise anzugreifen, wie es der Herr Abgeordnete Köfide getan hat, darüber möchte ich das Urteil dem großen Publikum außerhalb des Hauses überlassen.

Was die kaiserlichen Erlasse anlangt, da giebt uns die Entlassung des Ministers von Verleşch den deutlichen Fingerzeig, wie die Regierung sie jetzt aufgefaßt wissen will. Sie will die soziale Gesetzgebung nicht still stehen lassen: das zeigen die von ihr eingebrachten Gesetzentwürfe. Aber sie will auch keine revolutionären Sprünge machen, wie die vorliegenden Anträge welche sind. Vor allem aber muß der neue Kurs sich in der Bekämpfung der Sozialdemokratie zeigen. Es ist die höchste Zeit, daß endlich ein neues Ausnahmengesetz in Kraft tritt, und zwar mit Strafbestimmungen, die die Sozialdemokratie am meisten treffen. So z. B. müßte die Strafe der Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts für den Reichstag auf fünf Jahre für alle die festgelegt werden, die sich an der sozialdemokratischen Agitation beteiligen. (Große Heiterkeit.) Ich begreife nicht, warum Sie lachen. (Erneute Heiterkeit.) Es handelt sich ja doch um eine Nachfrage. Und ich glaube nicht, daß Sie die Nacht behalten werden. Bis jetzt freilich steht es um die Bekämpfung der Sozialdemokratie trübe. Bis jetzt ist uns noch nicht einmal das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen zugegangen. Und mit diesem Gesetz allein würde uns allerdings wenig geholfen sein. Das bringt uns noch nicht so weit, wie wir wollen. (Heiterkeit.) Ueberhaupt: wir könnten sehr leicht einer gewissen Resignation verfallen, wenn wir so sehen, wie wir allmählich dem sozialdemokratischen Abgrunde „immer näher gleiten“ (Heiterkeit); und durch Anträge, wie die des Herrn von Hehl, wird das Tempo dieses Hinabgleitens noch beschleunigt. Aber ich bin Optimist, wie jeder verständige Politiker (Heiterkeit), obgleich es ja sehr betrüblich aussieht, obgleich die Regierung uns in ihrer Passivität in Stich läßt, obgleich mehr und mehr Angehörige der gebildeten Stände sich der Sozialdemokratie zumenden — ja, meine Herren, wir haben jetzt Professoren, Rechtsanwält, Ärzte, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. Das erinnert ganz an die Zustände vor der französischen Revolution; die Leute ahnen leider nicht das furchtbare Schicksal, das sie erwartet. (Große Heiterkeit.) Und trotzdem verliere ich den Mut nicht. Ich halte es mit dem General v. Reumann, der im Jahre 1848, als alles seufzte: „Mein Gott, mein Gott, wir gehen ja jetzt zu Grunde!“ sagte: „Nein, Preußen geht nicht zu Grunde, die Hohenzollern haben ihren eigenen Stern.“ (Große Heiterkeit.) Und so sage auch ich: Ich vertraue auf den großen Stern der Hohenzollern (Große Heiterkeit), wir werden nicht zu Grunde gehen. (Andauernde Heiterkeit.)

Abg. Bising (natf.):

Meine politischen Freunde, die den Antrag eingebracht haben, haben in ihrer Begründung zwar keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht im Namen der gesamten Fraktion handelten. Aber angesichts der Erörterungen, die diese Anträge in der Presse hervorgerufen haben, halten wir es für notwendig, vor der Öffentlichkeit noch ausdrücklich zu konstatieren, daß ein großer Teil meiner politischen Freunde und ich in sozialpolitischer Hinsicht einen anderen Standpunkt einnehmen, als die Antragsteller (Hört, hört!) daß wir den Inhalt der Anträge nicht als geeignete Grundlage zu gesetzgeberischen Maßnahmen ansehen können. (Hört, hört! Bravo! rechts.)

Abg. Wiemer (fr. Sp.)

Wir stehen im allgemeinen sozialpolitischen Vorschlägen sympathisch gegenüber. Aber sie müssen natürlich erst eingehend geprüft werden, und deshalb schlagen wir vor, die vorliegenden Anträge einer Kommission zu überweisen, und zwar der, die sich mit der Gewerbevereine beschäftigt. Was den Antrag des Herrn von Hehl anlangt, so scheint uns der Grundgedanke derselben sehr feil. Prinzipiell stimmen wir dem Verlangen nach einer Arbeitervertretung bei. Aber dazu die Gewerbevereine zu wählen, das scheint uns nicht angängig. Organe der Rechtspflege dürfen nicht Verwaltungsorgane werden. Auch erscheint es uns unmöglich, die große Frage der Arbeitslosigkeit hier so nebenbei zu lösen. Dazu scheint uns die Selbsthilfe der beste Weg, wie die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine ihn bereits mit Erfolg betreten haben.

Sehr nach Wunsch ist uns, daß Herr Hise von seinem früheren Standpunkt der reinen Arbeitervertretungen, der Arbeitskammern, zurückgekommen ist, und jetzt gemischte Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Arbeitskammern, verlangt. Das erleichtert uns sehr unsere Zustimmung zu seinem Antrage. Ich kann ihm aber darin nicht folgen, wenn er in seiner Begründung die Arbeitskammern als einen weiteren Schritt auf dem Wege der Berufsvertretung bezeichnet. Er stellte sie in Parallele mit den Landwirtschafts-, Handels-, Handwerkerkammern. Gerade diese Berufsvertretung ist uns nicht sympathisch. Sie hat sich auch zum Teil bereits als unzuverlässig erwiesen.

Die Anträge der Abgg. Köfide-Wachnick entsprechen unseren Wünschen: Wir sind sowohl für die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, als auch für die Verteilung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine. Die ganze Debatte hat ja aber leider einseitigen nur einen akademischen Charakter; es sind Monologe des Reichstages, sie werden erst zu Dialogen werden, wenn die lex Cohnhausen, die jetzt am sozialpolitischen Horizonte schwebt, wirklich eingetroffen ist.

Abg. Kropatschek (L.):

Es ist mir nicht ganz klar geworden, ob Herr Wiemer für oder gegen einen weiteren Ausbau der Sozialreform ist. Jedenfalls hat der Leiter eines freimüthigen Blattes, der eine große Rolle in der freimüthigen Partei spielt, die Anträge des Herrn v. Hehl als sozialpolitischen Dilettantismus bezeichnet. Ich glaube, Herr Wiemer spielt da die Rolle eines gefesselten Luftballons (Heiterkeit), der nicht weiß, ob er einen frischen fröhlichen Flug in das Reich der sozialen Gesetzgebung machen darf oder nicht. (Sehr gut! rechts.)

Was die Anträge Lieber-Hise anlangt, so würde ich in der That nicht, worin ich ihnen nicht bestimmen könnte. Herr Hise hat eben zum Glück etwas gelernt. Auch ich bin der Ansicht, daß das Ziel der kaiserlichen Erlasse noch nicht erreicht ist. Die Sozialdemokratie aber hat bis jetzt noch so gut wie gar nichts für die Arbeiter getan. (Sehr richtig! rechts.) Sie (nach links) haben große Reden gehalten, aber nichts Praktisches geleistet. Das ist ja auch ganz natürlich. Sie wollen eben nicht die Zufriedenheit in der Arbeiterklasse aufkommen lassen. (Sehr richtig! rechts.) Nun sagt man zwar, die Sozialdemokratie ist auf dem besten Wege, eine friedliche Reformpartei zu werden. Aber der Abg. Singer hat ausdrücklich erklärt, daß die Sozialdemokratie an ihrem eigentlichen Ziele, dem Umsturz der Gesellschaft, festhalte; alles, was sie hier erlangen könnte, sei nur eine Wegzehrung auf dem Wege dahin. Nun ist ja Herr Singer nicht die Personlichkeit, von der ich fürchten könnte, daß sie als wuschmäubender Varradenheld den Staat stürzen werde. Aber wir haben es doch auch nicht nötig, ihm eine Wegzehrung zu geben. Wir brauchen doch nicht den Schleißein zu drehen, an dem das Messer geschliffen wird, das uns den Hals abschneiden soll. Die Herren Sozialdemokraten entzünden sich darüber, daß man Ausnahmengesetze gegen sie wünscht. Aber wenn sie gerecht sind, werden sie doch selbst sagen müssen, daß sie nicht in die gegenwärtige Gesellschaft hineinpassen, die sie ja stürzen wollen.

Da das könnte uns veranlassen, aus Furcht vor der Sozialdemokratie gegen die soziale Gesetzgebung zu sein. Aber wir betrachten diese eben nicht in Hinblick auf die eventuelle Wirkung auf die Sozialdemokratie. Deshalb sind uns auch die Anträge Lieber-Hise ganz sympathisch, besonders die gemeinsame Organisation von Arbeitern und Arbeitgebern. Eine Kommissionsberatung ist natürlich unbedingt notwendig. (Beifall rechts.)

Abg. Molkubuhr (Soz.):

Der Abg. Kropatschek hat den Staat mit einem Verein verglichen, aus dem mißliebige Elemente einfach ausgeschlossen werden können. Ich meine, der Staat ist etwas ganz anderes, als ein Verein. Mitglied eines Vereins wird man durch eine Willensäußerung, Mitglied des Staats durch die Geburt. Der Staatsbürger hat eine Menge schwerer Pflichten zu erfüllen und diesen Pflichten stehen ungewissheit Rechte gegenüber. Galt ein Staatsbürger die bestehende Staatsordnung für abänderungsbedürftig, so ist es sein gutes Recht, auf diese Abänderung hinzuwirken (sehr richtig!), ja es ist seine Pflicht, denn hätte er es nicht, so würde er den Staat nur zum Spielball reaktionärer Geister machen. (Sehr richtig! links.) Da wir nicht so große Reichthümer sind, um den Staat der Reaktion auszuantworten, so werden wir uns nicht davon abhalten lassen, am Ausbau des Staates, soweit es sozialen und kulturellen Fortschritt gilt, mitzuarbeiten. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Die konservativen Parteien hat eine eigenartige Progreß gegenüber Gelesen, die das Wohl der Arbeiter betreffen. Wenn es sich um die Interessen industrieller Arbeiter handelt, äußern sich eine ganze Reihe der konservativen Herren entgegenkommend; während dieselben, sobald die Landarbeiter in Frage kommen, eine ganz andere Stellung einnehmen. Im Landtag haben wir es ja erst neulich erlebt, daß die Arbeiterfreundschaft der Konservativen ein ganz anderes Gesicht bekommt, sobald sie als Arbeitgeber auftreten. Sie behaupten, daß sie jedes Gesetz daraufhin prüfen, ob es von der Sozialdemokratie zu Agitationen werden ausgenutzt werden kann. Mit diesem Grundsatze kommen Sie aber immer nur dann, wenn es sich um arbeiterfreundliche Gesetze handelt. Wenn es sich z. B. um die Interessen der Brauereifabrikanten handelt, kümmern Sie sich sehr wenig darum, ob wir diese Ihre Reaktionspolitik agitatorisch ausnützen können. (Sehr richtig! links.) Daß Herr v. Kardorff wieder die Notwendigkeit eines neuen Sozialistengesetzes betonen würde, war selbstverständlich und ebenso daß er ganz auf dem Standpunkt des Generalsekretärs des Verbandes deutscher Industrieller, des Herrn Bued steht. Nur hätte ich doch geglaubt, daß er in der Auswahl seiner Beispiele vorfichtiger sein würde. Er will beweisen, daß Herr Bued mit seiner Prophezeiung recht hatte, die englische Industrie werde bald konkurrenzunfähig sein wegen der Entwicklung der Gewerkschaften, und führt als Beispiel an, daß die Lieferung von eisernen Wägen für westlichen amerikanischen Firmen übergeben werden mußte. Ja, welcher Unterschied besteht denn zwischen England und Amerika in Bezug auf die Arbeiter-Gesetzgebung. Die amerikanischen Arbeiter haben ganz dasselbe Recht zu streiken wie die englischen. Also die gesetzlichen Zustände Englands, die durch vor Eireils veranlaßten die Fabrikanten nicht die Lieferung der Wägen abzulehnen, sie waren gezwungen mit anderen Arbeiten überlastet.

Daß Herr v. Verleşch seiner Zeit entlassen wurde, ist doch nur ein Beweis dafür, daß zu jener Zeit andere sozialpolitische Ansichten in den herrschenden Kreisen vertreten waren, als im Jahre 1890, zur Zeit der Februarerlasse. 1890 hatte man eben Veranlassung, die Hydra der sozialen Revolution nicht so zu fürchten. Der ganze Vergleich lag im Jahre 1888 sehr daneben, die Dividenden waren sehr niedrig. Da kam 1888 der große Kohlenarbeiter-Streik zwischen und räumte mit einem Male mit den vorhandenen Kohlenlagern auf. Das gab den Anstoß, daß nunmehr die Kohlenpreise und die Dividenden ganz erheblich stiegen. Da läßt es sich wohl denken, daß in einem solchen Augenblick die Schachsmacher nicht so sehr bei der Hand gewesen sind, die Hydra der sozialen Revolution zu bekämpfen. Sie haben, daß es unter Umständen auch für die Kapitalisten vorteilhaft sein kann, wenn ein großer Streik ausbricht.

Jetzt einige Worte zu den neulichen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Hise. Seine Anträge sind nur die Konsequenz unserer Forderungen aus den Jahren 1878, 1885 und 1890. Herr Dr. Hise bestreitet das allerdings und sagt, seine Anträge seien etwas ganz anderes als das, was wir damals wollten, und meint, wir hätten alle möglichen Berufszweige in den Arbeitskammern zusammenfassen wollen, er wolle das nicht. Nun, wenn er das nicht will, so ist das meiner Meinung nach gerade ein Fehler, der seinen Arbeitskammern anhaftet. Herr Hise redet zwar sonst so sehr verständlich und er spricht von der großen Harmonie, welche in der ganzen Gesellschaft vorhanden ist. Hier meint er nun gerade im Gegenteil, zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handwerk bestehe ein so großer Gegensatz, daß eine gemeinschaftliche Organisation nicht denkbar sei. Diese Gegensätze sind indes lediglich von Herrn Dr. Hise geschaffen. Ein Handwerksmeister haßt nicht einen keinen Bauern, weil der eine ein Handwerksmeister, der andere ein kleiner Bauer ist. Derartige trübe Gegensätze giebt es nicht. Dann sagt Herr Hise, unsere Vorschläge wären undurchführbar, weil wir auch den Minimallohn gefordert hätten. Er hat sich auf den 1885er Entwurf bezogen, im Entwurf von 1890 ist diese Forderung nicht enthalten. Außerdem zählt Herr Dr. Hise selbst unter den Aufgaben seiner Arbeitskammern die Aufstellung von Lohnskalen auf, räumt ihnen doch also auch ein Mitbestimmungsrecht über die Höhe der Löhne ein. Weiter wird unsere Forderung der Wählbarkeit der Beamten bemängelt. Nun, man hat doch auch z. B. in den Kommunen die Wählbarkeit des Bürgermeisters eingeführt, weil man glaubte, so am allerersten praktischen Punkte herauszufinden. Praktische Erfahrung ist aber vor allem bei den Beamten der Arbeitskammern nötig. Denn dies sind Organisationen, welche sich mit dem alltäglichen Leben beschäftigen sollen, und deshalb müssen Leute hinein, welche dies alltägliche Leben genau kennen. Weiter sagt Herr Dr. Hise, wenn seine Anträge angenommen würden, so wäre der archimedische Punkt gefunden, aus dem man die Sozialdemokratie aus den Angeln heben könnte. Er wollte also dem Reichstag glauben machen, daß die Sozialdemokratie 1885 eigentlich nahe daran war, einen Selbstmord zu begehen, denn wenn Sie damals die sozialdemokratischen Anträge angenommen hätten, hätten Sie ja den archimedischen Punkt gehabt. Damals haben Sie es verjagt, nun soll es heute nachgeholt werden. Nun, ich glaube aber, Herr Dr. Hise hat das alles nur gesagt, um eine Mehrheit für seine Anträge hier im Hause zu erlangen. Er weiß, daß wenn es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt, dann Herr v. Stumm und die Herren Konservativen stets bei der Hand sind. Aber diese Herren haben doch sehr wohl erkannt, daß diese Anträge zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sehr wenig geeignet sind, Herr Hise verkennt eben die Verhältnisse sowohl wie die Sozialdemokratie. Er sagt, es sei der Sozialdemokratie gelungen, einen Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu konstruieren. Wenn Herr Hise seine Behauptung auf den Kopf gestellt hätte und gesagt hätte, die Sozialdemokratie sei ein Produkt der Klassengegensätze, dann wäre er den tatsächlichen Verhältnissen etwas näher gekommen. Aber er stellt die Sache so dar, als sei die Sozialdemokratie ihr eigener Schöpfer (Heiterkeit); daß diese Klassengegensätze bestehen, dürfte doch Herrn Hise, der sich so viel mit Sozialpolitik beschäftigt, nicht unbekannt sein. Er lese nur die Verhandlungsberichte des Verbandes deutscher Industrieller, da wird er sehr bald herausfinden, wie schroff diese Gegensätze zum Ausdruck kommen. Er braucht sich auch nur das Reden selbst anzuhören, um diese Gegensätze zu erkennen. Wenn irgendwo Submissiven vergeben werden, finden wir meistens eine

sehr große Verschiedenheit in den Angeboten. Die Preise der Rohstoffe für die Leute sind die gleichen, aber sie spekulieren eben darauf, möglichst billige Arbeitskräfte zu bekommen. Der Drang nach billigeren Arbeitslöhnen ist die Ursache, weshalb die Unternehmer die Arbeiter möglichst rechtlos machen wollen. Jeder Erweiterung der Rechte der Arbeiter treten sie aus diesem Grunde in den Weg, und dies Streben beherrscht auch alle Aungebungen des Centralverbandes deutscher Industrieller und des Herrn v. Stumm. Das Staatsinteresse wird von den Herren vorgehoben, in Wirklichkeit ist nur feinstlicher Egoismus die Triebfeder, um die Arbeiter besser ausplündern zu können. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Ich brauche nur an den Ton der Reden der Herren Bued und Bäumer zu erinnern, brauche nur darauf hinzuweisen, wie überall die Fabrikanten sich zusammenschließen, um die Arbeiter-Organisationen zu sprengen.

Die Socialdemokratie hat es sich zur Aufgabe gestellt, einmal die Anerkennung des Arbeiters als gleichberechtigter Staatsbürger durchzuführen und zweitens für seine soziale Besserstellung zu sorgen. Und da wir es in der heutigen Gesellschaft nicht dahin bringen können, den Arbeiter durchgreifend vor jeder Not zu schützen, kommen wir zu der Forderung, eine socialistische An die Stelle der kapitalistischen Gesellschaft zu setzen. Herr Dr. Hise hat freilich erwidert, daß wir Socialdemokraten zahn geworden seien. Ich weiß nicht, woher er diese Entdeckung genommen hat. Aus unserer Parteigeschichte sicherlich nicht. Was waren denn die ursprünglichen Forderungen der deutschen Socialdemokratie zu Lassalles Zeiten? Das allgemeine gleiche Wahlrecht und Produktionsorganisationen mit Staatskredit. (In seiner Frankfurter Rede sagte noch Lassalle, daß hundert Millionen Thaler dazu reichen würden. Ich glaube nicht, daß Sie heute auch nur einen Socialdemokraten finden, der es so billig macht. (Weiterheit bei den Socialdemokraten.) Aus unserem Erfurter Programm sind die Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit ganz verschwunden, nicht weil wir unser Ziel zurückgegeben haben, sondern weil wir weiter gegangen sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Ansichten des Herrn Dr. Hise und ähnliche Meinungen über unser Jahmwerden sind darauf zurückzuführen, daß, als die Herren zum erstenmale von den Socialdemokraten hörten, wir ihnen zweibeinige Raubtiere zu sein schienen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Dann lernten sie einzelne Socialdemokraten kennen und meinten, ja, wenn alle so vernünftig wären, dann könnten sie sich schon gefallen. Dann lernten sie nach und nach noch mehr Socialdemokraten kennen, und nun sagen Sie: Ja, jetzt ist die Socialdemokratie ganz vernünftig geworden, früher aber war sie ganz anders. Die Socialdemokratie, die früher anders war, ist nur ein Produkt ihrer eigenen Phantasie! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir sind immer dabei gewesen, jede Verbesserung in der Lage der arbeitenden Klasse anzunehmen, ohne deshalb unsere weitergehenden Ziele anzugeben. Wir betrachteten diese Verbesserungen, wie Herr Dr. Kropotkin sehr richtig gesagt hat, als eine Art Taschengeld auf dem Wege zum Endziel. Gewiß haben die Müller, Käder und Kellner vor der Kommunion für Arbeiterspezifität nicht den Achtstundentag gefordert; sie, die eine achtzehn-, ja zwanzigstündige Arbeitszeit kennen, haben in der zwölfstündigen Arbeitszeit gewiß einen Fortschritt gesehen, aber sie sehen auch in diesem Zwölfstundentag lediglich den Uebergang zu einer kürzeren Arbeitszeit. So wird es auch kommen. Die Unternehmer werden auch einsehen, daß sie bei einer geregelten Arbeitszeit auch auf ihre Rechnung kommen.

Wir sind keine Dogmengläubigen. Nicht äußere Umstände veranlassen uns zur Annahme eines Grundgesetzes, sondern die Ueberzeugung von seiner Wahrheit. Treten neue Tatsachen auf und beweist uns jemand mit durchschlagenden Gründen die Unrichtigkeit einer bisherigen Annahme, so werden wir Säge, wie den vom ehernen ökonomischen Logengefäß, richtig abwerfen. Weil der Socialismus nicht als Glaube, sondern als Wissenschaft aufgefaßt werden muß, so unterliegt er auch den Umständen, denen jede Wissenschaft unterliegt. Die Naturwissenschaft hörte nicht auf, Wissenschaft zu sein, als sie von Darwin gezwungen wurde, ganze Reichen ihrer Lehrlinge über Bord zu werfen. So hört auch der Socialismus nicht auf Socialismus zu sein, wenn er Ansichten, die er früher hatte, aufgibt, weil er ihre Unrichtigkeit erkannt hat. Eine derartige Preisgabe von Lehrlingen beweist aber durchaus nicht, daß die Socialdemokratie zahn geworden ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Sehen wir uns die Anträge näher an. Sicherlich würden aber die Arbeitskammern einen wesentlichen Fortschritt darstellen: sie wären eine Anerkennung des Grundgesetzes von der Gleichberechtigung des Arbeiters als Staatsbürgers. Für eine Organisation der Arbeiter ist ja selbst Herr v. Stumm, aber die Organisationen müssen Jahrhunderte alt sein, wenn sie ihm gefallen sollen. Das Annapichalsches Prinzip will er gelten lassen, aber gegen die Arbeitskammern wendet er ein, daß dort die Socialdemokraten das große Wort führen würden. Ja, wäre denn das ein so großes Unglück? Sollen denn die Arbeiter, die Socialdemokraten sind, nicht zu Wort kommen? Mit dem Einwurf, daß die Socialdemokraten zu Wort kommen können, kann jede Selbstverwaltung untergraben werden. Aber, sagt Herr v. Stumm weiter, durch die Einführung derartiger Arbeitskammern wird die Disziplin in der Fabrik gefährdet. Ja, wenn es nach den Herren Unternehmern ginge, was müßte da nicht alles als Gefährdung der Disziplin gelten. Sie haben gesagt, ihre Autorität würde gedrohen, wenn den Arbeitern die Arbeitsordnungen zur Begutachtung vorgelegt werden müßten; jede Aenderung in der Organisation der Berufsgenossenschaften bezeichnet ihre Presse als Gefährdung der Disziplin. Eine Gefährdung der Disziplin sollen die Rentenstellen des Grafen Potodowsky sein, und die Post, die schreiben muß, was Herr von Stumm befiehlt, hat nun auch entdeckt, daß durch die kommunalen Arbeitsnachweise die Disziplin gefährdet werden könne. Unter Disziplin verstehen diese Herren eben nichts anderes als die blinde Unterordnung des Arbeiters unter den Unternehmer.

Nur auf Kommando soll der Arbeiter seine Muskeln in Bewegung setzen, er wird zur bloßen Maschine degradiert. (Sehr richtig! bei den Social.) Herr v. Stumm nennt das freilich patriarchalisches System und thut sehr entrüstet, wenn gesagt wird, die Arbeitskraft sei eine Ware. Das ist in seinen Augen eine Herabwürdigung des Arbeiterstandes. Ist es in der That eine Herabwürdigung des Arbeiters, wenn gesagt wird, seine Arbeitskraft sei die Ware, die er auf den Markt bringt? Damit tritt der Arbeiter in die Reihe der Warenverkäufer, und das ist doch eine in der bürgerlichen Gesellschaft sehr angelehene Klasse. Was würden die Fabrikanten zum Beispiel sagen, wenn von sehr autoritativer Stelle folgende Aeußerung käme: daß ein Gesetz geht seiner Vollenbung zu und wird den Vollenvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, wer er will und heißen, wie er will, der einen deutschen Fabrikanten oder Grundbesitzer, welcher willig wäre, seine Waren zu einem billigeren als dem vom Syndikat festgesetzten Preise zu verkaufen, daran zu hindern versucht oder gar zur Zurückhaltung der Waren anreizte, mit Zuchthaus bestraft werden soll. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Aufstoben würden die Fabrikanten und ein solches Gesetz als einen Eingriff in ihre Freiheit bezeichnen, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Aber wenn gegen Arbeiter dasselbe gesagt wird, die den Preis der Ware Arbeitskraft festgesetzt haben, herrscht Jubel in gewissen Unternehmerrreisen. Herr von Kardorff hat nun von den großen Wohlthätern einrichtungen des Herrn von Stumm gesprochen. Diese Wohlthätigkeitseinsichtungen sind aber für die Arbeiter nur niederdrückend, sie empfinden sie als Wohlthaten und Gnadengehen, rechtmäßigen Anspruch haben sie nicht darauf. Das ist aber so beim patriarchalischen System. Dieses aber wollen die Arbeiter selbst nicht. Deshalb gebe man ihnen dieselbe Freiheit wie den Unternehmern mit ihren Syndikaten für Steinlofen und Schienen, deshalb erkenne man sie als gleichberechtigte Menschen an. Die Unternehmer machen von ihren Rechten ja den weitgehendsten Gebrauch. Ich habe vor mir das Statut des Centralverbandes deutscher Industrieller,

aus dem hervorgeht, daß er ein politischer Verein im eminentesten Sinne des Wortes ist. Wenn Sie den Unternehmern diese Macht einräumen, dann binden Sie den Arbeitern nicht die Hände, lassen Sie ihnen Bewegungsfreiheit, damit sie den wirtschaftlichen Kampf mit den Unternehmern auskämpfen können.

Die hohen Preise werden ja von Ihnen (nach rechts) stets als ein nationales Glück betrachtet, soweit Produkte der Landwirtschaft in Frage kommen, hohe Löhne aber werden von Ihnen als nationales Unglück angesehen. Ganz allmählich freilich hat sich doch in gewissen Kreisen in dieser Auffassung eine Aenderung vollzogen. Der nationalliberale Antrag beweist es und er geht ja aus von Leuten, die früher mit Herrn v. Stumm völlig einer Meinung waren. Kein Mensch hat zu dieser allmählichen Aenderung so viel beigetragen, als Herr v. Stumm selbst. Durch die Hervorhebung des nacktesten Arbeiter-Absolutismus ist der Gedanke der Unterdrückung der Arbeiter so verfaßt geworden, und einige bequemen sich dazu, den Arbeitern ein wenig Recht einzuräumen.

Es ist nun zuzugeden, daß die gesetzgeberische Maßnahmen erfolgen, genaue Untersuchungen angestellt werden. Die jetzigen Organe reichen dazu aber entfernt nicht aus. Die beweglich waren nicht längst die Klagen des Grafen Potodowsky, daß die Bureaokratie bei der Ausführung des Invaliditätsgesetzes vollständig versage und das Laienelement notwendig herangezogen werden müsse. Um wie viel weniger kann die heutige Bureaokratie aber diese diffizilen Dinge bewältigen, wenn sie schon beim Vollzug eines Gesetzes gänzlich versagt. Wer könnte dann z. B. eine Streikspezifik aufnehmen? Doch nur die Polizei. Aber wie würde es die Polizei machen? Sie würde einfach die Unternehmer nach der Ursache des Streiks fragen und die Auffassung des Unternehmers, die doch sehr einseitig sein kann, läme dann mit apodiktischer Gewißheit in die amtlichen Berichte als Streikursache. Wie verschieden und einseitig kann man aber Streikursachen darstellen. Wir halten deshalb die Arbeitskammern für notwendig, sie können einmal dazu beitragen, daß ein Streik frühzeitig beigelegt wird, zum andern können sie dafür sorgen, daß über die Streikursache ein objektives Bild gegeben wird. Sie werden nützlich wirken können überall da, wo sich das Bestreben nach gütlicher Erledigung von Streitigkeiten geltend macht.

Auf konservativer Seite wird nun behauptet, wir können im Arbeiterkampf nicht weiter gehen, denn nirgends existiert so viel Arbeiterkampf, wie in Deutschland. Quantitativ mag das zutreffen, qualitativ stimmt es nicht. Der deutsche Arbeiter ist nicht am besten gestellt von allen Arbeitern in der Welt. Gar viele tüchtige Arbeiter haben bei uns um des Lebens Notdurft schwer zu kämpfen. Aber Raubbau halten Sie (nach rechts) nur in der Landwirtschaft für verwerflich, nicht in der Arbeitskraft des Arbeiters. Aber ich gebe Ihnen zu bedenken, daß der industrielle Aufschwung Amerikas zum wesentlichen Teile ausgewanderten deutschen Arbeitern zu verdanken ist. Gerade die besten deutschen Arbeiter sind dorthin ausgewandert. Jetzt droht Rußland dieselbe Rolle zu spielen, wie seiner Zeit America. Mit Rußland und seinen großen Naturschätzen werden wir noch einmal schwere Konkurrenz zu bestehen haben. Sollte sich in Rußland dieselbe industrielle Aufschwung entwickeln, es werden umomehr deutsche Arbeiter hinübergehen, je mehr ihnen hier Rechte vorenthalten werden. Gewöhnen Sie sich doch daran, den Arbeiter auch als Menschen zu betrachten und halten Sie eine Besserstellung des Arbeiters nicht mehr für ein nationales Unglück. Nur durch die Besserstellung des Arbeiters steigern Sie seine Leistungsfähigkeit, nur durch gute Arbeit aber sehen Sie die Industrie in den Stand, an dem großen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erfolgreich teilzunehmen. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Hg. Süder (wüdt.): Ich kann nicht umhin, die Haltung der Reichspartei in dieser Frage zu bedauern. Herr v. Kardorff muß sich doch selbst sagen, daß für die von ihm gewünschte Art der Bekämpfung der Socialdemokratie jetzt nicht Zeit und Raum gegeben ist. Im Gegenteil, er fördert durch solche Vorschläge nur die Socialdemokratie; er setzt diese in die Lage, zu sagen: Seht, das sind die Pläne, die gegen uns geschmiedet werden! und schmiedet sie dadurch noch fester zusammen. Was bei uns die Frage verwickelt, das ist eben der völlige Mangel des gegenwärtigen socialen Verständnis unter den einzelnen Klassen. Die Socialdemokratie hat noch unter Bismarck die Ziffer von 1 1/2 Millionen erreicht, und das infolge der Kartellpolitik der verflochtenen Legislaturperiode. (Sehr richtig!) Gerade die Herrn von Kardorff nachstehenden Kandidaten haben in Berlin einen immer größeren Stimmendgang erlitten. Das ist doch ein Beweis ad oculos, das beweist doch Herrn von Kardorff, daß Sie von all diesen Dingen nichts verstehen. (Stürmische Heiterkeit.) Wir müssen endlich einen anderen Weg beschreiten. Die Socialdemokratie, die zuletzt in einen ganz wilden Marxismus hineingeraten war, hat damit bereits begonnen, der Marxismus fängt an abzubrechen, er hält nicht mehr. Da müssen Sie (nach links) nun Ihre Rebenarten unterwegs lassen. Ihr Drohen mit der Revolution zieht nicht mehr. Und da ist es nötig, daß man sich endlich in die Augen blidt und das gemeinsam thut, was man gemeinsam wünscht. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind nicht zwei feindliche Heerlager. Von dem Gesichtspunkt des Ausgleichs muß man den Vorschlag der Arbeitskammern betrachten. Durch praktische Socialreform bewahrt man die Arbeiter und kleinen Leute vor der Socialdemokratie, durch Recepte, wie Entziehung des Wahlrechts auf fünf Jahre, treibt man sie ihr nur in die Hände. (Sehr richtig.)

Hg. Schr. von Stumm (Stp.): Ich bin der Ansicht, daß, je weiter man die Diszussionsfreiheit mit den Socialdemokraten ausbaut, gerade die staats-treuen Arbeiter immer mehr wankend gemacht werden können. Genau aus demselben Grunde jetzt die katholische Kirche gewisse Bücher auf den Index, damit die gläubigen Seelen keinen Schaden nehmen. Die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern habe ich ja nicht bestritten (Lachen), das Annapichalsches System erkenne diese ja auch an. (Lachen links.) Aber die Socialdemokratie muß unter allen Umständen bekämpft werden. Man hat die Forderung des Herrn von Kardorff, den Socialdemokraten das Wahlrecht auf fünf Jahre zu entziehen, heute als etwas Innerhörtes bezeichnet. Ganz mit Unrecht. Ich selbst bin viel weiter gegangen (Große Heiterkeit), ich selbst habe bei Gelegenheit der Umsturzvorlage verlangt, daß den Socialdemokraten das Wahlrecht überhaupt entzogen werde, und man hat diesen Vorschlag ganz eruchhaft diskutiert, wenn man ihn auch nicht acceptiert hat. (Große Heiterkeit.) Die Erklärung, die Herr Büsing im Namen eines großen Teils seiner Partei abgegeben hat, beweist doch, daß ich mit Herrn v. Kardorff nicht ganz allein dasteh. Ein großer Teil der deutschen Presse hat sich in unserem Sinne ausgesprochen. Dagegen war nur die Presse der Gegner der Sammlungspolitik. Der „Vorwärts“ ist geradezu in einen Jubelparoxysmus ausgebrochen. Da stand: das Trisolium Wassermaun-Dehl-Röfide habe mir den Dolch in die Brust gestochen, so daß ich zusammenbrach. Nun, ich bin oft wieder aufgestanden, ich hoffe auch das zu überleben. Was ich erstrebe, das ist ein persönliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das wird die legendarischen Folgen haben. Man muß die Klüft zwischen beiden ansfüllen. (Heiterkeit.) Eine persönliche Fühlung zwischen Unternehmer und Arbeiter ist aber nur denkbar, wenn der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber das nötige Fühldebewußtsein hat. Und das wird durch zu weitgehende socialpolitische Eingriffe zerstört. Herr Röfide hat gemeint, nur Vöswilligkeit könnte in den Anträgen des Hg. von Hehl socialdemokratische Tendenzen wittern. Aber es bleibt doch Thatsache, daß sie Feindschaft haben mit einem früher einmal eingereichten Antrage Auer. Und Herr von Hehl darf sich nicht darüber beschweren, wenn ich ihn in socialpolitischen Fragen in Zukunft einen Gesinnungsgenossen des Herrn Singer nenne. (Heiterkeit.)

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung. — Gebühren-Ordnung für den Kaiser Wilhelm Kanal. — Kaufahrtsregeln-Gesetz.)

Freie Volkshöhne. Für die zweite Abteilung wird am Sonntag im Lessing-Theater „Der Revisor“ gegeben, für die dritte Abteilung dieselbe Vorstellung am Himmelfahrtstag; am 14. Mai beginnt die zehnte Serie mit Hauptmann's „Einame Reichen“. Die Vorstellungen folgen am 21. und 28. Mai und am 4., 11. und 18. Juni.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Mitglieder wollen sich zeitig mit Billets zur Sondervorstellung in der „Arantia“, Taubenstraße, versehen. Die Vorstellung ist am nächsten Sonntag, abends 7 Uhr, im Horsaal des genannten Instituts. Herr Dr. Spies hält Vortrag über: Photographien in natürlichen Farben (mit Experimenten). Nach dem Vortrage Dislokation. Es werden nur 200 Billets abgegeben. Diese Eintrittskarten sind heute abend in der Schule Amnenstraße 18 (Nebenübung) von 8 Uhr ab für 40 Pf., inkl. Garberobe, zu haben, ebenso morgen abend (Gesellschaft). Zahlreiche Beieiligung erwartet Der Vorstand.

Ein Mann ein Wort. Wie man dies gute deutsche Sprichwort in unserer Kom-munal-Verwaltung befolgt, darüber giebt das folgende Ereignis Aufklärung:

Im Etat des städtischen Vieh- und Schlachthofs findet in diesem Jahre zum erstenmal anstatt der früher üblichen Bezeichnung „Gehalt“ das Wort „Entgelt“ Anwendung. Bereits im Etat-Ausschuß hatte unser Parteigenosse Stadtverordneter Bruns auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und hierauf vom Magistrat eine beruhigende Erklärung erhalten, welcher auch der anwesende Stadtrat Hübner, Vorsitzender des Viehhofs-Kuratoriums, nicht widersprach. Um aber jeden Zweifel auszuschließen, wiederholte Bruns seine Anfrage bei der dritten Lesung des Etats im Plenum der Versammlung, indem er um Auskunft darüber ersuchte, ob der Magistrat durch die Bezeichnung „Entgelt“ etwa den noch nicht fest Angestellten die Geltendmachung ihrer Beamten-Qualität erschweren wolle. Der Kammerer Nach gab hierauf die Erklärung an, daß der Magistrat eine solche Absicht nicht habe, daß vielmehr er, der Kammerer, diese Aenderung im Etat erst gesehen habe, als derselbe gedruckt vorlag, und daß lediglich, um nochmalige Druckkosten zu sparen, die Bezeichnung stehen geblieben sei. Wir werden die Quittungen der im Normal-Besoldungsplan Genannten mit „Gehalt“ ausstellen lassen,“ erklärte der Kammerer ausdrücklich.

Infolge dieser amtlichen Erklärung sah Genosse Bruns davon ab, einen Antrag auf Ersetz des Wortes „Entgelt“ durch „Gehalt“ einzubringen. Würde doch das feierlich gegebene Wort des Kammerers umsonst, als keines der anwesenden Magistratsmitglieder ihm widersprach, als bindend für die städtische Verwaltung angesehen werden. Trotz dieser Erklärung verlangte aber die Verwaltung von den Angestellten, daß sie die Gehaltsquittungen mit „Entgelt“ unterschreiben sollten. Diese reichten gegen die Zumutung einen Protest an das Kuratorium des Viehhofs-Verwaltung ein, auf den sie folgenden Bescheid erhielten:

Trotz Ihres Protestes müssen wir dabei beharren, daß die Besoldung, welche Sie für Ihre Beschäftigung bei der städtischen Fleischbeschau erhalten, in den Quittungen nicht mehr als Gehalt, sondern als Entgelt bezeichnet wird, da wir Sie nach Ihrem Engagementsvertrage und nach den diesbezüglichen Reichsgerichts-Entscheidungen als angestellte Beamte nicht ansehen können. Sollten Sie sich hierzu nicht entschließen wollen, so können wir Ihnen nur auf dem Wege, den Dienst zu kündigen. Gleich bemerken wollen wir noch ausdrücklich, daß wir selbst die Kündigung eintreten lassen müßten, wenn Sie sich, wie in Ihrem Proteste ausgesprochen, weitere Rechte anmaßen, welche wir Ihnen nicht zugestehen können.

Kuratorium des Vieh- und Schlachthofs. Hübner. Mettke. Abgesehen davon, daß der Schreiber jedenfalls daran erinnern wollte, daß es sich um den Viehhof handle, bedeutet diese Antwort das Gegenteil von dem, was der Magistrat auf die Anfrage des Genossen Bruns erklärte. Ja noch mehr. Das Kuratorium hat zweifellos noch einem im Voraus festgesetzten Plan gehandelt, als es die neue Bezeichnung im Etat einführt, wie aus nachschiebender, von der „Vollst-Zeitung“ veröffentlichten Verfügung an diejenigen Angestellten hervorgeht, die eine Gehaltserhöhung erhalten haben:

Wir haben Ihre Besoldung vom 1. April d. J. ab um ... M., also auf jährlich ... M. erhöht, müssen aber, um jeden Zweifel darüber von vornherein auszuschließen, daß Sie nicht Gemeinbedeantmer sind, die Bedingung stellen, daß diese Besoldung nicht mehr als Gehalt, sondern als Entgelt bezeichnet wird. Die Hauptkasse der städtischen Werke ist mit entsprechender Zahlungsanweisung versehen. (gez.) Hübner.

Aus diesen Verfügungen ergibt sich zweifellos, daß die Verwaltung des Viehhofs trotz der feierlichen Versprechungen vom Magistratssitzung beabsichtigt, den Angestellten die Beamtenqualität streitig zu machen. Das heißt natürlich die Hilfsarbeiterfrage von neuem anftollen. Wir sind begierig, ob der Magistrat das widerspänstige Kuratorium zwingen wird, seine amtliche Erklärung zu respektieren.

Oder sollten im Ernst die Principien, mit denen die preussische Staatsregierung in der Angelegenheit der Vereinsrechtsfrage brillierte, auch schon das Entzügen des Berliner Magistrats erregt haben?

Die städtischen Almosenempfänger

leben, wenn man den Versicherungen der Organe unserer städtischen Armenpflege glauben will, meist ganz bequäglich. Die Armenverwaltung gewährt ihnen das sogenannte „Existenzminimum“, wohlthätige Vereine fügen Unterstützungen der verschiedensten Art hinzu, mittelreiche Nachbarn thun, wenn sie's können, ein Ubriges, und schließlich verdienen sich die Armen selber noch eine Kleinigkeit. Von Zeit zu Zeit leuchtet freilich der Selbstmord eines hängenden Almosenempfängers, wie jetzt wieder der des Hardelmannes Hystermann, hinein in die diese grauenvollen Glend, das sich unter der von der öffentlichen und privaten Armen- und Wohlthätigkeitspflege darüber gebreiteten Decke verbirgt. Leider werden solche Fälle nur zu rasch wieder vergessen und haben herzlich wenig Einfluß auf die Maßnahmen der städtischen Armenverwaltung. Da wird seit langem eifrig hin und her beraten, wie der Ausbeutung der Armenpflege durch Unwürdige vorzubeugen sei, und darüber veräumt man, den würdigen Armen rechtzeitig und nachdrücklich zu helfen. Die Unterstützung, die den städtischen Almosenempfängern gewährt wird, ist nach wie vor so gering, daß man auf sie das bekannte Wort anwenden kann: zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Die lanseid unterstützten Almosenempfänger belamen (nach den letzten, darüber vorliegenden Veröffentlichungen (im Etatjahre 1897/98 durchschnittlich pro Monat 18,85 Mark. Es ist wahr, die Almosen gehen im einzelnen hinauf bis über 30 Mark, aber dafür gehen sie auf der anderen Seite auch hinab bis unter 3 Mark pro Monat. Im März 1898 belamen von den 28 139 Almosenempfängern, die zu dieser Zeit in den Listen geführt wurden, bis 3 M. 9 Personen, 3-6 M. 1723 Personen, 6-9 M. 3098 Personen, 9-12 M. 7072 Personen, 12-15 M. 6940 Personen, 15-18 M. 5441 Personen, 18-21 M. 3025 Personen, 21-24 M. 425 Personen, 24-27 M. 231 Personen, 27-30 M. 147 Personen, über 30 M. 25 Personen. Bei weitem die meisten, 19 453 Personen = 69 Proz., belamen zwischen 9 und 18 M. Und mit solchen Beträgen werden selbst alte, arbeitsunfähige Ehepaare von über 60 und 70 Jahren abgepeist! Die Arbeiterklasse will nichts wissen von der Almosenhilfe, auf die man sie so oft verweist, weder von der privaten noch von der öffentlichen. So lange aber nicht ausreichend dafür geforgt ist,

daß der ansgebiente, in Ehren grau geordnete Arbeiter seinen Lebensabend sorgenfrei genießen darf, bleibt nichts anderes übrig, als auf diese besänftigenden Notbehelfe zurückzugreifen. Dann muß aber verlangt werden, daß der Verarmten zum mindesten so weit geholfen wird, daß sie nicht Not zu leiden brauchen. Es wird von bürgerlicher Seite immer darauf hingewiesen, wie viel die Gemeinde ohne dies schon für die Unbemitteltesten thut, ein wie großer Teil der kommunalen Aufwendungen auf die Armen- und Krankenpflege, das Volksschulwesen fällt. Angebildet ist das alles ein reines Geschenk der reichen Steuerzahler an die ärmere Bevölkerung. O nein, das ist es nicht! Dem arbeitenden Volk wird auf diese Weise indirekt nur das zugewandt, was es von Rechts wegen direkt bekommen sollte. Der Arbeiter ist es ja, der den reichen Steuerzahlern erst die Geldsäcke gefüllt hat. Er bekommt einen Teil des ihm vorenthaltenen Lohnes in Form von Almosen usw. ausbezahlt. Was er dabei bekommt, ist aber so gering im Vergleich zu dem, was er zu fordern hätte, daß die bestgehende Klasse wirklich keinen Anlaß hat, auf ihre angebliche Großmuth und Freigebigkeit stolz zu sein.

Die Sorge darum, daß die Einnahmen des katholischen Josephinistens in Potsdam gefährdet werden könnten, verleitet die „Germania“ immer noch zu allerhand Thorheiten. Es soll im Interesse der Anstalt partout bewiesen werden, daß die dort geübte Prozedur der 59 Stodhiebe den Gipfel christlicher Erziehungslust darstellt. So sucht denn das Organ denjenigen Katholiken, deren Kinder laum in die Lage kommen werden, sich von Schwester Karola behandeln zu lassen, Eidesschäfer aufzugeben, wo sie irgendwie zu finden sind. Vor einigen Tagen ist hier ein Mann wegen roher Mißhandlung seines Mündels zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt worden. In der eifrigen Verteidigung des Angeklagten beging der Rechtsanwält eine jener Geschwändigkeiten, die vor Gericht ja nicht selten unterlaufen, ihrer relativen Bedeutungslosigkeit wegen von verständigen Leuten aber kaum beachtet werden. Dem Verteidiger entrang sich bei seiner unangenehmen Aufgabe folgende Redeblüte: „Wenn er (Bronker) sich auch keineswegs auf den Standpunkt des in letzter Zeit viel genannten Professors stelle, so meine er doch, daß eine energische Züchtigung am Plage sei, wenn gütliche Vorstellungen bei dem zu erziehenden Kinde nichts fruchteten. Es müsse sogar anerkannt werden, daß es rathsam sei, von dem Angeklagten war, die in st ä d t e n zu der Züchtigung heranzuziehen.“

Diese Worte, falls sie richtig wiedergegeben sind, richten sich selbst. Aber selbst wenn man die Ueberschwänglichkeit, die sie anzeigen, so besagten sie für jene von der „Germania“ verherrlichte Prügelpädagogik gar nicht. Denn ein wesentliches Merkmal an dem Potsdamer Fall ist ja gerade, daß bei dem Knaben Steiner nach der entschiedenen Befundung des Vormundes und der Pflege-Eltern eben die von ihnen geübte Erziehungsmethode der „gütlichen Vorstellungen“ das beste Resultat ergeben hatte, wogegen die angeblichen Börsartigkeiten bei dem Kinde erst unter dem Regiment der Schwester Karola hervorgebrochen sind. Die unglücklichen und von richtigerer Pädagogik zeugenden Rettungsversuche der frommen Katholikenblätter können für die in Betracht kommenden Kommunalbehörden nur ein Ansporn sein, so schnell wie möglich jede Verbindung mit dem so empfindlich compromittierten Erziehungsinstitut abzubrechen.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Überberatung der Magistratsvorlage über den Umbau der Eisernen Brücke hat beschlossen, der Versammlung folgenden Beschlus zu empfehlen: Die Versammlung lehnt den Antrag des Magistrats ab, dem Entwurf für den Umbau der Eisernen Brücke zuzustimmen und zur Ausführung den im Specialetat 36 für das Jahr 1897/98 ausgeworfenen Betrag in Höhe von 80 000 M. als erste Rate zur Verfügung zu stellen. Sie hält vielmehr ihren Beschlus vom 8. April 1897 aufrecht und ersucht demzufolge den Magistrat wiederholt, mit dem Fiskus ein Abkommen dahin zu treffen, daß die Straßenbahn in der Straße „Hinten dem Viehhaus“ auch nach Fertigstellung der neuen Brücke verbleibt.

Auf Grund der für die Personenschiffahrt auf den Gewässern im Regierungsbezirk Potsdam ergangene Anordnung des Regierungspräsidenten, wonach bei der Befestigung der Zahl der aufzunehmenden Fahrgäste die Kajüten fortan außer Betracht bleiben müssen, wurde bei der behördlichen Abnahme der Dampfer für den diesjährigen Sommerverkehr vielen Schiffen nur die Hälfte der bisherigen Personenzahl zugestanden. Die Verkehrsicherheit und Bequemlichkeit der Fahrgäste ist durch diese Maßregel sehr gefördert worden.

Die diesjährige Berliner Mastviehschau, welche gestern auf dem mit Fahnen reich geschmückten Central-Viehhof der Stadt eröffnet wurde, ist die 25. ihrer Art in Berlin. Es sind diesmal insgesamt in 663 Anmeldungen 818 Tiere ausgestellt worden, gegen 806 Anmeldungen mit 1038 Tieren im Vorjahr, immer aber noch mehr wie 1897, wo nur 703 Tiere zur Anmeldung gekommen waren. Die Zahl der Aussteller ist dagegen gestiegen von 101 im Jahre 1897 auf 104 im Jahre 1898 und 112 bei der diesjährigen Schau. Die „tote“ Ausstellung weist 38 Firmen auf. Heute soll auch, zum erstenmal seit langen Jahren, geschlachtetes Mastgefägel ausgestellt werden.

In Neu-Anpflanzungen mit Bäumen sind von der Partideputation für dieses Jahr folgende Straßen bestimmt worden: Frankfurter Allee, Veltorferstraße und Prenzlauer Allee. Ferner sollen die Burgbaum-Einsparungen der Rajenplätze auf dem Wilhelmshöhe, da sie sich in dürftigem Zustande befinden, durch neue ersetzt werden.

Ein böses Ende nahm eine Hochzeitsfeier, die am Montag in der Strelitzstraße begangen ward. In früher Morgenfrunde entstand ein Streit unter den Gästen. Der allmählich einen höchst ungemüthlichen Charakter annahm. Es entfaltete sich eine regelrechte Holzerei, bei der nicht allein ein nagelneues Spinde in Trümmer ging, sondern auch einer der Anwesenden so bedenklich zugerichtet wurde, daß er am Dienstagmorgen 7 Uhr vom Hochzeitsfeste direkt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Berliner Unfallsationen sind im Monat April d. J. in 2907 Fällen gegen 2290 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen worden und zwar 2468mal bei Unfällen und 438mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 2978, anßerhalb derselben 229 Personen behandelt.

Ein Knabe, der Dienstag zu Neu-Kölln am Wasser spielte, ist hierbei, wie die „Post. Ztg.“ meldet, in die Spree gefallen und ertrunken. Die Kameraden des Verunglückten holten, als sie das Unglück gewahr wurden, einen Schwamm von der Jannowbrücke herbei. Erst als dieser ankam, wurden die Fischer, die in der Nähe der Unfallsätte arbeiteten, auf den Vorfall aufmerksam gemacht, und einem von ihnen gelang es alsbald, den Knaben unter einem Raden hervorzuziehen. Aber das Kind war bereits todt.

Schlechten Geschäftsgang hat den 51 Jahre alten Schuhmacher Hermann Tiedte, der seit Oktober v. J. in der Alten Hofstraße 23 wohnte, in den Tod getrieben. Tiedte, der seit 26 Jahren kinderlos verheiratet war, arbeitete selbstständig, während seine Frau durch Nähen mitverdiente. Das Geschäft ging traurig. In seiner Verzweiflung vergiftete Tiedte sich mit Zundersäure.

Durch Leuchtgas hat sich in der vorletzten Nacht der 36 Jahre alte Wankuhnhalter Siegmund Landau in der Schützenstraße 75 vergiftet. Landau, der aus Brody in Galizien stammt, war seit fünf Jahren bei einem Bankinstitut angestellt. Was ihn zum Selbstmord getrieben hat, steht nicht fest.

In der Verzweiflungsthat der Frau Entsch, Hönstlichstraße 41, welche, wie wir melden, den Versuch unternommen hatte, sich und ihren vier Kindern durch Einathmen von Kohlengas das

Leben zu nehmen, erfahren wir noch: Frau Entsch ist durch das zuständige Polizeirevier verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert worden, von wo sie in das Moabiters Unterjuchungsgefängnis übergeführt wurde. Die Kinder fanden im Waisenhaus in der Alten Hofstraße Aufnahme. Die bedauernswerte Frau, von deren Leidensgeschichte die abgehärmten Jüde eine hereditäre Sprache reden, sagte bei ihrer Vernehmung aus, daß ihr Mann nichts verdient und ihr öfter noch die kleine von der Armenverwaltung gewährte Unterstützung weggenommen habe. Infolgedessen hatte sie beschlossen, mit ihren Kindern gemeinsam zu sterben. Sie hätte die Kinder entkleidet und ins Bett gelegt, dann die Klappe des geheizten Ofens geschlossen und sich zu den Kindern gelegt. Als sie zum Bewußtsein erwachte, sei die Polizei im Zimmer gewesen, was inzwischen vorgegangen, entziehe sich ihrer Kenntnis.

Ueber eine bedauerliche Ausbreitung wird aus der Warthauerstraße berichtet. Dort gerieten am Montagmorgen in dem im Hause Nr. 48 gelegenen Lokal von Frische einige Maurer mit den Steinlegern in Streit, die in der Straße mit Pflasterungsarbeiten beschäftigt gewesen waren und nun ihre Werkzeuge verpackten. Als die Steinleger ihre Arbeiten wieder aufnehmen, wurden sie weiter von den trunkenen Maurern bedrängt. Eine Schlägerei, die jetzt begann, löste schließlich eine große Menschenmenge und auch ein umfangreiches Schuttmannsaufgebot heran, das sich bald an die Verfolgung der nunmehr fliehenden Maurer herannahm. Es wurden sieben Personen zum Teil aus den Häusern heraus geholt. Einige der Steinleger hatten empfindliche, wenn auch nicht gefährliche Verletzungen erlitten. Ob die Nachricht zutrifft, daß die Nichtbeteiligung an der Rauferei die Ursache des Streites abgegeben hat, wissen wir nicht. Wie dem auch sei, auf jeden Fall sind Hoffnungen dieser Art, die für die Leute des Zuchtstadiums ein gesundes Pfaffen bilden, durchaus zu verurteilen.

Strasensperre. Die Diebstrasse von der Pigastraße, bis zur Frankfurter Allee ausschließlich der Kreuzdämme wird behufs Pflasterung vom 4. d. M. ab bis auf weiteres für Fußtraverter und Reiter gesperrt.

Der Selbstmord eines Greises verursachte gestern Nachmittag in der Schönhauser Allee Aufsehen. Der dort in dem Hause Nr. 23 wohnende 73jährige Rentier Aron, der schon seit einiger Zeit leidend ist, stürzte sich aus dem Fenster der dritten Etage auf den Hof hinab und fand auf dem Pflaster sofort seinen Tod. Ihm war das Genick gebrochen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Gefunden wurde am 1. Mai bei Peters, Al-Moabit, ein Arbeiter-Kalender von 1890, enthaltend zwei Billets zur Sternwarte Treptow und ein gebrauchtes Billet vom 10. Stiftungsfest des 6. Wahlkreises. Abzuholen bei Pfarr, Putzstr. 10.

Das Metropol-Theater hat sich nunmehr auch dem Specialitätenfach ergeben. So sehr groß ist der Abstand der Ausstattungsbedingungen von den Variététheatern ja nicht; aber dennoch geschieht die Uebertragung auf ein Ballett eingeflochten; auch sollte ein wirkliches Stück „Der schöne Rigo“ gegeben werden. Der launische Zufall spielte hier aber höhnend mit, indem er eine Sängerin unpaßlich werden ließ und so dafür sorgte, daß dem Publikum auch von dem dramatischen Gerichte nur der undramatische Teil, nämlich das Ballett, vorgeführt wurde. Die Tänze zeigten die Eleganz und Kostümpracht, wie man sie im Metropol-Theater gewohnt war. Aber auch in der Zusammensetzung des Variété-Programms hat die Direktion viel Geheiß bewiesen. Eine gewandte Madraschestruppe sind die Koffits, und ein Jongleur wie Herr Hurgin dürfte trotz allem bisher noch nicht dagewesen sein. Dieser Artist, der die unglücklichsten Dinge mit staudenwerter Gewandtheit balanciert, würde selbst ein Institut wie das Metropol-Theater im Gleichgewicht halten können. In der Gesangsart ragte eine Französin nicht über das gewöhnliche Maß hinaus; als flotte Soubrette zeigte sich aber ein Berliner Kind mit dem mehr originellen als schönen Namen Feid-Feid. Wenig geschmackvoll war eine Vozerei, die ein Mister und eine Miß auf der Bühne als Kunst lobten.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute die erste Auführung des fünfaktigen Schauspiel „Die Frau vom Meer“ von Henrik Ibsen in folgender Besetzung: Doktor Wangel: Albert Pätz; Ultha Wangel: Alwine Wiede; Solette: Gertrud Kreyer; Silde: Gertrud Samolsch; Oberlehrer Arnholm: Ferdinand Gregori; Ungstrand: Oswald Bach; Valsted: Max Lawrence; ein fremder Mann: Billy Frodoe.

Aus den Nachbarorten.

Der Arbeiterschaft von Strauß-Mummelsburg und Umgebung zur Kenntnis, daß das Lokal von Krochik, früher Alschmidt, Prinz Albertstr. 72, für die Arbeiterschaft freist. Der Miet hat schriftlich erklärt, die Forderungen der Lokalkommission zu erfüllen. Die Lokalkommission von Mummelsburg.

Tempelhof, Mariendorf, Mariensfelde. Für diese Ortschaften findet am Sonntag, den 14. Mai, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt; die Gewerkschafts-Vorstände der beteiligten Ortschaften werden deshalb ersucht, an diesem Tage keine Versammlungen abzuhalten. Die Bekanntgabe der Tagesordnung etc. erfolgt später. Der Vertrauensmann.

In Hildorf sollen die sozialdemokratischen Stadtverordneten, wie wir am 28. April berichteten, ebenfalls auf Anordnung des haatsretenden Ministers von der Mitgliedschaft an der Schuldeputation ausgeschlossen bleiben. Die Angelegenheit, in der unsere Parteigenossen selbstverständlich konsequent ihren Plann stehen werden, wird die zweitnächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen.

Aus Friedrichsfelde schreibt man uns: Jahrelang war unser Ort durch die traurige Straßenbeleuchtung verächtigt. Jetzt haben wir Helligkeit in Fülle. Seit dem Herbst vorigen Jahres brennt hier elektrisches Licht, das von dem Werk zu Oberkiesowweide geliefert wird. Diese Beleuchtungsart kommt allerdings theuer, und das mag der Grund gewesen sein, daß nunmehr auch eine Gasbeleuchtung ihre Kohre gelegt hat. Zahlreiche Anschläge sind schon erfolgt. Leider konnte sich die Gemeindeverwaltung bei all dieser Helligkeit immer noch nicht dazu entschließen, auch des Wintermorgens den Arbeitern, die früh an die Arbeit müssen, ein wenig Beleuchtung zu spenden. Die reichen Bauern und Rentiers, die hier das Heft in Händen haben, können es des Morgens in ihren Betten allerdings ohne Straßenbeleuchtung aushalten.

Das kommunale Leben sieht in Friedrichsfelde sehr träge dahin. Bei den Gemeindevahlen in der dritten Klasse verweigerte kürzlich ein Kandidat ganze 16 Stimmen auf sich. Leider mußten die Arbeiter bisher von einer Wahlbeteiligung absehen, da es ihnen an geeigneten Kandidaten mangelt. Hoffentlich sieht es damit bei der nächsten Wahl besser. Ausschichten auf Erfolge hätten wir vollaus in der dritten Klasse, sind doch bei der letzten Reichstagswahl rund 800 Stimmen an Orte abgegeben worden.

Für das laufende Rechnungsjahr werden an Steuern erhoben 150 pCt. der staatlich veranlagten Realsteuern, sowie 100 pCt. der Einkommensteuer; hierzu kommen noch 40 pCt. an Kreissteuern.

Die Leichen der bei dem Vootsunfall gegenüber Grünau ertrunkenen Maurer Witte und Streichhan sind gestern im Laufe des Tages gelandet worden; die Leiche des Schulz wurde noch nicht gefunden.

Der Vorgang an der Obersee am Eierhäuschen, wo, wie wir berichteten, am Sonntagabend vom Wasser her gellende Hilferufe gehört wurden, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Es handelt sich in der That um einen Vootsunfall, bei dem leicht zwei Menschen hätten zu Grunde gehen können, wenn nicht noch rechtzeitig Hilfe gekommen wäre. Auf das durchdringende Hilferufen eilten, wie uns von einem Augenzeugen berichtet wird, zwei Mitglieder des Rudervereins „Sturmvogel“, die eben von einer Ruderpauze in ihr Vootshaus zurückgekehrt waren, der Besizer des Vootshaus, Herr Hauke, und noch ein vierter Herr an die Unfallstelle und fanden hier einen Herrn und eine Dame in einem

voll Wasser geschlagenen und dem Sinken nahen Voot des Rudervereins „Spindlersfelde“ auf den Wellen treibend. Die Insassen des Vootes wurden mit großer Mühe ans Land gebracht; nachdem sie sich im Vootshaus erholt hatten und mit trockenen Kleidern versehen waren, konnten sie die Rückreise nach Berlin antreten.

Ein Segelboot mit fünf Personen kenterte gestern Nachmittag gegen 5 Uhr oberhalb Treptow gegenüber dem alten Eierhäuschen. Die Insassen, welche sich an ihrem Schiff festhielten, konnten aber durch die Hilfe, die ihnen vom Eierhäuschen zu teil wurde, gerettet werden.

Ein seltener Gast floz gestern einem Herrn Burck in der Pestalozzistraße 16 zu Charlottenburg ins Fenster, nämlich eine Brieftaube. Das Tier trug das Zeichen N. G. 88 am linken Fuß.

Schwere Jungen. Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß bei Spandau im letzten Winter in unbewohnten Landhäusern auf Ziegel- und Valentinswerder, wo die Besitzer Möbel und Wirtschaftsgüter für den Sommer zurückgelassen hatten, Einbrüche diebstahl ausgeführt wurden. Die Spitzbuben waren auf dem Wasserwege nachher herangelommen und hatten die Beute ebenfalls in Köhnen fortgeschafft. Auch dem Schloß Ziegel hatten die Diebe einen Besuch abgestattet, die ihr Treiben dann an den Ufern der Obersee fortsetzten. Doch sind sie schließlich bei Niederhöne-weiße bei der That ertappt und verhaftet worden. Es sind zwei Männer und ein Schloffer, die aus Steintin genommen waren. Ein Teil der sehr umfangreichen Beute, die ihnen in die Hände gefallen war, wurde noch in ihrem Besitz vorgefunden.

Den Bau der projektirten Gasanstalt in eigener Regie ausführen zu lassen, hat die Gemeindeverwaltung von Königs-Wusterhausen beschlossen. Die Arbeiten sind der dortigen Firma Leopold u. Hurlig übertragen worden. Der Bau soll bis zum Herbst fertig gestellt werden.

Gerichts-Zeitung.

In Düsseldorf zierte dieser Tage ein katholischer Geistlicher die Anklagebank der Strafkammer. Es war der Pfarrer Franz Köhn, der zuletzt in der Gemeinde Petite Jamine in Belgien der Seelsorge oblag. Seine dortige Stellung wurde erschüttert, da er sich dem Trunke ergeben hatte, und eines Tages nahm er kranzfüßigen Abschied von seiner Gemeinde und betrat sie nunmehr in der Gegend von M. Gladbach aufs Kollektieren. Unter falschem Namen sammelte der Herr Pfarrer Gelder für die Kirche seiner armen Gemeinde, aber er gab sich als Vater aus und versprach für das Seelenheil Verstorbener eine Messe zu lesen. Die auf diese Weise erhaltenen Gelder verbrauchte er in seinem Interesse. Er war daher heute wegen Betruges angeklagt. Die Strafkammer hielt ihn auch des fortgesetzten Betruges für schuldig und verurtheilt ihn zu 10 Monaten Gefängnis.

Verfammlungen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perrückenmacher. In der am 27. April stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte das Mitglied Deichsel über den Wert der Organisation. Den trefflichen Ausführungen des Redners wurde lebhafter Beifall gezollt und ließen sich 30 neue Mitglieder aufnehmen.

Arbeiter-Bildungsschule. Ammerstr. 16. I. Donnerstag: Rede von A. Kretzer und Diskussion über wissenschaftliche Thematika mit vorwiegend pädagogischen, gewerkschaftlichen und anderen Inhalten; Vortragender Dr. Alfred Bernheim. Beginn 9 Uhr.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. (Mitgliedschaft Berlin). Heute abend 8 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenhaldersstraße 57: Vortrag über: Die neue Arbeitsordnung und die Stellung der Rechtskonsultanten. Geschäfts- und Kassenbericht. Wahl des ersten Bevollmächtigten.

Centralverein der Konditoren (Mitgliedschaft Berlin). Die heutige Mitgliederversammlung fällt aus. Die Kollegen werden dringend ersucht, an der heute abend 8 1/2 Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, tagenden Versammlung teilzunehmen. Vortrag des Genossen Feiglhold: Die Wohnbewegung im Bäckereigewerbe mit Bezugnahme auf die in Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Konditoren.

Vermischtes.

Aus Hamburg wird vom Mittwoch berichtet: Durch Kurzschluss entstand heute früh ein kleiner Brand in der elektrischen Centrale in der Poststraße, bei welchem die Isolierung des Hauptkabels zerstört wurde. Bis 1 Uhr nachmittags waren sämtliche Motoren und Beleuchtungsanlagen in der inneren Stadt unterbrochen. Seit 1 Uhr ist die rechte Hälfte der Stadt wieder mit Strom versorgt, während der links von der Centrale liegende Teil, in welchem sich auch das Rathaus, die Börse und das Fernsprechamt befinden, um 2 1/2 Uhr noch ohne Strom sind. Man ist eifrig bemüht, den Fehler in dem unterirdischen Leitungsnetz zu finden. Der Straßenbahnbetrieb ist nicht gestört, da derselbe eine besondere Leitung hat.

Eine durchlauchtige Skandalaffäre. Wie die österreichische „Volkszeitung“ erzählt, hat Fürst Ferdinand von Bulgarien seinen Schwiegervater, Herzog Robert von Parma, verklagt, weil dieser sich seit dem Tode seiner Tochter, Fürstin Maria Luise, weigert, die ihm seine Schwiegereltern im Privatvertrage zugesicherte Rente weiter auszusahlen, da Fürst Ferdinand, indem er seinen Sohn Boris der orthodoxen Kirche zugeführt, den Vertrag gebrochen habe. Die Klage soll gleichzeitig bei drei Gerichten, einem bulgarischen, bairischen und französischen, anhängig gemacht sein.

Marktpreise von Berlin am 2. Mai 1899

nach Ermittlungen des Hgl. Volkspolizeibüros

Ware	D. Ctr.	16.05	15.-	Ware	1.60	1.10
* Weizen		15.-	13.90	Schweinefleisch	1 kg	1.60
* Roggen		13.-	12.40	Rothfleisch		1.80
* Futter-Gerste		15.40	14.90	Hammerfleisch		1.60
Öl	gut	14.80	14.30	Butter		2.60
	mittel	14.20	13.80	Eier	60 Stück	3.60
	gering	4.-	3.50	Käse	1 kg	2.30
Richtmaß		6.90	4.40	Haber		2.60
Heu		40.-	25.-	Gerste		1.80
* Erbsen		30.-	25.-	Porridge		1.00
* Erbsenbohnen		70.-	30.-	Schale		3.50
* Kinsten		6.-	4.-	Wiese		1.40
Kartoffeln, neue		1.60	1.20	Krebst	per Schock	12.-
Rindfleisch, Beste 1 kg		1.20	1.-			2.50
do. Band						

* Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Volkspolizeibüro für den Doppel-Centner.

Produktionsmarkt vom 3. Mai. Roggen wurde 1 M. besser bezahlt, während Weizen sein letztes Niveau behauptete. Oker lag preislos, Kaffee bei stillen Geschäften ziemlich fest. Am Spiritusmarkt wurde loco 70er mit 40.30 (- 0.10) bezahlt. Oker wurde nicht gehandelt. Die Terminpreise konnten sich behaupten. Stadtkassier, Sachliche Markt. Berlin, 3. Mai 1899. Zum Verkauf standen: 300 Rinder, 2581 Kalber, 1155 Schafe, 9013 Schweine. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 55 Stück unverkauft. Der Rälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fand ungefähr die Hälfte des Auftriebes Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 4. Mai 1899. Gleitschicht, zunächst noch trübe, mit leichten Regenfällen und mäßigen nördlichen Winden; nachher aufklärend. Berliner Wetterbureau.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 192/93 • Versand-Abteilung Proben u. Preislisten portofrei. • Rosenthalerstr. 27/29, 54/55 • Oranienstr. 53/54.

Schuhwaren.

Damen-Schuhe u. Stiefel.

Braune Salonschuhe 2,90 u. 3,25 M.
 Braune Schnürschuhe 3,75 u. 6,50 M.
 Braune Knopfschuhe 3,75 u. 6,50 M.
 Rossleder-Schnürschuhe 3,50 u. 6,50 M.
 Rossleder-Knopfschuhe 3,50 u. 6,50 M.
 Chevreau-Schnür- od. Knopfschuhe 8,75 Mk.
 Braune Knopfstiefel 6,75 u. 9,50 M.
 Braune Schnürstiefel 6,25 u. 9,50 M.

Damen-Schuhe u. Stiefel.

Braune Spangenschuhe 3,90 M.
 Rossleder-Knopfstiefel 5,50 M.
 Wildrossleder-Knopfstiefel 8,50 M.
 Kalbleder-Knopfstiefel 9,50 u. 10,50 M.
 Kalbleder-Schnürstiefel 9,25 M.

Herren-Schuhe u. Stiefel.

Braune Schnürschuhe 5,25 u. 9,25 M.
 Braune Schnürstiefel 8,25 u. 11 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 4. Mai.
Opernhaus. Die Africanerin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Gefährtin. Der grüne Kafada. Paracelsus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veltins. Heimat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Das Erbe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Schloßherr. Controtour. Vorher: Zum Einfließen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Frau vom Meer. Anfang 8 Uhr.
Neues. Hofmuth. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Fidelio. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Berlin bleibt Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ulken. Graf Ester. Anfang 8 Uhr.
Welle-Alliance. Pech-Schule. Anfang 8 Uhr.
Chend. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädisches. Büchmann Henschel. Anf. 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Lehmannen von Berlin oder: Der Klub der Dampfloren. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Lumpack-pagabundus. Ihr Cousin. Anfang 7 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hypos. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Deen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntelephon.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
 Zum erbenmale:
Die Frau vom Meer.
 Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Frau vom Meer.
 Samstag, abends 8 Uhr:
Die Frau vom Meer.

Offend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstrasse 132.
 Sam 83. Male:
Die Bulgaria.
 Sensationelles Aufführungsgeschehen mit Gesang in 10 Bildern von Hans Buchholz. Gesangsterte von F. Din. Musik von R. Hall.
 Neues Schaupild: Die Ankunft der Bulgaria in Hamburg.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert. Täglich: Die Bulgaria.
 Donnerstag, 11. Mai (Himmelfahrt), im renovierten Garten: Gr. Spezialitäten- u. Theater-Vorstellung.

Central-Theater

Direktion: José Forenczy.
Die Puppe (La Poupée)
 Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau u. Sturges. Musik von Ed. Audran.
 Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
 Sonntag nachmittags zu halben Preisen zum letztenmale in dieser Saison: Die Fledermaus. Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
 Um 8 Uhr: im Theater:
Das Land der Fjorde.
 Im Hörsaal: Dr. P. Spies: „Eine tausendstel Sekunde.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Geöffn. 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.
 Der unverwundbare Fakir Aratas.
 Das 6-jährige Wunderkind Marietta (kann nur im Finstern sehen).
 Son 6 1/2 Uhr: Théâtre varié.

Castan's Panoptikum.

Ecke Friedrich- u. Behrenstrasse.
 Neu umgestaltet und verschönert!!
 Romänische Original-Ziguner-Kapelle im Konzertsaal.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Sommer-Spezialitäten-Saison.
Grosse Sensations-Nummern.
 Mlle. Lidia (étolée de Paris), Chanteuse comique.
 Mr. Hargini, Meisterschafts-Jongleur i. Billardsalon.
Lul-Lul mit dem ballspielenden Hund.
 Humorist Mariot. Frid-Frid, die junge Berliner Soubrette. Resd u. Tucker, Gregory-Troupe.
 Glinzerette, Notsos, Irma Forenczy, Albinos.
Drei grosse Balletts. Rezender Sommergarten. Rauchen in allen Räumen gestattet.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
 (Wechsel: Pietro, Britton, Steidl, Krone, Schneider und Schrader.)

 Anfang heute 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Nummerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk.
 Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.
 Die Plätze zu den nummerierten Sitzen sind heils 8 Tage lang vorher zu haben.

Britton als Pauken-Schulze

der Stolz vom Regiment.
 Anfang heute 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Nummerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk.
 Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.
 Die Plätze zu den nummerierten Sitzen sind heils 8 Tage lang vorher zu haben.

Typographia.

Donnerstag, den 11. Mai (Himmelfahrtstag):
Herrenpartie nach der Märkischen Schweiz.
Treffpunkt: Morgens 7 Uhr Schlossischer Bahnhof. — Fahrkarten (für Mitglieder) sind am Freitag in der Übungsstunde zu haben. Preis (inkl. Sekundärbahn) 1 M. — Bestellungen auf Mittagessen werden bis Freitag erbeten. Dar Vorstand.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Berlin bleibt Berlin.
 Große Gesangsposse in vier Bildern von F. Gutzberg und W. v. Horaz. Musik von Fritz Krause.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Me. et Mr.
Bianca-Desroches
Maria la Bella
Hella Collier
 etc. etc. etc.
Frau Luna.

Burlesk-phantastische Ausstattungs-Operette in 1 Akt mit 5 Bildern u. Apotheose von Bolten-Bäckers. Musik von Paul Lincke. In Scene gesetzt vom Direktor E. Waldmann.
 Das sensationelle Luft-Ballett „Grigolatis“!
 Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Garten-Konzerte 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Aleazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
 Direktion: Richard Winkler.
 Täglich mit jubelndem Beifall:
Das neue Mädchen.
 Posse mit Gesang v. D. Richter.
Neu! Unerwartet, Neu!
 oder: So muß es kommen.
 Posse mit Ges. v. C. Helmreiching.
Wochentags Entree frei!
Sonntags 30 Pf.

Victoria-Brauerei

Lühnowstrasse 111/112.
 Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
 (Fährmann, Horst, Walde).
 Anfang: wochentags präc. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Achtung, Vereine!

Umhängebare ist der 2. Pflanzfesttag sowie einige Sonntage frei gemorden. 1888.
Jul. Wernau, Gastwirt,
 Schwedterstr. 23/24,
 Fernsprecher Amt III Nr. 2440.

Fahrräder.

verschiedene Marken, auch wenig gebraucht, zu den billigsten Preisen liefert Carl Karraas, Vangerstr. 17, part. feine Etagen. Eigene Reparatur. Zeitzahl. Samit. Juchör.

Bereinszimmer

frei S.W. Simeonstr. 23. A. Flick. [°]
Dr. Pinkus,
 Spezialarzt für Lungenkrankheiten und Tuberkulose im allgemeinen. Friedrichstr. 211. II. Sprechstunde 9-11, 4-5, für Unbemittelte 8-9.

Vermietungen.

Wohnungen.
Selle Werkhaff od. Lagerraum, Erdgeschoss, ca. 60 qm, mit Gas, Wasserleitung, eig. Hof, sof. od. später **Michaelkirchstr. 28.**
 Kunst. Michaelkirchstr. 27. I. links.

Fahrgeld vergütet.

Jacques Raphaëli

Inh.: **Th. Büsing,**
 Berlin C.,
 An der Spandauer Brücke No. 2.

Cigarren.

Billigste Bezugsquelle für Rancher, Restaurateure u. Händler.
 Um dem Besteller oder Käufer jeden Zweifel eines etwaigen Risikos zu nehmen, versende ich nur zur Ansicht. Der Käufer erlegt den Betrag, und wird derselbe im nicht zusagenden Falle anstandslos zurückerstattet. 1883L*
 Bei persönlichem Einkauf 10 Stück von jeder Sorte zum Kistenpreise.

Neu! Versand-Muster-Neu!

- No. 1.** Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. gepackt = 100 St. in den Preislagen von 3,75 Mk. 2,25 bis Mk. 6,- für nur Mk. 3,-
- No. 2.** Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von 4,60 Mk. 3 bis Mk. 7,- für nur Mk. 3,-
- No. 3.** Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von 5,70 Mk. 4,- bis Mk. 9,- für nur Mk. 3,-
- No. 4.** Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von 7,50 Mk. 5,- bis 12,50 für nur Mk. 3,-
- No. 5.** Inh. 10 Sorten Cigarren à 10 St. = 100 St. in den Preislagen von 8,75 Mk. 5,- bis 15,- für nur Mk. 3,-

Cigarren à la Manilla

- rein aus Tabak, lange Einlage, 120 St. 1,20
- 100 St. Mk.
- Marke „Piccolo“ Zwischenakt-Cigarre, voll und würzig, Originalkiste, 200 St. 4,-
- Marke „Universal“ elegante Verpackung, vorzüglich. Geschmack, 100 St. 3,-
- Marke „Royal Bock“ Sumatra, Brasil, Torpedofaçon, 100 St. 4,-
- Marke „Felix Brasil“ Regaliafaçon, Felix-Brasil-Decke, 100 St. 4,50
- Marke „St. Andres“ Mexico-Havans, ca. 13 1/2 cm lang, ca. 5,50
- 5 cm Umfang, 100 St. nur Mk.

Marke „Import“

- St. Felix-Decke, Handarb. (Metasche Presse), Geschmack einer Import-Cigarre, Originalkiste 250 Stück franco. 15,-
- Marke „Raphaëli I.“ ca. 13 cm lang, 6 cm. Umf., Vorsten-länden-Decke. 7,50
- Marke „Santa Lucia“ Havans-Decke, Boek-Façon, 100 St. nur 7,50

Höchste Leistung, grösstes Lager in Herren- u. Knaben-Garderobe, Schuhwaren und Spirituosen.

Bei Einkauf von Mk. 3,- an Reiseflasche mit Liqueur gratis.
 Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Die Beerdigung unseres Mitgliedes **Georg Wolf** findet heute nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Stephanstr. 20 aus nach dem Johannis-Kirchhof in Wilmersdorf statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
 24/5/18 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Nach langen, schweren Leiden verstarb Montag, den 1. Mai, morgens 4 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, der Weber 16459*
Wilhelm Forgbert
 im Alter von 39 Jahren.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Mai, nachmittags um 2 Uhr, von der Friedhofstraße aus statt.
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Am 1. Mai starb nach langen schweren Leiden unser Mitglied
Emil Bilz.
 Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren! [91
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jagareth-Friedhofes statt.
 Der Vorstand des Arbeitervereins für Pankow u. Umgegend.

Allerlei Anzeigen.

Eine gut eingerichtete Tischlerei m. 4 Arbeitstischen billig zu verkaufen. Schöneberg, Hohenfriedbergstr. 30.
 Eine Fabrik-Kantine zu verkaufen. Großer Bier- und Schnaps-Umsatz. Näheres bei F. W. 833 m e, Pellerstr. 14. 30646

Eck-Destillation

Offen, hochfein eingerichtet, Prachtzuhause, anstehende Wohnung, drei Stuben, Küche, nachherig Brauerei 1/2, Bäckerei, 1/2, Weibler monatlich, großer Schuppen, Röhre 2550, wegen Krankheit der Frau f. 1500 Mk. veräußert. Brauerei gibt 750 Mk. zu. Näheres Kalowstr. 40, 30646

Schankgeschäft.

Weiteres Geschäft mit H. Saal, voller Schankkonzession, nachherig gutes Geschäft, ist an zahlungsfähigen Käufer preiswert zu verkaufen. Off. unter N. 32. sind an Postamt 32 Berlin S. einzusenden. 30115

W. and. Unternehmern soll Rückgeho.

verb. m. Obst, Gemüse u. Materialen, vert. werd. Jes. Inhaber 7 J. mit Erf. darin thätig. Bodw. u. Bier beten. Riete. Näheres Rückgeho. Markt-grafenstr. 7.

Fahrrad, wie neu, zu verkaufen.

1884L*
F. Stange,
 Oppenheimerstr. 7, 1 Tr.

Damenrad u. Halbrenner, neueste

schöne, dreimal bemalt, selten Gelegenheitsgebot, sof. f. d. halben Wert. Garantie! Mein u. 11 Mon. Urbanstr. 9, hochp. r.

Aufpolierung, Matrizen 4,-, Sopha 5,-.

Brauerer, Minierstr. 24.
 Betten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Waffeldecken, Teppiche, Bettvorleger, Tischdecken, Valencis, Anzüge, Hüte, Remont-Uhren, Regulatoren, Operngl. spottb. Pfandl. Reanderstr. 4

Das Maifest der Arbeit

Ueber den Verlauf der Maifeier gingen uns noch folgende Meldungen zu: Nord- und Ostdeutschland. In Lübeck beteiligten sich an der Vormittagsversammlung 2500-3000 Personen. Genosse Stolten-Hamburg referierte. Am Nachmittagsausflug nahmen 7000 Personen teil. Genosse Schwarz-Lübeck hielt eine Ansprache. Am 2. Mai traten in vielen Fabriken Ausperrungen ein. Oldenburg. Die Maifeier, die hier am Abend des 1. Mai in einer Volksversammlung stattfand, in der Genosse Faure-Vremen referierte, war von etwa 300 Personen besucht und nahm einen würdigen Verlauf. Die Maiveranstaltung in Oldstadt war von 200 Personen, darunter viele Frauen, besucht. Für unsere Stadt ist das ein ganz bedeutendes Resultat. Das Referat hatte Genosse Rohrbach-Itzehoe. Flensburg. Die Maifeier ist hier imposant verlaufen. Vormittags 10 Uhr eine Volksversammlung im großen Saale des „Holl. Hans“, welcher bis auf den letzten Platz gefüllt war. Genosse Hering sprach in vortrefflichster Weise über die Bedeutung des Tages. Nachmittags gemeinschaftlicher Ausflug nach Nielseng bei fihlem aber trockenem Wetter. Abends Unterhaltung in mehreren Lokalen. Die Zahl der Feiern war bedeutender als wie in den Vorjahren. Pinnberg. Die heutige Maifeier verlief in schönster Weise bei gutem Besuch. Unser Arbeiter-Gesangverein eröffnete dieselbe mit dem Vortrag eines Liedes. Dann hielt Genosse Stangl eine begeisterte Rede. Weitere Vorträge des Gesangvereins und die Darstellung lebender Bilder bildeten den Schluß. Blankenese. Die Versammlung war von ca. 200 Personen besucht. Stromberg-Hamburg hatte das Referat, mehrere Liebertafeln trugen am Tage entsprechende Lieder vor. Der Verlauf war ein günstiger. In Warmstedt fand am Morgen des 1. Mai ein Spaziergang statt, an dem sich etwa 60 Personen beteiligten. Abends ward die Feier durch Vorträge und Lieder eingeleitet, worauf Genosse Schaumburg-Hamburg in zündenden Worten auf die Bedeutung des Tages hinwies. Stettin. Morgens 6 Uhr unternahmen annähernd 500 Personen einen Ausflug nach dem eine Stunde von Stettin liegenden Waldsee. Die Stimmung der Ausflügler war eine vorzügliche, die noch gehoben wurde, als sich unversehens eine Wustkapelle zu uns gesellte, unter deren Vorantritt der Hin- und Rückmarsch sich vollzog. Vormittag 10 1/2 Uhr Versammlung. Referent Genosse Herbert. Es waren circa 1000 Personen anwesend, die eine der Bedeutung des Tages angepaßte Resolution einstimmig annahm. Es kann konstatiert werden, daß die Zahl derjenigen Genossen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, gegen die Vorjahre erheblich zugenommen hat, trotzdem diesmal die Arbeiter der Stöwerischen Fabriken fehlten, die, wie es scheint, sich von ihrem unglücklich verlaufenen Streik noch nicht erholt haben. Der Abend war der Festlichkeit gewidmet, es mögen wohl 2000 Personen gewesen sein, welche bei Konzert und Gesang sich für einige Stunden aus bester Unterhaltung. In Danzig referierte Genosse Steppuhn vor einer stark besuchten Versammlung, die eine entsprechende Resolution annahm. Im allgemeinen bedeutende Arbeitstube; Verlauf der diesjährigen Maifeier unerwartet großartig als früher. Schwerin. Am Ausfluge am Morgen des 1. Mai beteiligten sich 60 Personen. Die Gewerkschaftsversammlung am Abend war sehr stark besucht. Rostock. Beteiligung 19 Gewerkschaften, 1300 Personen beim Ausmarsch. In der Warnow-Halle ein „Socialer Abend“ bei überfülltem Lokale. Otzen. An der Abendversammlung nahmen 800-900 Personen teil. Reudamm bei Königsberg. Sehr gut besuchte Versammlung am Abend des 1. Mai. 450 Personen. Sorke-Charlottenburg referierte. Darburg. Vormittag Versammlung von 500 Personen. Abends drei Versammlungen. Etwa 5000 Personen beteiligten sich. In Barth, einem kleinen Orte der Provinz Pommern, beteiligten sich 88 Personen an der Maifeier, die durch einen Kommerz begangen wurde. In Mühlendeb. feierten sämtliche Köpfer durch Arbeitstube. In Kirchhain N.-L. war schon am Sonntag eine stark besuchte Versammlung, in der Genosse E. Eichhorn aus Dresden referierte. Am Ausfluge des Montags früh beteiligten sich 80 Personen, nachmittags liehen 150 Mann die Arbeit ruhen. Zur Abendfeier erschienen 500 Personen. In Bunzlau erlangte der Wahlverein bei der Feier am Sonntag Abend einen Mitgliederzuwachs von über 100 Personen. Am 1. Mai früh ein Ausflug unter Beteiligung von ca. 400 Personen. Abends stark besuchte Versammlung. In Gahnau feierte ein Teil der Arbeiter durch Arbeitstube. In zwei Handhufabriken ruhte die Arbeit vollständig. Am Ausfluge am 1. Mai nahmen etwa 90 Personen teil. Tiefenfurt. Die hiesigen Arbeiter liehen zum großen Teil von Mittag an die Arbeit ruhen und versammelten sich in einem nahegelegenen Lokale zu zwanglosem Beisammensein, da ein Ausflug mit Russil verboten war. Abends Kommerz unter starker Beteiligung. Mittel-Deutschland. Die diesjährige Maifeier in Gotha schloß sich den vorausgegangenen würdig an. Am Vormittag fand trotz kaltem Wetter ein Ausflug nach dem Vogberg statt. Abends war im großen Ansaal Kommerz, verbunden mit Festrrede, gehalten vom Genossen Bod. Der Saal erwies sich als viel zu klein, so daß die Späterkommenden keinen Einlaß bekamen. In diesem Jahre feierten zum erstenmal verschiedene Fabriken teilweise ganz, teils halbe und Dreiviertel-Tage. Die Arbeiterkassette Apoldas beging die Feier des 1. Mai durch einen Nachmittags-Ausflug. Abends war der Festsaal im „Vorwärts“ überfüllt; Genosse G. Fischer-Weimar hielt die Festrrede.

In Cöthen war im Laufe des Tages ein Ausflug. Beim Kommerz bei Festrrede waren ca. 850 Personen anwesend. Lehndorf bei Braunschweig. Hier hatte der Arbeiterverein zur Maifeier eine Abendunterhaltung mit Festrrede und deklamatorischen Vorträgen veranstaltet. Die hohe Obrigkeit hatte nicht gestattet, die Feier über die Polizeistunde auszuweihen, so daß die Teilnehmer sich bereits um 10 Uhr trennen mußten. Hildburghausen. Seit 39 Wochen liegen die Glasarbeiter im Ausstand. Das Maifest wurde trotz alledem festlich begangen. Abends tagte im Kupferschen Lokale eine von 200 Personen besuchte Versammlung, in welcher Genosse Wehder aus Sonneberg den zehnjährigen Geburtstag des Maifestes feierte und großen Beifall erzielte. Mit aller Siegeszuversicht sehen die Glasarbeiter dem Ausgang des Streiks entgegen, der wohl schon große Opfer erheischt, die aber zu den Verlusten der arbeitserfindlichen Unternehmer in keinem Verhältnis stehen. In Brauhen in Braunschweig feierten die Genossen den 1. Mai in stimmungsvoller Weise. Die Festrrede hielt Genosse Achilles. In Gohney (S.-A.) nahmen etwa 300 Personen an der Feier teil. Genosse Städel hielt die begeisterte aufgenommene Festrrede. Neufelwig. Unsere Maifeier nahm einen sehr würdigen Verlauf. Es waren über 300 Personen anwesend. Genosse Gätzig-Gohney sprach über die Bedeutung des 1. Mai. Calbe a. d. Saale. Die Versammlung am 1. Mai war von 300 Personen besucht. Die Resolution der Berliner Gewerkschaften wurde einstimmig angenommen. In Staffurt war die Beteiligung sowohl am Feste der Gewerkschaften des Sonntags, wie auch an der Parteiversammlung am 1. Mai nur mäßig. Genosse G. Rehler sprach über das Thema: „Vorwärts wir Holz sind.“ Ueber die Feier in Leipzig entnehmen wir der „Leipziger Volkszeitung“ folgendes: In der 10. Stunde des 1. Mai rückten die Arbeitergruppen aus ihren Sammelplätzen ab, um dann gemeinsam den Weg nach Stötteritz, dem Maifestort, zurückzulegen. In dem lojen Zuge der Demonstranten befanden sich etwa 2000 Formner und 1800 Holzarbeiter. Die Zahl der Arbeiter, die den Maitag durch Arbeitstube begingen, war in diesem Jahre stärker als in allen früheren Jahren, in denen das Maifest auf einen Wochentag fiel. Selbst die bürgerliche Presse muß das heute zugeben, wenn sie natürlich auch diesmal wieder wie früher die Zahl zu verkleinern sucht. Nach unserer Schätzung sind mindestens 10 000 Teilnehmer in dem Zuge nach Stötteritz gewesen. In der bestimniten Ordnung und Disziplin bewegten sich die Arbeitermassen durch die Straßen. Jeder unliebsame Zwischenfall blieb vernieden. Heute rückt sich das Unternehmertum durch zahlreiche Maßregelungen von Arbeitern, über die unsere Leser an anderer Stelle dieses Blattes unterrichtet werden. Beim Eintreffen in Stötteritz fanden die Festteilnehmer, die gemeinsam den Weg zurückgelegt hatten, die geräumige Festhalle bereits dicht besetzt. Die Kapelle der neuen Musikorganisation und die Massengesänge der Leipziger Arbeiter-Gesangvereine trugen zur Erhöhung der Feststimmung ihr Möglichstes bei. Kein Diktum störte die Festversammlung. Im Brauereigarten mögen in den Mittagsstunden wohl 15 000 Maifestdemonstranten anwesend gewesen sein. In den Nachmittagsstunden strömten noch Tausende herzu; andere Tausende verließen den Festplatz. Wichtig, wie es der Bedeutung des Tages entspricht, hat das Leipziger Proletariat das 10. Weltfest der Arbeit begangen. Genosse Fr. Seyer hielt eine kurze kernige Ansprache, worauf eine entsprechende Resolution angenommen wurde. Am Abend waren in über 20 Lokalen von Leipzig und Umgegend Festversammlungen. In Limbach beteiligten sich trotz Regen und Sturm 60 Personen an dem Ausfluge am 1. Mai. Abends wurde von 700 Personen ein Kommerz mit Ball abgehalten; Festrredner waren Händel und Kappel. In Gertha waren verschiedene Fabriken vollständig, andere von Mittag an geschlossen. Am Ausfluge beteiligten sich einige Hundert Genossen mit ihren Familien. Die geplante Versammlung war wegen beschränkter Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten. Keerane. Maifeier glänzend verlaufen. Beteiligung bedeutend stärker als im Vorjahre. Abends in 2 Sälen großer Kommerz. Festrrede hielt in beiden Sälen Genosse Siederer-Dresden. Kamenz. Maifeier gut verlaufen. Vormittag Versammlung mit 120 Teilnehmern. Gegen Abend 300 Mann. Süd- und Westdeutschland. Ueber die Maifeier in München berichtet die „Münchener Post“: Die gehnte Maifeier wurde auch von der Münchener Arbeiterkassette in ganz imposanter Weise begangen. Es hat sich gezeigt, daß der Gedanke des Weltfesttages der fortgeschrittenen Arbeiterschaft in Fleisch und Blut übergegangen ist. Trotzdem, gemäß den diesbezüglichen Beschlüssen, nur dort gefeiert wurde, wo es ohne Schaden für die Arbeiter geschehen konnte, war die Vormittagsversammlung im Münchener Rindlerer geradezu demonstribisch besetzt. Hunderte konnten keinen Platz mehr finden, da der Saal schon vor Beginn der Versammlung dicht gedrängt voll war. Ein Seignavortrag der Sangesbrüder vom Arbeiter-Sängerbund eröffnete die erhebende Feier, worauf Genosse Dollmar in etwa christlicher zündender Rede über die Bedeutung des Tages sprach. Stürmischer minutenlanger Beifall folgte dem Schluß der Rede, worauf die in allen Versammlungen unterbreitete Resolution einstimmig Annahme fand. Am Abend fanden dann acht große Versammlungen statt. Folgende interessante Notiz entnehmen wir dem Blatte noch: In der am Vormittag hier stattgehabten Kontrollversammlung der Reservisten hielt der Herr Offizier eine Ansprache ungefähr folgenden Inhaltes: Es ist jedem von Euch ganz besonders streng verboten, während des Kontrolltages an einer revolutionären oder socialdemokratischen Versammlung teilzunehmen. Ebenso ist es verboten, socialdemokratische Abzeichen zu tragen oder socialdemokratische Lieder zu singen.

Das gilt insbesondere für heute, heute ist der erste Mai; der erste Mai ist ein Tag wie jeder andere. Dagegen hat jeder die Pflicht, ihm etwa begegnende Vorgesetzte bis heute nachts 12 Uhr zu grüßen. In Augsburg fanden zwei gut besuchte Versammlungen statt. In Speyer am Vormittag des 1. Mai Versammlung von 250 Personen. In Würzburg war die Arbeitstube stärker denn je. Abends überfüllte Versammlungen, die entsprechende Resolutionen annahm. In Bamberg gut besuchte Versammlung, in der Genosse Dorn aus Nürnberg referierte. In Eberfeld war der Besuch der Vormittagsversammlung noch nie so stark wie diesmal. In Witten war die Versammlung unter freiem Himmel verboten, dennoch demonstribierten von Mittag an 800 Mann durch einen Zug durch die Stadt. Auch aus Remscheid wird starke Beteiligung gemeldet, ebenso aus Ronsdorf und Helbert. Ueber die Feier in Frankfurt a. M. schreibt unser dortiges Parteiblatt: Die Maifeier gestaltete sich hier von Jahr zu Jahr imposanter. Während früher vormittags nur 2 oder 3 Versammlungen abgehalten werden konnten, fanden diesmal fünf statt, die sämtlich überfüllt waren; so daß die Polizei die Absperrung der Lokale anordnete. In vielen Fabriken und auf verschiedenen Baustellen ruhte die Arbeit vollständig; andere Unternehmer hatten die Werkstätten geschlossen, weil ein Teil ihrer Arbeiter feierte und es sich nicht rentierte, mit dem Rest von „Arbeitswilligen“ zu arbeiten. Wir schätzen die Zahl der Maifeiern auf 2400 bis 2500 Mann. Die Versammlungen verliefen ruhig und ohne Störung. In Stuttgart wurden am Vormittag 5 Versammlungen abgehalten. Die Handwerker wie die Schneider, Schuhmacher, Handhufmacher, die Metzler und Holzarbeiter hatten in sehr vielen Betrieben die Arbeit schon von morgens an ruhen lassen. In vielen anderen Geschäften gelang es, wenigstens den Nachmittag frei zu bekommen, wodurch die Zahl der Teilnehmer am Festzug wie auch an den Festversammlungen eine gewaltige wurde. Aus dem übrigen Württemberg liegen Nachrichten über Maifeiern vor aus Cannstatt, Ruffenhäuser, Oberkochen, Wangen, Reutlingen, Sonthheim. Sonst liegen uns noch Nachrichten vor über entsprechende Veranstaltungen in Saargemünd, St. Ingbert und Ogersheim i. d. Pf. In Straßburg hat die diesjährige Feier alle Erwartungen übertroffen. Es waren 2500-3000 Personen bei der Festversammlung in der Markthalle anwesend. Genosse Lutz aus Baden hielt die Festrrede. England. Maitag in London. 1. Mai 1899. Labour Day ist in London verläufig noch nicht die Herrschaft der organisierten Arbeit, sondern erst ihrer Vorhut, der Socialdemokratie. Nur die Socialisten und einige vorgeschrittene Gewerkschaften feierten den 1. Mai. Dies in Betracht gezogen, könne der Festzug und das Meeting im Hyde Park als recht erfolgreich betrachtet werden. Die Zahl der Teilnehmer am letzteren belief sich auf gegen 10 000, im Festzug, der sich um die Mittagszeit am Westminsterquai aufstellte und von da durch die belebtesten Straßen des Westends zum Hyde Park zog, marchierten 6000 Personen, die ihrem Enthusiasmus bei den verschiedensten Gelegenheiten Luft machten. Drei Musikchöre, 40 große Banner und über 100 Fahnen, einige zwanzig geschmückte Wagen, darunter mehrere mit jubelnden Kindern angefüllt, verließen den Zuge den rechten Festcharakter. Am Parlament begrüßten ihn die Arbeiter-Abgeordneten J. G. Wilson und Steadman. Im Park waren 6 Tribünen errichtet, davon eine für die Jugend. Von bekannteren englischen Rednern sprachen G. Barnes, S. Cartwright, Mrs. Gray, S. Dwyer, J. Macdonald, Ben Tillet und S. A. Taylor. Die deutsche Socialdemokratie vertrat auf der internationalen Tagform Julius Rotteler mit einer sehr passenden und liberalen Ansprache. Die angenommene Resolution lautete: Diese Massenversammlung von Arbeitern sendet dem am heutigen Tage versammelten Genossen brüderliche Grüße und bekräftigt mit ihnen ihren Entschluß, den Kapitalismus und das Lohnsystem zu stürzen und durch ihre gemeinsamen Bemühungen eine internationale, genossenschaftliche Republik zu errichten, in der alle Werkzeuge der Industrie dem organisierten Gemeinwesen gehören und von ihnen kontrolliert werden und allen gleiche Gelegenheit gegeben wird, ein glückliches, gesundes Leben zu führen. In Bristham bei London, dessen Gemeinderat eine Mehrheit von Socialisten und Gewerkschaftlern hat, wurde der 1. Mai durch Einweihung einer neuen, 10 Acres umfassenden öffentlichen Anlage für Spiel und Erholung gefeiert. Die Jugend führte alt-englische Spiele auf; Errichtung des Waldbaums mit Tanz um denselben, Krönung der Maikönigin usw. Die von der Stadt beschickten Arbeiter hatten Feiertag und haben von jetzt an den Nachmittag. Heute abend feiert die Socialdemokratische Föderation den Maitag noch durch einen großen Karneval im Gemeindefaal von Shorelitch (St.-London). Die Independent Labour Party hat morgen im Gemeindefaal von Holborn (Mittel-London) ebenfalls einen Mai-Karneval. Von der Provinz liegen noch keine Berichte vor. Russisch-Polen. In Warschau veranstalteten, wie telegraphisch gemeldet wird, Sonntagabend einige tausend Arbeiter und Studenten gelegentlich der Maifeier Straßen-Demonstrationen, wurden jedoch von Gendarmen und Kosaken umzingelt. 500 Demonstranten wurden verhaftet.

Der Brand-Ausverkauf ist eröffnet. Warenhaus Herrmann Schlesinger, Pücklerstr. 39, Ecke Muskauerstrasse an der Markthalle.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Vertrauensmänner-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter am Sonnabend, 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Zabeall, Lindenstr. 106. Tages-Ordnung: 1. Das Verhalten der Vertrauensmänner bei Ausperrungen und die jetzigen Differenzen. 2. Brandangelegenheit. 3. Verschiedenes. Es muß jede Werkstatt vertreten sein, namentlich diejenigen, in denen wegen der Maifeier Ausperrungen und Differenzen entstanden sind. Große öffentliche Versammlung der Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandter Gewerbe zu Berlin am Sonntag, den 7. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, in Cohn's Festsaal, Weidstr. 19-20. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Gutheil über: Die Arbeiterversicherungs-Gesetze, unter besonderer Berücksichtigung des Invaliditäts- und des Unfallversicherungs-Gesetzes. 2. Vortrag des Jahrmagtes Herrn Ritter über: Lohn- und Mundtransiten. 3. Verschiedenes. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Eifer-Kommission. J. U.: Karl Gelsler, Rönningerstraße 123.

Achtung! Kupferschmiede. Sonnabend, 6. Mai, abends 9 Uhr, im Grand Hotel Alexanderplatz. Eingang: Neue Königstraße, Portal II. Öffentl. Versammlung der Kupferschmiede Berlins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Körsten: Die Unfallversicherungs-Gesetzgebung. 2. Jahresbericht des Vertrauensmanns und Bericht der gesamten öffentlichen Kommission: a) des Vertrauensmanns und Gewerkschaftsdelegierten, b) dessen Stellvertreter, c) des Hauptoffiziers, d) der 4 Bezirksdelegierten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Einberufer. Samariter + Kurjus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Anfang des Sommerkurjus am Montag, den 8. Mai, abends 9 Uhr, in den „Arminhaken“, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Herrn Dr. Bischofsworder über: Zweck und Ziele und Anatomie und Physiologie. - Jedermann willkommen. Am 7. Mai: Ausflug nach Schmargendorf „Sankt-Jacobi“, Ruhlsdorfstraße.

Freie Volksbühne. Achtung, II. Abteilung! Sonntag, 7. Mai, nachm. im Lessing-Theater. „Der Revisor“ von Gogol. 229/15 Die Vorstellungen folgen am 7., 11. (Himmelfahrtstag, Donnerstag), 14., 21., 28. Mai. Achtung! I. Abteilung! Die 10. Serie der Vorstellungen beginnt am 14. Mai im Friedrich-Wilhelmsdänischen Theater: Aufgeführt wird: Einsame Menschen. Drama in 5 Akten von Gerhard Hauptmann. Die Vorstellungen folgen am 21., 28. Mai, 4., 11., 18. Juni. Laut Statut sind die Beiträge bis Juni zu entrichten. Die VI. Abteilung ist geschlossen, einige neue Mitglieder zur IV. und V. Abteilung können sich melden. Nachzügler erhalten nur einen Stehplatz, soweit Raum vorhanden. Der Vorstand, I. A.: G. Winkler. Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl, wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

